

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **23./24. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 24. Februar 2020

von 16.15 bis 18.25 Uhr und 20.00 bis 21.55 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 23. Sitzung verspätet: D. Pezzotta (SVP, erst ab 16.55 Uhr)  
23./24. Sitzung: M. Gross (SVP), S. Büchi (SVP)

### Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 21./22. Sitzung	
2.*	20.10	Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurückgetretenen S. Müller (EVP) und Y. R. Gruber (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	<b>R. Kappeler</b>
3.*	20.11	Einsetzung einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Leitung Finanzkontrolle (SFK): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin (zu Beginn der Abendsitzung)	<b>R. Kappeler</b>
4.	19.136 (DSS)	Kredit von Fr. 3'550'000 für den Ersatzneubau des Garderobengebäudes Talgut im Sportpark Deutweg (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	<b>M. Bänninger</b>
5.*	20.8 (DKD)	Begründung der Motion F. Helg (FDP), T. Brütsch (SVP/PP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (GP/AL), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP/EDU) betr. Teuerungsanpassung bei den Löhnen des städtischen Personals	
6.*	19.82 (DSU)	Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO2 bis 2050; Antrag auf Fristerstreckung	
7.*	17.159 (DTB)	Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung	

- |      |                 |  |
|------|-----------------|--|
| 8.*  | 17.67<br>(DB)   | Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz)   |
| 9.*  | 18.59<br>(DB)   | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP), A. Geering (CVP) und U. Hofer (FDP) betr. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen  |
| 10.* | 18.67<br>(DSO)  | Beantwortung der Interpellation I. Kuster (CVP) und M. Wenger (FDP) betr. Jugendförderung in Winterthur  |
| 11.* | 16.93<br>(DKD)  | Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur  |
| 12.* | 17.163<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen   |
| 13.  | 16.121<br>(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüsche (SVP) betr. Teilnehmungscontrolling  |
| 14.* | 18.10<br>(DKD)  | Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung?  |
| 15.* | 18.13<br>(DKD)  | Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen |
| 16.  | 18.66<br>(DKD)  | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung                                     |
| 17.  | 18.57<br>(DKD)  | Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick  |
| 18.  | 18.22<br>(DSS)  | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleistungsumfeld  |
| 19.  | 18.58<br>(DSS)  | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung  |
| 20.  | 18.68<br>(DSS)  | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung                     |

*\* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Ratspräsident A. Geering:** Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 23. und 24. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020. Ganz speziell begrüssen möchte ich heute Christian Maier (FDP), Andreas Gütermann (GLP) und Daniela Roth-Nater (EVP), die heute das erste Mal da sind. Ich hoffe, Ihr habt heute einen guten Start und werdet lange in unserem Rat verbleiben. Entschuldigt für beide Sitzungen sind Michael Gross und Simon Büchi, verspätet kommt Davide Pezzotta.

## Mitteilungen

**Ratspräsident A. Geering:** Ich komme zu den Mitteilungen. Einmal mehr wird Marc Wäckertlin seine Voten aufnehmen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir am 30. März eine Zusatzsitzung durchführen werden, zum Abbauen von alten Antworten auf Vorstösse. Es wird eine normale Doppelsitzung sein, die um 16.15 Uhr beginnt und die normalen Sitzungszeiten hat. Die Traktandenliste für diese Sitzung wird eine gemeinsame Traktandenliste sein mit der Sitzung vom 23. März, es wird also eine Traktandenliste für die Sitzungen vom 23. und vom 30. März geben, wie wir das in anderen Konstellationen auch kennen, wo zwei Sitzungen hintereinander stattfinden.

Die Ratsleitung hat beschlossen, dass wir am 6. Mai 2020 eine Einführungsveranstaltung für neue Ratsmitglieder durchführen werden. Wir haben (wie man auch heute wieder in der Zeitung lesen konnte) doch schon einen ziemlichen Wechsel der Ratsmitglieder gehabt in den vergangenen fast zwei Jahren und werden deshalb eine solche Einführungsveranstaltung durchführen. Sie wird um 17 Uhr hier im Ratssaal beginnen. Die Einladungen dazu werden wir zu einem späteren Zeitpunkt noch verschicken.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Das Wort hat Thomas Wolf für die SVP.

**Th. Wolf (SVP):** Die SVP Winterthur ist beunruhigt über die wirtschaftliche Hiobsbotschaft der letzten Woche. Der Wegzug von einem wichtigen industriellen Player in unserer Stadt war eine sehr schlechte Nachricht. Auch der Verlust der rund 350 direkten Arbeitsplätze. Zusätzlich gibt es sicher noch unbekannte Zahlen von Arbeitsplätzen bei Zulieferern, Unterhalt, Logistik etc., die dadurch gefährdet sind. Und es schmerzen natürlich auch die Steuergelder, die wegfallen, da diese Firmen doch gute Steuerzahler waren. Es ist auch nicht zu unterschätzen, dass mit Rieter und die beiden anderen Firmen, die Nachfolger sind von ehemaligen Sulzer-Divisionen, ein Teil der Industriegeschichte von Winterthur, weggeht. Das ist für uns ein ganz schlechtes Zeichen und stellt ein Negativimage dar. Und deshalb sind wir eben im Unterschied zur Stadtregierung doch sehr beunruhigt.

Diese Firmen haben ihre Situation in unserer Stadt analysiert und jetzt ein Zeichen gesetzt. In der Umgangssprache heisst das: Sie hauen ab. Das schmerzt. Wir können nur hoffen, dass nicht weitere Unternehmen die gleichen Überlegungen machen und zu den gleichen Schlussfolgerungen kommen, die wohl heissen: Winterthur ist für Firmen nicht mehr attraktiv.

Ich erinnere an die letzte Budgetdebatte, bei der ein Antrag auf Steuererhöhung aus der linken Ratshälfte kam. Das haben die Leute wahrgenommen, die Aussage, wir holen das Geld von den Reichen, bei den Firmen und bei der Wirtschaft. Selbstverständlich, Firmengewinnsteuer ist eine Sache des Kantons. Aber die Politik der Mehrheit im Rat und jetzt auch im Stadtrat zeigt eben auch ihre Wirkung. Gerade heute haben wir gelesen im Landboten, dass ein Mitglied dieses Rates seine Wirtschaftsfeindlichkeit verlauten und jeglichen Realismus vermissen lässt. Alle anderen sind schuld, es ist wahrscheinlich eine Verschwörung. Es ist nicht so, dass ein attraktives Umfeld schädlich ist. Der Grund für den wirtschaftlichen Exodus aus Winterthur ist die Gewerbe- und Wirtschaftsfeindlichkeit der Politik der Links-Grünen. Schauen wir mal, was in den letzten Jahren alles passiert ist in dieser Stadt: Die Bevölkerung hat unter dem Eindruck der links-grünen Propaganda gegen den Willen von uns einem Gesetz zugestimmt, das es Firmen nicht mehr ermöglicht, Land von der Stadt zu kaufen. Der Stadtrat hat den günstigen Atomstrom ersatzlos aus dem Sortiment von Stadtwerk gestrichen und die Kunden zwei Preisklassen upgegradet. Und dabei waren ja die Energiekosten in Winterthur vorher schon sehr hoch. Der Stadtrat verleiht der Klimajugend einen Preis von 10'000

Fr. und diese bedanken sich umgehend damit, dass sie in einer Nacht- und Nebelaktion gegen KMUs aus der Werbe- und Druckindustrie ein solches Attentat machen. Wir haben gehört, es gibt Hunderte von Vorschlägen, wie man die Pendler aus dieser Stadt vertreiben könnte, die mit ihrem Privatauto arbeiten kommen und in einem Winterthurer Unternehmen Wertschöpfung generieren. Wir schreiben den Firmen vor, wie viele Parkplätze sie noch benutzen dürfen. Der Stadtrat hat immer noch die Idee von einem zweiten Stadtzentrum in Neuhegi. Und will dort die gleichen Parkbedingungen wie in der Innenstadt durchsetzen. In einem Gebiet, in dem wir aber auch neue Arbeitsplätze ansiedeln möchten. Und die Hürden für einen Umbau oder Neubau von einem Gewerbe in unserer Stadt hoch. Ein Beispiel: Ein Nachbar von mir hat ein kleines Bagger-Unternehmen. Er will eine Halle bauen. Ihr glaubt gar nicht, was der alles bewilligen lassen musste und was da alles abgeklärt wurde. Er sagte, wenn er noch mal baut, dann baut er 100 m weiter, entweder in Pfungen oder Neftenbach – dann geht es. Und jetzt wundern wir uns alle, dass die einfach gehen.

Überlegt mal: Vielleicht will der Unternehmer für sein Investment bloss die besten Chancen. Vielleicht will er attraktive Bedingungen, damit er Arbeitsplätze erhalten und ausbauen kann. Aber er will nicht in seiner unternehmerischen Freiheit und Schaffenskraft eingeschränkt werden mit extremen Rahmenbedingungen. Und er will sich sicher nicht mit übereifrigen Beamten herumschlagen für irgendwelche Änderungen. Das ist einfach unproduktive Zeit. Sicher, unsere Stadtregierung betont immer wieder, dass Winterthur in den letzten Jahren einen Stellenzuwachs hatte. Das wird so sein. Aber viele dieser Stellen sind nicht in den Unternehmungen geschaffen worden, sondern in der Verwaltung, bei der Stadt. Wenn die Stadt der grösste Arbeitgeber ist, wird sicher nicht Geld erwirtschaftet, sondern es wird Geld ausgegeben und umverteilt.

Wir sind stolz auf die vielen Start-ups in Winterthur, obwohl die meisten bislang nur wenige Mitarbeiter haben und mehr Unterstützung brauchen als die grossen Unternehmen. Und so viele sind das dann auch nicht mehr, die dann ihr 5jähriges Firmenjubiläum feiern können. Und spätestens dann, wenn sie rentabel werden, gibt es viele, die sich überlegen, ob sie in Winterthur bleiben wollen. Und deshalb bitte ich Euch, dass man wirklich Politik macht im Interesse von Winterthur, von Arbeitsplätzen und Unternehmen – und nicht das Gegenteil. Und jetzt habe ich gehört, dass das Mittel einer Standesinitiative angedacht ist von der SP, mit dem Ziel von einem nationalen Mindeststeuersatz von 17%, überall, auf alle Unternehmen. Tönt für Euch gut – aber es ist wieder ein Gesetz mehr. Ein Gesetz, das in diesem Fall nicht nur Winterthur schadet, sondern dem ganzen Land. Und es hilft auch dem Kanton nicht, fit zu werden im Wettbewerb. Es erhöht nur die Möglichkeiten der linken Begehrlichkeiten auf Gelder. Die Firmen gehen dann halt nicht auf Zug oder in den Thurgau, sondern sie gehen dann nach Liechtenstein oder nach England.

Die Ausschaltung des Wettbewerbs und die Sicherung der Geldströme zur schnellen Umverteilung sind die falschen Mittel und führen sicher zu einer ganz schlechten Zukunft. Weniger staatliche Eingriffe sind gefragt. Wir erwarten vom Stadtrat, dass man das Ausgaben- und Stellenwachstum in der Verwaltung ernsthaft überprüft und einschränkt. Und es braucht auch zielführend Massnahmen, die Winterthur wieder zu einem attraktiven Standort machen für Gewerbe und Industrie.

**Ratspräsident A. Geering:** Es sind zwei weitere Fraktionsmeldungen zum gleichen Thema gemeldet, das Wort hat Urs Hofer (FDP):

**U. Hofer (FDP):** Ja, die kürzlichen Hiobsbotschaften veranlassen mich zu einer ähnlichen Fraktionserklärung, wie sie gerade Thomas machte. Ich muss aber noch eine kleine Vorbe-merkung machen. Und zwar habe ich letzte Woche zu diesem Thema bei einem Tele-Top-Interview Auskunft gegeben. Ich habe sehr vieles gesagt, was ich heute auch sagen werde. Aber Tele Top wollte daraus ein Steuerthema machen und brachte nur die Steueraussagen. Das wiederum hat ein anderes Gemeinderatsmitglied veranlasst für ein Pamphlet auf Facebook mit verschiedenen Posts mit Schlagwörtern wie «Oberpeinliche Statements der FDP und der Handelskammer», «Fake News, die haben keine Ahnung von Steuern». Und der Landbote habe auch nicht richtig recherchiert und solle endlich mal richtig recherchieren.

Vor diesem Hintergrund ein extrem kurzer Grundkurs in Sachen Steuern: Es ist grundsätzlich richtig, dass man bei uns den Gewinnsteuersatz für juristische Personen vom Kanton her festlegt. Letztes Jahr waren es 8%, dieses Jahr sind es 7%. Und die Stadt will dann noch 1 oder hoffentlich 2 Prozentpunkte weniger. Das ist aber genau das gleiche wie sonst, mit der Progressionskurve ist es auch nicht fest. Anhand der kantonalen Ansätze gibt es eine sogenannte einfache Staatssteuer, davon 100% für den Kanton. Und dann hat es dort etwas in der Mitte, der Gemeindesteuersatz, der dort 135,76% ist. Was ist das? Das ist die einfache Staatssteuer multipliziert mit dem konkaven Steuerfuss plus – weil ja alle fromme Kirchgänger sind und gar keine Wahl haben - noch Kirchensteuer oben drauf. Das ist es schlussendlich.

Steuerberater und Steuerexperten kennen die verschiedenen Tarife, sie haben deshalb auch Listen. Sehr umfangreiche Excel-Listen mit jeder Gemeinde in diesem Kanton. Damit können sie schnell berechnen, was wo wie viel ausmacht. Diese Listen sind den ansiedlungswilligen Firmen und den ansässigen Firmen natürlich auch bekannt. Es ist durchaus bewusst, was es bedeutet, da in Winterthur zu wohnen, auch steuertechnisch. Und ja, es hat einen Einfluss, was wir hier jeweils entscheiden.

Ich bin deshalb ein bisschen erstaunt, dass ein langjähriges Gemeinderatsmitglied offensichtlich keine Ahnung hat davon, was wir Jahr für Jahr beschliessen und was das für einen Einfluss hat. Und noch erstaunter bin ich, dass man das dann trotz diesem Nicht-Wissen öffentlich anderen Schelte austeilen will, mit Fake-News-Vorwürfen, die man dann eigentlich selber macht.

Ein differenzierteres und wesentlich richtigeres Statement (obwohl ich glaube, dass es Euch von Anfang an nicht um Differenzierung ging) wäre folgendes gewesen: Im interkantonalen Steuerwettbewerb (und ja, die Firmen sind nach Zug oder Frauenfeld) der kantonale Steuersatz viel stärker ins Gewicht fällt als der lokale Steuerfuss. Das ist richtig.

Und genau deshalb habe ich am Anfang meines Statements gesagt: Es sind immer eine Vielzahl von Faktoren, die Unternehmen zu einem solchen Entscheid bewegen. Und nicht alles davon liegen im Einflussbereich von Winterthur. Entscheidend ist für mich dann aber weiter, dass auch bei den anderen, von uns kontrollierbaren Faktoren, nach meiner Ansicht nicht alles in die richtige Richtung läuft. Und da haben wir uns nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Ein paar Beispiele: So rangiert Finanzen und Wirtschaften in den Legislaturzielen des Stadtrates nicht mehr wie früher an erster Stelle. Der Stadtrat hat keine Freiheit mehr, ansiedlungswilligen Unternehmungen auch Land zu verkaufen, sondern kann es nur noch im Bau-recht abgeben. Die Produktegruppe Stadtentwicklung soll in diesem Jahr weniger Stunden im Bereich Wirtschafts- und Bildungsstandort einsetzen, dafür mehr für Quartier- und Stadtentwicklung.

Es ist sehr langwierig und sehr mühsam, ausgehandelte Kompromisse in Sachen Parkplatzverordnung sind kurzfristig dadurch geklärt worden, indem man ein zusätzliches Gebiet in die restriktive Zone zugeteilt hat, und das notabene in Neuhegi-Grüze, wo viele arbeitsplatzintensive Betriebe sind. Und notabene auch Zimmer Biomet. Was die Betroffenen davon hielten, wussten wir schon im Vorfeld. Wir haben es trotzdem schlichtweg ignoriert und wollten es besser wissen. Dann wollte ein US-Technologie-Unternehmen ein Rechenzentrum in Neuhegi bauen. Und anstatt aufstehen und sagen «Hey, mehr Arbeitsplätze, mehr Steuern!», waren von gewissen Leuten die ersten Voten, dass sie für schlechte Arbeitsbedingungen bekannt seien. Und letztlich dann noch der Gestaltungsplan SWICA. Ein wichtiger Winterthurer Arbeitgeber machte ein Commitment, um Winterthur als Standort zu bekräftigen. Er wollte noch energetisch sanieren. Und trotzdem konnte sich die SP nicht durchringen, da einfach die Ja-Parole zu fassen anlässlich der Parteiversammlung. Salopp gesagt mit einem Klassiker aus der antikapitalistischen Fundus-Kiste: «Überbezahlte Manager wollen sich einen überbezahlten Palast bauen.» Das Signal an die SWICA (das angekommen ist, ich habe mit den Betroffenen gesprochen): «Wir wollen Euch gar nicht da.»

Kurzum: Was wir da im Gemeinderat machen, sendet Signale an die lokale Wirtschaft aus. Und was man in letzter Zeit an Signalen versendet hat, waren nicht die wirtschaftsfreundlichsten. Diese Signalart, notabene mit der nicht sehr attraktiven Steuersituation, ergeben einen gefährlichen Cocktail. Da nützt es meines Erachtens auch wenig, wenn Mike aufrichtig Tag

und Nacht für Winterthurer Ansiedlung von Firmen weibelt, wenn wir ihm im Hintergrund die Argumente und das Wasser abgraben. Ich persönlich bin sehr lokalpatriotisch und glaube an die Stärken und Vorteile von Winterthur, auch im internationalen Ansiedlungswettbewerb. Wettbewerb bedeutet jedoch, dass wir uns auch anstrengen und eine gewisse Willkommenskultur ausstrahlen müssen.

Wenn wir das nicht machen, ist die Schlussfolgerung klar: Im Thurgau zahle ich erstens weniger und zweitens will man mich dort sogar – im Gegensatz zu Winterthur.

Deshalb zwei Appelle an die heute versammelten Personen. Ich habe erstens nur eine kleine Bitte: Hört Euch doch in Zukunft wenigstens die Argumente, Anliegen und Befürchtungen der lokalen Wirtschaft vorbehaltlos an. Ich sage nicht, dass Ihr alles gutheissen müsst. Aber hört Euch das an und versucht zumindest, ihre Sichtweise zu verstehen. Letztlich ist es klar in unserer aller Interesse, wenn Winterthur nicht nur eine ausgezeichnete Wohn- sondern auch eine ausgezeichnete Arbeitsstadt ist und bleibt. Und was es für letzteres braucht, wissen halt diese Leute besser (und sogar besser als die GLP), besser als alle anderen. Und das Zweite richtet sich an unseren Stadtrat: Er muss sich meines Erachtens noch dringender als ohnehin schon mit den finanzpolitischen Herausforderungen beschäftigen, die auf Winterthur zurollen und nun durch Steuerausfälle mutmasslich noch akzentuiert werden. Nur einfach hinauf mit den Steuern, ist sicher nicht die nachhaltige Lösung. Will man im Herbst eine differenzierte Problemlösung präsentieren, dann müsste man das Thema heute oder besser schon gestern energisch angehen. Das als Appell, besten Dank.

**Ratspräsident A. Geering:** Zum gleichen Thema eine Fraktionserklärung der SP, Roland Kappeler.

**R. Kappeler (SP):** Wir haben es gehört: Kurz hintereinander haben die Konzerne Rieter, Zimmer Biomet und Wärsilä bekanntgegeben, Teile ihres Unternehmens aus Winterthur abziehen. Damit gehen der Stadt gut 300 Arbeitsplätze und einige Millionen Franken Steuereinnahmen verloren. Das schmerzt – auch uns! Das können Sie mir ruhig glauben.

Medial wurde die Thematik breit aufgenommen: Lokal im Landboten, unaufgeregt und sachlich. Ausserhalb von Winterthur allerdings oft dramatisierend und als Anlass für politische Forderungen: Die NZZ beispielsweise forderte in einem Kommentar zum an sich differenzierten Artikel kategorisch: «Die Steuern müssen rasch runter!».

Die Trittbrettfahrer von der Handelskammer sprachen alarmistisch von einem «Weckruf für Winterthur». Der Landbote bot ihnen vor einer Woche viel Platz an bester Lage für ein langes Interview mit dem Präsidenten. Ein Interview notabene, bei dem die Empörung mit jedem Satz so stark anstieg, wie die inhaltliche Fundierung abnahm.

Wohlthuend heben sich von dieser pauschalen, nicht fundierten und für Winterthur schädlichen Panikmache die Stellungnahme des Stadtpräsidenten und des Finanzvorstehers ab. Sie legen sachlich dar, dass die Zahl der Arbeitsplätze seit 15 Jahren kontinuierlich ansteigt, vornehmlich im tertiären Sektor, der etwa sechsmal grösser ist als der verarbeitende Sektor, zu dem die drei wegziehenden Firmen gehören. Und sie weisen zu Recht darauf hin, dass renommierte Firmen wie Stadler Rail, Daimler-Benz (Evobus) und andere sich neu in Winterthur niederlassen oder hier Arbeitsplätze ausbauen.

Vielleicht rückt das Interview im Landboten vom letzten Freitag mit dem CEO der Axa Schweiz, Fabrizio Petrillo, die Verhältnisse ins richtige Licht: Er lobt den Standort Winterthur, ich zitiere: «Die Standortvorteile, die Winterthur bietet, sind für uns wichtiger als die paar Millionen Franken, die man mit einem Umzug einsparen könnte. Wir sind in der Nähe der Stadt Zürich und können gleichzeitig Mitarbeiter aus der Ostschweiz gewinnen. Wir haben eine sehr gute Beziehung zur Stadt Winterthur ...», und weiter: «Wie alle grossen Firmen haben wir einen regelmässigen Dialog, auch mit dem Stadtpräsidenten. Das ist wichtig, um sich gegenseitig zu verstehen. Wenn wir der Stadt helfen können, sich weiterzuentwickeln, dann tragen wir gerne auch selbst dazu bei.» Und zum Schluss: «Die Axa muss der Stadt keine Ratschläge geben, da gibt es genug kompetente Leute in der Verwaltung.» – Wohlthuend sachliche Worte! Würde man das in einem SP-Positionspapier lesen, würde es wahrscheinlich als staatsgläubiges Pamphlet verhöhnt.

Damit sind wir bei der Position der SP:

1. Wir gratulieren dem Stadtrat zu seiner unaufgeregten Haltung, die er in den letzten Wochen in dieser Angelegenheit an den Tag gelegt hat.
2. Vielleicht sind ja die drei Konzerne, die wegen ein paar Steuerprozenten aus ihrem Umfeld abwandern, selbst das Problem. Kurzfristiges Shareholder- und Renditedenken ist legitim (legal sowieso), aber Axa beweist, dass auch längerfristiges, partnerschaftliches Stakeholder-Denken erfolgreich sein kann. Richten wir unsere Wirtschaftspolitik auf solche Unternehmen aus!
3. Wir teilen die Analyse des Landboten vom letzten Mittwoch: Es geht hier absolut nicht um ein spezifisches Winterthurer Problem, die Ursachen (das hat auch Urs Hofer angetönt) liegen auf übergeordneten staatlichen Ebenen: Zahlreiche Kantone (auch der Thurgau) werben aggressiv mit tiefen Gewinnsteuern um Konzerne. Der Kanton Zürich mit vielen Leistungen zugunsten der Region und der ganzen Schweiz (Flughafen, ÖV-Netz, Uni, Fachhochschuldichte, Kultur, städtische Infrastrukturen etc.) und hohen Zahlungen an den Nationalen Finanzausgleich kann da nicht mithalten. Er bleibt chancenlos in einem unfairen Wettbewerb gegen Hasardeure (z.B. Kanton Luzern) und Trittbrettfahrern (z.B. Thurgau oder Kanton Schwyz).

«Der Steuerwettbewerb geht am Ende immer zugunsten der Aktionäre und zulasten der Gemeinwesen aus» (man lässt sich diesen und den nächsten Satz aus dem Landboten gerne auf der Zunge zergehen!). «Panikmache ist fehl am Platz. Winterthur ist nicht über Nacht zur Wirtschaftshölle geworden. Zwei Fälle von Steuerflucht machen noch keinen Exodus».

Unsere Konsequenz:

1. Wir arbeiten auf kommunaler Ebene weiterhin an unseren Stärken, damit Winterthur eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität ist und bleibt. Lebensqualität, um hier zu wohnen, zu leben, alt zu werden, Freizeit und Kultur zu geniessen und auch zu arbeiten. Hier sind wir auf gutem Weg, das belegt auch die kürzlich erschienene Bevölkerungsstatistik. Wachstum ist nicht oberstes Ziel, aber es beweist, dass unsere Stadt attraktiv ist.
2. Es gibt aber – und zwar schon seit langem – Handlungsbedarf auf übergeordneter Ebene. Der interkantonale Steuerwettbewerb (v.a. im Bereich der Unternehmenssteuern) ist erwiesenermassen schädlich. Auch wenn neoliberale Ideologen (ich sage jetzt den Namen nicht) nie aufhören, die Vorteile des Wettbewerbs zu preisen, weiss man schon längst, dass Wettbewerb eine Ordnung ist, die sich letztlich selbst zerstört. Deshalb ist heute ökonomisch und politisch längst in breiten Kreisen akzeptiert, dass jeder Wettbewerb seine Schranken und Leitplanken braucht. Das gilt auch für den Steuerwettbewerb. Interkantonale kann man nichts machen. Wenn sich Kantone gegenseitig ruinieren, zahlen private Bürgerinnen und Bürger am Ende die Zeche und es geht allen schlechter. Deshalb ist es endlich an der Zeit für einen nationalen Mindeststeuersatz (ich sage nicht Einheitssatz) für Gewinnsteuern.

Die SP lädt alle Parteien ein, an dieser Idee und der konkreten Ausgestaltung mitzuarbeiten. Weil es aber kein spezifisches Winterthurer Problem ist, muss vielleicht der Zürcher Kantonsrat die Diskussion aufnehmen, vielleicht braucht es auch einen direkten Vorstoss im Bundesparlament – da sind wir uns noch nicht sicher. Aber was Winterthur in diesen Wochen erlebt hat, sollte Warnung sein für alle kommunalen und kantonalen Gemeinwesen. Lassen wir uns nicht von ein paar steueroptimierenden Geschäftsleitungen verrückt machen.

Wir Politikerinnen und Politiker haben einen anderen Auftrag. Für eine solidarische und wirtschaftlich gesunde Schweiz. Und wir hier für ein solidarisches, lebenswertes Winterthur!  
Herzliche Dank für Eure Mitarbeit.

**Ratspräsident A. Geering:** Christian Griesser mit einer Erklärung zum gleichen Thema.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Sobald es nicht so funktioniert, wie man es gerne hätte, kommt die Forderung nach Steuersenkung. Dazu muss man einfach erwähnen: Alle die, die für die 122% waren bei der letzten Budgetdebatte, die haben auch den Steuerfuss für Winterthur festgelegt. Deshalb finde ich, dass man dann das Maul nicht zu weit öffnen darf. Wenn es um das Verhältnis zwischen den Steuern von natürlichen und juristischen Personen geht, möchte ich auf zwei kantonale Abstimmungsresultate hinweisen: Wir haben im September 2019 eine

Senkung von Gewinnsteuern von 8 auf 7% beschlossen. Diese Senkung tritt erst auf den 1.1.2021 in Kraft und wird dazu führen, dass die Unternehmungen in Winterthur 1/8 weniger Steuern zahlen. Und dann hat die Zürcher Stimmbevölkerung anfangs Februar beschlossen, dass sie weder bei den natürlichen Personen die Steuern erhöhen will noch dass sie sie senken will. Und insofern ist für mich das Verhältnis zwischen natürlichen und juristischen Personen kürzlich bestätigt worden. Und deshalb gibt es keine Veranlassung, das zu ändern. Und wenn man doch darüber diskutieren will, dann möchte ich doch kurz auf drei Kantone hinweisen: Luzern hat die Gewinnsteuersätze massiv gesenkt für juristische Personen. Mit der Konsequenz, dass man nachher den Steuerfuss (sowohl bei den natürlichen wie bei den juristischen Personen, der gilt für beide) massiv erhöht hat, d.h. die natürlichen Personen mussten nachher diese Ausfälle kompensieren.

Im Kanton Zug ist es so, dass dieser steuerlich zwar extrem attraktiv ist, aber er hat andere Mängel. Es ist unterdessen so, dass der Mittelstand sich dort nie mehr ein Stockwerkeigentum oder ein Einfamilienhaus leisten kann und wegzieht, z.B. ins Säuliamt.

Und dann gibt es noch einen ganz speziellen Kanton, der ist nämlich auch sehr interessant: Das ist der Kanton Neuenburg. Was dort nicht bekannt ist: Er ist nämlich steuerlich für juristische Personen extrem attraktiv und für natürliche Personen ist es sozusagen eine Steuerhöhle. Und das führt zu einer sehr interessanten Konsequenz. Der Kanton Neuenburg verliert Einwohner, aber es ist nicht so, dass Unternehmen kommen. Sondern dort haben sie genau das gleiche Problem wie in Winterthur: Sie gehen auch weg, sie reduzieren auch Arbeitsplätze. Insofern ist die ganze Steuerdebatte zu relativieren, weil Rezepte einfach nicht einfach sind.

Wie gesagt, wir sind der Ansicht, dass man das Verhältnis zwischen den natürlichen und den juristischen Personen nicht ändern sollte. Natürlich ist es so, dass eine juristische Person keine Kinder in die Schule schickt, aber sie profitiert davon, wenn die Kinder in unserer Schule eine gute Ausbildung bekommen.

**Ratspräsident A. Geering:** Es gibt noch eine Erklärung von Marc Wäckerlin zum gleichen Thema.

**M. Wäckerlin (PP/SVP):** Ich möchte nur kurz eine kleine Anmerkung machen zu dem, was Roland Kappeler sagte. Zum einen möchte ich darauf hinweisen: Es geht nicht nur um den Steuerfuss, sondern auch noch um ganz viele andere Themen, wie z.B. Verkehr, Bürokratie, Baubewilligungsverfahren usw. Und der andere Punkt, den wir haben: Die SP tut gerne so, als ob Steuerwettbewerb etwas Schlechtes wären. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es gibt verschiedene Arten von Steuerwettbewerb: Es gibt die zwischen den Gemeinden, es gibt die zwischen den Kantonen, es gibt die zwischen den Ländern. Da kann sich die Schweiz noch so auf den Kopf stellen, aber am Schluss muss sie eben dann trotzdem auch international bestehen können. Wenn man national etwas vorschreibt, dann beschränkt man auch den Spielraum der Kantone massiv, was nicht wirklich sinnvoll ist. Und im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass der Steuerwettbewerb nicht etwas Schlechtes ist, das uns etwas wegnimmt, sondern etwas sehr Gutes. Denn es hält den Staat an der kurzen Leine und dadurch werden die Eingriffe des Staates bei uns auch beschränkt.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Die Informationen der letzten Tage, dass Zimmer Biomet mit 130 Mitarbeitern nach Zug und Wädwil (die ganze Firma) nach Frauenfeld ziehen, haben zu Diskussionen geführt, wie wir es auch heute Abend gehört haben. Das beschäftigt die Stadt, beunruhigt die einen Leute. Das kann ich alles nachvollziehen.

Jeder, und ich betone das nochmals: Jeder Arbeitsplatz, jeder Steuerfranken, den wir verlieren in Winterthur, schmerzt und ist ärgerlich. Dennoch dürfen wir als Stadtpräsident, Stadtrat oder Parlament nicht in Wehklagen verfallen und gleich Sündenböcke suchen, wenn eine Firma geht und zwei Firmen Stellen abbauen. Damit, mit solchen Themen, schaden wir dem Image der Stadt. Wir schaden dem Image der Stadt Winterthur. Es hat schon einmal ein Parlamentarier im kantonalen Parlament eine Äusserung gemacht, bei der er uns mit einem europäischen Land verglichen hat. Ich bewege mich viel in diesen Gefässen in der ganzen

Schweiz. Und das das wird uns bis heute um die Ohren geschlagen. Und wenn ich das imagemässig aufrechnen müsste, so hat uns dieser Satz enorm viel Geld gekostet. Vielmehr ist Gelassenheit angezeigt, und man muss diesen Arbeitsplatzabbau auch relativieren. Wir haben über 73'000 Beschäftigte, wir sind solide aufgestellt und wir sind diversifiziert aufgestellt. Wenn ein Unternehmen in der Stadt hustet, ist diese Stadt noch nicht krank. 350 Mitarbeitende gehen, das sind 0,4%. Das ist nicht Nichts – aber es bringt uns nicht aus der Fassung. Was in diesem Zusammenhang mehr stört, sind die einigen Millionen Steuergelder, die wir verlieren aus diesem Abgang. Gelassene Reaktion der politischen Verantwortlichen heisst nicht, dass wir einfach zuschauen. Wir haben bereits Kontakt aufgenommen, wollen mit den Firmen nochmals erörtern, was wirklich die Gründe dahinter waren, die zu diesen Entscheidungen geführt haben. Und wir fragen auch die grossen Unternehmungen, mit denen wir einen regelmässigen Kontakt haben, wie es aktuell mit dem Standort Winterthur aussieht. Und der Standort Winterthur ist solid. Letztes Jahr hat sich Evobus für den Standort Winterthur entschieden. Stadler baut aus. SWICA baut aus. Das Gewerbehaus Taggenberg ist voll. Und so weiter und so fort.

Und seit Anfang Jahr (also seit 7 Wochen) haben sich 20 Unternehmungen beim «House of Winterthur» gemeldet, die gerne nach Winterthur kommen würden. Total über 500 Arbeitsplätze. Das ist die Realität! Der Standort ist in, der Standort ist gefragt. Axa, Sulzer, auch Steinfels schwören auf diesen Standort. Auch Rieter baut das Headquarter hier in unserer Stadt. Und Zimmer Biomet belässt 1'000 Arbeitsplätze hier bei uns in Winterthur und haben uns das im Gespräch, aber auch öffentlich bekundet. Tausende von Unternehmen in Winterthur sind überzeugt von dieser Stadt und die bleiben in dieser Stadt. Und die meisten von ihnen, das zeigen auch die regelmässigen Umfragen, sind zufrieden mit uns und mit den Dienstleistungen, auch vom «House of Winterthur». Wir arbeiten mit den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit den Mitarbeitenden vom «House of Winterthur» tagtäglich daran, Arbeitsplätze zu generieren. Das ist harte Arbeit. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Aber letztendlich sind es die Unternehmungen, die die Entscheidungen fällen.

Und wir werden in diesem Kampf auch unterstützt von Privatpersonen. Überzeugte Winterthurerinnen und Winterthurer – und von diesen gibt es viele – haben Augen und Ohren offen und melden uns Opportunitäten. Wir werden in Zukunft auch noch vermehrt Cluster bearbeiten (Gesundheit, Maschinenbau, Energietechnologien), und wir haben die besten Parameter dafür. Eine gute Erschliessung zur Schiene und zur Strasse, die Nähe zum Flughafen, Fachkräfte (an der ZHAW oder an einer anderen Bildungsinstitution in Winterthur ausgebildet) stehen zur Verfügung. Gute Netzwerke, kurze Wege zur Regierung, zur Stadtverwaltung, zu anderen Playern in den verschiedenen Branchen. Wir haben eine enorm hohe Lebensqualität, ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot. Das sind Standortvorteile, die auch wichtig sind. Und wir haben eine lohnenswerte Umgebung und Freiflächen, Freiräume, man ist schnell im Park und im Wald. Also wir haben eine tolle Stadt, einen tollen Standort.

Ich plädiere dafür, dass die Verantwortlichen der Unternehmungen die ganze Standortqualität prüfen und nicht nur die steuerliche Belastung. Punkto Standortqualität ist der Kanton Zürich auf Platz 2, also zuvorderst. Bei der steuerlichen Belastung ist er im hinteren Drittel des Rankings. Ich plädiere zweitens dafür, dass der Kanton Zürich sich Punkto Besteuerung der juristischen Personen immer wieder diese Frage stellt, wie es mit der Konkurrenzfähigkeit aussieht. Aber ich mache auch den Hinweis, dass wir jetzt auch mit dem schlechten Ranking der Wirtschaftsmotor der Schweiz sind. Also man ist erfolgreich – auch das muss man ins Feld führen. Drittens plädiere ich dafür, dass die Stadt Winterthur bezüglich Steuerfuss möglichst Konstanz halten kann. Es wäre wünschenswert, auch bei der ganzen Kostenentwicklung. Da haben wir als Stadtrat, als Parlament eine sehr grosse Herausforderung. Und viertens plädiere ich dafür, dass nicht nur der Stadtpräsident und nicht nur der Stadtrat, sondern auch jedes Mitglied des Grossen Gemeinderats über die Standortvorteile spricht und damit Werbung für unsere Stadt macht. Und nicht gleich den Teufel an die Wand malt wegen dem Wegzug von zwei Firmen.

Seien Sie nicht beunruhigt, sondern haben Sie Vertrauen in den Standort Winterthur! Haben Sie Vertrauen in diesen Standort und vertreten Sie das intern und extern. DAS ist Standortförderung in unserer Stadt! Alle zusammen können wir den Standort Winterthur stärken, alle miteinander. Davon bin ich überzeugt.

## Traktandenliste

**Ratspräsident A. Geering:** Nach einem längeren Austausch zum tagespolitischen Geschehen kommen wir um 16.53 Uhr zur Traktandenliste.

Wir haben angekündigt, dass das Traktandum 3 in der Abendsitzung behandelt werden wird. Das Traktandum 4, der Kredit von 3,55 Mio. für einen Ersatz des Garderobengebäudes Talgut mit der Geschäftsnummer 2019.136 wird abgesetzt, weil es von der Kommission her noch nicht behandlungsreif ist.

Beim Traktandum 13, Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Beteiligungscontrolling mit der Geschäftsnummer 2016.121, gibt es einen Antrag auf Absetzung von der Erstunterzeichnerin. Ich gebe das Wort Iris Kuster.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir von der CVP/EDU beantragen Ihnen die Absetzung dieses Traktandums. Was ist der Grund? In der ersten angekündigten Präsentation der Antwort, beim Reporting in der AK im Januar letztes Jahr, ist eine weitere Verbesserung des Reportings in Aussicht gestellt worden. Das soll jetzt im Frühling der AK präsentiert werden. Und deshalb ist es sinnvoll, mit der Traktandierung bis nach dieser Präsentation zu warten. Dann sehen wir, was der neueste Stand ist, was für Informationen kommen.

Vom neuen Reporting gehen wir erstens davon aus, dass für alle wichtigen Beteiligungen der Stadt Winterthur eine schriftliche Eigentümerstrategie formuliert wurde. Eine solche Eigentümerstrategie definiert auch, welche Erwartungen man in Bezug auf die finanziellen Erfolge einer Beteiligung erwartet. Wir wollen als Gemeinderäte informiert werden, inwieweit bei den einzelnen Beteiligungen bei der Eigentümerstrategie diese Ziele auch erreicht werden oder nicht. Und zweitens: Gemäss der vorliegenden Postulatsantwort aus dem Jahr 2018 ist nur eine summarische bzw. allgemeine Berichterstattung in der AK vorgesehen. Das reicht uns nicht. Wir fordern schon, wie es angedacht und versprochen wurde, eine jährliche, aussagekräftige und transparente Information pro Beteiligung.

Damit es klar ist: Wir wollen sicher nicht direkt in das Management der Beteiligungen eingreifen, sondern unsere Aufsichtspflicht besser wahrnehmen.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen zu diesem Vorschlag und den Änderungen der Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste entsprechend so (mit Absetzung von Traktandum 4 und 13 und Verschiebung Traktandum 3 auf die Abendsitzung) genehmigt.

## 1. Traktandum

### Protokoll der 21./22. Sitzung

---

**Ratspräsident A. Geering:** Abnahme des Protokolls der 21. und 22. Sitzung des Amtsjahrs 2019/2020. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Protokoll? – Das ist nicht der Fall. Damit sind diese Protokolle genehmigt. Vielen Dank, Andrea, für das Schreiben und Verfassen dieser Protokolle.

## 2. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.10: Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurückgetretenen S. Müller (EVP) und Y. R. Gruber (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle der zurückgetretenen Sämi Müller (EVP) und Yvonne Gruber (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

**R. Kappeler (IFK):** Die IFK schlägt vor (wie Sie auf dem gelben Blatt lesen können) als Mitglied für die BSKK: Daniela Roth-Nater (EVP) und Christian Maier (FDP)

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind Daniela Roth-Nater und Christian Maier gewählt. Ich gratuliere Euch zur Wahl und wünsche Euch gutes Arbeiten in Euren Kommissionen.

## 3. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.11: Einsetzung einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Leitung Finanzkontrolle (SFK): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin (zu Beginn der Abendsitzung)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Einsetzung einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Leitung Finanzkontrolle (SFK): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin. Das Wort hat der IFK-Präsident Roland Kappeler.

**R. Kappeler (IFK):** Auf dem gelben Blatt haben wir noch nichts, weil wir erst in der Ratspause getagt haben. Die IFK schlägt Ihnen folgendes Vorgehen vor:

1. Wir setzen eine 7er Kommission ein.
2. Die Besetzung dieser Kommission schlagen wir Euch wie folgt vor: Silvio Stierli (SP), Gabriella Gisler (SVP), Thomas Leemann (FDP), Samuel Kocher (GLP), Katharina Frei Glowatz (Grüne), Iris Kuster (CVP), Barbara Huizinga (EVP). Als Präsident schlagen wir vor: Samuel Kocher (GLP).

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Kommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Leitung Finanzkontrolle entsprechend eingesetzt mit den von Roland Kappeler genannten Namen und Samuel Kocher als Präsident. Herzliche Gratulation zur Wahl, ich wünsche Euch gutes Schaffen.

#### 4. Traktandum

**GGR-Nr. 2019.136: Kredit von Fr. 3'550'000 für den Ersatzneubau des Garderobengebäudes Talgut im Sportpark Deutweg (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Das Traktandum ist abgesetzt.

#### 5. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.8: Begründung der Motion F. Helg (FDP), T. Brütsch (SVP/PP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (GP/AL), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP/EDU) betr. Teuerungsanpassung bei den Löhnen des städtischen Personals**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Begründung der Motion betreffend Teuerungsanpassung bei den Löhnen des städtischen Personals. Das Wort hat Felix Helg.

**F. Helg (FDP):** Der Ursache für die vorliegende Motion liegt in der letzten Budgetberatung, in welcher der Teuerungsausgleich auch ein Diskussionspunkt war.

Nach der heute geltenden Regelung passt der Stadtrat den Lohn des städtischen Personals auf den 1. Januar eines Kalenderjahrs auf der Grundlage des Zürcher Index der Konsumentenpreise im November des Vorjahrs an die Teuerung an. Dieser späte Zeitpunkt (also der Novemberstand) hat zur Folge, dass im Moment der Budgetberatung in den Kommissionen im November die finanziellen Mittel für die Teuerungsanpassung betragsmässig noch nicht bekannt sind. Im Budgetantrag des Stadtrates kann darum nur eine geschätzte Teuerung eingesetzt werden. Dadurch wird die Beurteilung durch das Parlament erschwert.

Konkret ging im letzten Jahr der Stadtrat im Budgetantrag von einer Teuerung von 0,3 % aus. Tatsächlich betrug die Teuerung mit dem massgeblichen Stand von November minus 0,3 %. Das wurde aber erst unmittelbar vor der Plenumsberatung des Budgets bekannt. Der Gemeinderat hat sich dann für einen Teuerungsausgleich im Umfang von 0,1 % ausgesprochen. Aus der dargelegten zeitlichen Konstellation drängt sich auf, für die Teuerungsberechnung auf einen früheren Monat abzustellen als auf den Monat November. So wird zum Beispiel im Kanton Zürich jeweils der Indexstand des Monats September herangezogen. So ist im November jeweils publik, welcher Teuerungsstand massgeblich ist.

Ausserdem wird mit der Begründung in der Motion der Stadtrat ersucht, im Motionsbericht die Unterschiede zwischen dem Zürcher Index der Konsumentenpreise, wonach sich die Teuerungsanpassung für das städtische Personal in unserer Stadt richtet, und dem Landesindex für Konsumentenpreise, worauf sich die Teuerungsanpassung für das kantonale Personal abstützt, darzulegen. Man ist sich vielleicht kaum bewusst, dass es zwei unterschiedliche Indizes sind. Die Werte entwickeln sich dann auch nach unterschiedlichen Kriterien, z.B. für den Januar 2020 auf dieser Übersicht:

Zürcher Index der Konsumentenpreise (der eben für die Stadt massgeblich ist)

Vergleich zum Vormonat (Jan. 20 / Dez. 19) minus 0,3 %

Vergleich zum Vorjahresmonat (Jan. 20 / Jan. 19) 0,0 %

Landesindex der Konsumentenpreise

Vergleich zum Vormonat (Jan. 20 / Dez. 19) minus 0,3 %

Vergleich zum Vorjahresmonat (Jan. 20 / Jan. 19) plus 0,2 %

Es ist deshalb sicher von Interesse, die Unterschiede zwischen den beiden Indizes einmal zu erörtern.

Ich ersuche Sie darum, diese Motion zu überweisen und so zu einer besseren Transparenz in der Beurteilung der Teuerungsentwicklung beizutragen.

**Ratspräsident A. Geering:** Es gibt einen Ablehnungsantrag der SP, Dominik Siegmann.

**D. Siegmann (SP):** Die Fraktion der SP lehnt die vorliegende Motion ab. Wir möchten daran erinnern, dass die Ausrichtung des Teuerungszuschlags gemäss Art. 55 des Personalstatus der Stadt Winterthur geregelt und geschuldet ist. Und das gerade im Nachgang zur letzten Budgetdebatte. Ich zitiere: «Der Stadtrat passt den Lohn auf den 1. Januar eines Kalenderjahres auf der Grundlage des Zürcher Indexes des Vorjahres an die Teuerung an. Mit Berücksichtigung der Finanzlage kann der Stadtrat in Ausnahmefällen dem Gemeinderat mit dem Voranschlag einen abweichenden Antrag stellen.» Die Kompetenzen sind also klar geregelt. Abschliessend wollen wir es nicht unterlassen, die Motionäre darauf hinzuweisen, dass der letzte Absatz der Motion eine reine und vollkommen überflüssige Arbeitsbeschaffungsmassnahme zuhanden der städtischen Beamten ist. Also diese Zielgruppe, der man in unserem Gremium gerne die Ressourcen für angemessene Lohnmassnahmen vorenthält. Die Antwort ist mit drei Klicks im Internet zu finden und lautet: Weil die Lebenshaltungskosten in verschiedenen Regionen in der Schweiz höchst unterschiedlich sind. Für diejenigen unter uns, bei denen der Horizont nicht am Stadtrand endet, ist das vielleicht nichts Neues.

**U. Glättli (GLP):** Als Mitmotionär im Namen der Fraktion der Grünliberalen unterstützen wir das Anliegen dieser Motion. Die geltende Regelung im Personalstatut zur Teuerungsanpassung ist schlicht und einfach unpraktisch. Sie führt zu Unsicherheit und verkompliziert die Antragstellung. Es ist ein gutes Beispiel von wenig durchdachter Rechtsetzung. Es besteht ein breites politisches Unbehagen. Die Bestimmung soll also angepasst werden. Auch der bestehende Spielraum des Parlaments, so wie er sich in der Praxis etabliert hat, soll im selben Vorgang präzisiert geregelt werden. Wir stehen in der Pflicht, schlecht funktionierende Regelungen besser zu machen. Dafür sind wir ein Parlament. Dafür sind wir gewählt. Und „last but not least“: Das ist auch im Interesse des städtischen Personals! Wir sind eine progressive Fraktion und es ist Zeit, diese unbefriedigende Regelung im Interesse aller neu zu fassen.

**F. Kramer (EVP):** Das Personalstatut sieht vor, dass der Stadtrat die Löhne jährlich der Teuerung anpasst. Das Personal hat also im Grundsatz Anspruch auf eine Teuerungsanpassung. In Ausnahmefällen kann der Stadtrat im Budget einen abweichenden Antrag stellen. Der Teuerungsausgleich ist wichtig, um die Kaufkraft zu erhalten. Bildlich gesprochen soll man mit dem Lohn im neuen Jahr gleich viele Liter Milch und gleich viele Kilogramm Rüeblen kaufen können wie mit dem Lohn im alten Jahr. In der letzten Budgetdebatte hat man über die Teuerungsanpassung debattiert, ohne aber rechtzeitig über die dazu nötigen Zahlen zu verfügen. Der Stadtrat musste einen geschätzten Betrag für die Teuerung im Budget einfügen, wie es Felix gesagt hat. Man hat über eine Schätzung diskutiert. Die Löhne vom städtischen Personal sind zu wichtig, um solche Unklarheiten zu tolerieren. Das ist jetzt, ausserhalb der Budgetdebatte, zu korrigieren. Beim Teuerungsausgleich geht es um eine rechnerische und statistische Frage. Anders als bei der Festsetzung der Lohnerhöhungen, wo der Gemeinderat viel mehr politischen Gestaltungsspielraum hat. Um der mathematischen Komponente des Teuerungsausgleiches gerecht zu werden, muss man aus Sicht der EVP darum besorgt sein, dass die notwendigen Zahlen für die Rechnerei zum entscheidenden Zeitpunkt auch tatsächlich vorliegen. Um diesem Anliegen nachzukommen, muss die Jahresteuern zu einem früheren Zeitpunkt berechnet werden.

Wie wir von EVP bereits in der Budgetdebatte betont haben, möchten wir uns bezüglich Lohnmassnahmen langfristig näher am Kanton orientieren. Aus unserer Sicht wäre es deshalb sinnvoll, als Grundlage für die Teuerungsanpassung allenfalls den Zürcher Index der Konsumentenpreise nicht mehr länger zu verwenden, sondern wie beim Kanton den Landesindex der Konsumentenpreise heranzuziehen. Das macht aus unserer Sicht Sinn, weil nicht alle städtischen Angestellten im Kanton leben und einkaufen. Wir dürfen und sollen da überregional denken. Wir unterstützen deshalb diese Motion.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Diese Motion führt dazu, dass wir einen Diskussionspunkt weniger haben in der Budgetdebatte und dass wir uns auf das konzentrieren können, wo wir uns grundsätzlich nicht einig sind, dass wir diesem genügend Rechnung tragen können. Und deshalb stimmen wir dieser Motion zu.

Wenn es um die Diskussion geht, ob man den Zürcher Index oder den Landesindex anwenden soll, ist unsere Meinung klar: Zürich ist näher, also wenden wir den Zürcher Index an. Wir unterstützen die Motion.

**Th. Brüttsch (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion ebenfalls. Es beseitigt einen Mangel im Personalstatut und schafft Transparenz im Zusammenhang mit dem Budget und den jährlichen Lohndiskussionen, die in den letzten Jahren eigentlich – ich muss sagen leider – zur Gewohnheit geworden sind. Es geht auch nicht um einen politisch gefärbten Vorstoss, das sieht man auch an der breiten Unterstützung von links bis rechts. Es geht auch nicht um eine Kompetenzverschiebung oder um materielle Änderungen, wie man offenbar auf Seiten der SP fälschlicherweise annimmt.

Deshalb vielleicht noch ein Denkanstoss für Euch: Die Teuerung ist in den letzten Jahren gering bis negativ ausgefallen, das sieht man auch aufgrund der aufgelegten Zahlen. Nach meiner Lesart vom Personalstatut müsste eine Negativteuerung auch beim Lohn berücksichtigt werden, und zwar mittels Lohnreduktion – so wie das Personalstatut formuliert ist. Wenn man solche Fakten berücksichtigt und damit auch bei der Festsetzung des Lohnes die Erwägungen in die Diskussion einfließen lassen könnte, wäre letztlich sicher allen gedient. Nicht zuletzt den städtischen Angestellten.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Bereits bei der Budgetdebatte haben wir von der CVP/EDU-Fraktion gesagt, dass wir wollen, dass sich Winterthur überlegt, zukünftig den gleichen Stichtag für die Verwendung der Teuerung in der Rechnung wie der Kanton zu benutzen. Das hätte den Vorteil, dass bereits bei der Vorlage bzw. Verabschiedung des Budgets durch den Stadtrat die vorgeschlagene Teuerungsanpassung auf zeitnahen Grundlagen basiert. Der Stadtrat erspart sich somit den Blick in die Glaskugel. Die Inkraftsetzung würde nicht tangiert und wird auch nicht in Frage gestellt. Das soll weiterhin der 1. Januar bleiben.

Uns ist auch wichtig, dass der Stadtrat die Gelegenheit benutzt und sich Gedanken macht, welches der richtige Konsumentenindex ist und wieso er diesen wählt, so dass wir das nachvollziehen können.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen die Motion.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Wir hatten ja zwei Möglichkeiten, über die Teuerungsanpassung zu sprechen. Das eine Mal bei der Erarbeitung des Personalstatuts, wo man das festgelegt hat. Dort hat es meiner Erinnerung nach fast keine Diskussion gegeben darüber. Im Budget haben wir das dann wieder angesprochen. Ich habe auch dort ein Fenster offengelassen, indem ich sagte, das müsse man vielleicht wirklich noch genauer anschauen. Und von daher würden wir diese Motion so entgegennehmen, um solche Fragen zu erörtern.

Natürlich ist der letzte Satz von Tobias nicht gleich das, was wir als Erstes prüfen würden – wenn man dann den Lohn kürzen müsste.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung dieser Motion zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer die Überweisung ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.  
Damit habt Ihr diese Motion mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen.

## 6. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.82: Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO2 bis 2050; Antrag auf Fristerstreckung**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Motion betreffend Netto Null Tonnen CO2 bis 2050; Antrag auf Fristerstreckung. Das Wort hat die Kommissionsreferentin Barbara Huizinga.

**B. Huizinga (SSK):** Ich stelle Euch das geplante Vorgehen vor, wie man mit der Motion Netto Null Tonnen CO2 bis 2050 unter dem Einbezug des Energiekonzepts 2050, das jetzt noch in der Konzept- resp. der Massnahmenplanungsphase ist, zusammen verknüpfen und so vorwärts gehen kann.

Um was geht es im Grundsatz? Es geht um die Klimaziele der Stadt Winterthur, die im 2012 in einer Volksabstimmung mit 64% angenommen wurden. Die Motion, die ähnlich wie der Vorschlag auf die politische und gesellschaftliche Agenda gekommen und in den Fokus gerückt ist, bezieht sich auf den Teil in der Mitte, wo es um die konkreten Massnahmen geht. Dazumal ist dieser Vorschlag des Stadtrats mit der Zielsetzung auf den Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft gemacht worden, und auch auf den Grundlagen des Energiekonzepts 2050. Er wurde im März 2011 erstellt. Das möchte man jetzt erneuern, erfrischen und anpassen.

Die Massnahmen, die damals eingesetzt wurden, laufen 2020 aus. Von daher ist es nötig, dass man das angeht. Der Stadtrat hat den Vorschlag gemacht, diese beiden miteinander zu verknüpfen.

Die Motion selber hat folgende Änderungen drin: Nicht wie ursprünglich, dass man 2 Tonnen CO2-Äquivalente pro Jahr und Kopf der Bevölkerung bis im Jahr 2050 drin hat, sondern man möchte wirklich auf Netto Null kommen. Das ist eine Neuerung.

Im Teil D, betrifft die Änderung die Treibhausgasemissionen und folgende.

Die Motionäre, die aus den Reihen der GLP, der Grünen, der SP und der EVP kommen, haben die Motion im Juli im Rahmen der Klimasitzung durch den Rat gebracht und man hat sie dem Stadtrat überwiesen, um daran zu arbeiten. Jetzt ist es so gekommen, dass der Stadtrat der SSK einen Vorschlag unterbreitet hat. Im Dezember, bevor es aktiv kommuniziert werden musste. Und zwar hat der Stadtrat folgenden Vorschlag gemacht, wie sie den Fahrplan machen möchten: «Die Frist für Bericht und Antrag zur Motion betreffend Netto Null Tonnen CO2 bis 2050 wird um ein Jahr bis 8. Januar 2021 erstreckt.»

Eigentlich sind die Fristen schon da gewesen, um die Motion erheblich zu erklären vom Stadtrat. Die Begründung aber, wieso man jetzt zu einem anderen Vorgehen geht bzw. sich dafür entschieden hat, ist nachvollziehbar, weil gleichzeitig das UGS das Energiekonzept neu aufzubauen und die Massnahmen zu definieren. Deshalb ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass man zurzeit noch zu wenig inhaltlich alles weiss, um wirklich die Motion schon konkret erheblich erklären zu können. Oder dann gegebenenfalls abzuklären.

In der SSK war besonders der zweitunterste Punkt umstritten. Die Mehrheit fand, sie seien nicht ganz sicher, ob es nicht zu einem Zeitverlust kommt und dann die Motion, wenn man jetzt eine Fristerstreckung gibt und das parallel laufen lassen kann, nicht durch diesen Zeitverlust einfach verschleppt wird und der politische Druck nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Und man hat den Departementssekretär gebeten, dass er Lösungen vorschlägt, wie man für diese Patt-Situation, dass der Stadtrat eine Fristerstreckung braucht, um anständig und fundiert arbeiten zu können, und aber auch die Mehrheit des Parlaments, die gerne vorwärtsarbeiten würde, einen Kompromiss finden kann.

Was uns heute vorgelegt wird, da wird der Antrag des Stadtrates um zwei Ziffern ergänzt. Wichtig ist festzuhalten, dass der vorliegende Fall mit einer zusätzlichen, ergänzenden Ziffer wirklich ein sehr spezieller Fall ist, nämlich eine Fristverlängerung für die Erheblichkeitserklärung oder die Ablehnung einer Motion, die der Stadtrat nicht im Grundsatz ablehnen will, aber zum jetzigen Zeitpunkt mangels vollständiger Informationen auch nicht erheblich erklären möchte. Das habe es also noch nicht gegeben. Dieser Fall jetzt da ist im Art. 67 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats nur unvollständig abgebildet, weshalb zur Lösungsweise keine direkte, sondern eine analoge Anwendung einer Bestimmung notwendig ist. Aus diesem Grund taugt der vorliegende Fall auch nicht als allgemeines Präjudiz. Wir möchten da nochmals betonen, dass es sich wirklich um eine massgeschneiderte Einzelfalllösung handelt.

Die SSK hatte die Befürchtung, dass es eine Verschleppung des Geschäfts gibt und die Motion dann nicht wirklich vorangetrieben wird, also die Inhalte dieser Massnahmen. Sie hat den Wunsch geäussert, dass man die Zusicherung bekommen würde, wenn man diese Fristverlängerung gewährt, dass man dann auch gleichzeitig einen Bericht und einen Antrag bekommt, den der Stadtrat uns dann präsentiert. Das ist jetzt so ausformuliert, juristisch anscheinend so möglich, und so wäre das für beide Seiten ein Kompromiss, den man eingehen könnte.

Die Lösung präsentiert sich im Konkreten wie folgt: Die SSK stellt anlässlich der Beratung in der Kommission den Antrag auf Ergänzung der Weisung um die Ziffer 2, unter dem Hinweis auf einvernehmliche Lösung, was auch seitens des Stadtrates bestätigt wird. Der Grosse Gemeinderat würde infolgedessen die Fristverlängerung, gestützt auf den Art. 67 der Geschäftsordnung, gewähren. Das wäre dann das Entgegenkommen des Parlaments. Der Stadtrat legt dann dafür dem Grossen Gemeinderat vor Ablauf der Frist Bericht und Antrag gemäss dem Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Darin beantragt er die Erheblichkeitserklärung (oder, unwahrscheinlich, auch die Ablehnung) der Motion. Das wäre von Seiten Stadtrat ein Entgegenkommen, weil wir den Stadtrat nicht verpflichten können, sich da auf einen Ermessensspielraum festzulegen. Es ist also ein Kompromiss von beiden Seiten.

Um es noch deutlich zu zeigen, um was es konkret geht: Im 1. Teil ist gemäss Beschluss von 2012 2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente bis 2050, auf der 2000-Watt-Gesellschaft basierend, wie ich eingangs gesagt habe, mit Ziel bis 2050. Das hat man im Konzept- und im Massnahmenplan drin. Und die Motion, die Null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050 haben möchte, plus der 2000-Watt-Gesellschaft und Kernenergie-frei bis 2020. Der extreme Absenkpfad ist so im Massnahmenplan inbegriffen.

Auch noch, um es bildlich zu veranschaulichen, wieso der Stadtrat das mit dem Energiekonzept verknüpfen möchte: Wir haben oben links den Start, als man den Energiemassnahmenplan bis 2050 zu planen begann, in der Konzeptphase. Diese ist bereits abgeschlossen worden. Man sieht unten links: Im Februar 2020. Also wirklich schon auf der Zielgeraden. Und deshalb macht es für die SSK auch Sinn, dass man es jetzt zusammen verknüpfen könnte. Auch noch verbildlicht der Absenkpfad: Ganz links ist es weiter wie bisher, wenn man so fahren würde. In der Mitte ist Netto Null bis 2050, wie es in der Motion ist. Und ganz rechts ist Netto Null 2030, wie es die Klimajugend fordert.

Ich gehe nochmals retour auf den Beschluss, damit Ihr wisst, über was wir heute abstimmen. Wie gesagt, ich möchte es nochmals betonen: Es ist ein Einzelfall, massgeschneidert. Es soll kein Präjudiz sein. Es ist – so hoffe ich doch – eine gute Zusammenarbeit von Parlament und Stadtrat.

**Ratspräsident A. Geering:** Schliesst sich der Stadtrat dem Änderungsantrag der Kommission an?

**Stadträtin B. Günthard:** Ja.

**R. Diener (Grüne/AL):** Danke vielmals an die Vorrednerin für die Vorstellung des Geschäfts. Ich glaube, sie hat sehr gut dargelegt, um was es geht. Wir von den Grünen/AL danken einer-

seits der Kommission, dass sie sich um eine Lösung bemüht hat, da man von Anfang an gesehen hat, dass man so, wie es vorgelegt wurde, nicht zum Ziel kommt. Wir danken aber auch dem Departement und dem Stadtrat, dass er bereit war, in diese Diskussion einzusteigen und den Ball aufgenommen hat und sagte, man versucht, gemeinsam einen Weg zu finden, der für alle ein gutes Resultat darstellt. Und ich bin der Meinung, das haben wir tatsächlich auch erreicht.

Die Lösung, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist eigentlich der Königsweg, den wir gehen müssen, um mit dieser Motion möglichst rasch und verbindlich zu einem Beschluss zu kommen. Es geht ja jetzt nicht darum, dass man irgendwie den Stadtrat behindern wollte bei den Arbeiten oder ihm sagen, er dürfe sich die Zeit jetzt nicht nehmen, um sich an diesen Massnahmenplan vertieft und gründlich mit diesen Analysen zu machen – sondern es ging nur darum, dass wir eigentlich fanden, wir möchten den Prozess, den wir mit der Motion angeworfen haben, bei dem es nicht im Wesentlichen um den Massnahmenplan geht, sondern um die Zielsetzung, dass man diesen möglichst rasch umsetzen möchte.

Und da haben wir eigentlich beides erreicht. Wir haben mit dieser Regelung, die wir da haben, praktisch die gleiche Situation, wie wenn wir diese Motion gleich von Anfang an erheblich erklärt hätten. Nämlich 1,5 Jahre seit dem letzten Sommer, bis in den nächsten Winter. Damit sind wir eigentlich auf einem optimalen Weg, auf einem schnellen Weg. Ausnehmend schnell, denn normalerweise geht ja die Beschlussfassung und die Umsetzung von einer Motion deutlich länger. Ich danke dem Stadtrat, dass er bereit ist, diesen Weg nun so mit uns zu gehen, dass wir den auch nach aussen signalisieren können – gerade auch für alle in der Bevölkerung, die erwarten, dass man vorwärts macht. Es ist ein gutes und ein wichtiges Zeichen. Wir haben uns nie dagegen gestellt, dass man sich Zeit nehmen muss, sich die Gedanken gründlich zu machen, über was man dann Massnahmen effektiv umsetzen will. Aber wir sagten immer, wir müssen für die Anpassung der gesetzlichen Grundlage so schnell wie möglich vorwärts gehen.

Insofern perfekt, passt alles. Wir unterstützen das. Ich kann nur sagen: Nichts wie los an die Arbeit!

**Ratspräsident A. Geering:** Ich entschuldige mich, dass wir die Reihenfolge der Unterzeichnenden bei den Wortmeldungen nicht ganz abbilden konnten und gebe jetzt das Wort dem Erstunterzeichnenden Samuel Kocher.

**S. Kocher (GLP):** Danke, Reto, für die Einleitung. Aber als allererstes danke an Barbara für die Präsentation dieses Geschäfts.

Auf eine erneute detaillierte Debatte rund um den Klimawandel werde ich an dieser Stelle verzichten. Das haben wir bereits ausführlich bei der Debatte rund um die Motion gemacht. Der Stadtrat hat damals diese Motion entsprechend unterstützt. Doch rund 7 Monate später könnte man meinen, beim Stadtrat hätte ein Umdenken stattgefunden. Vielleicht hat er einfach vergessen, an diesem Thema zu arbeiten. Gerne erinnere ich den Stadtrat an dieser Stelle nochmals daran, dass wir in Winterthur den Klimanotstand ausgerufen haben. Das gibt dem Stadtrat eigentlich die Möglichkeit, Sachen zu beschleunigen und nicht zu verzögern. Normalerweise möchte ja der Stadtrat, dass das Parlament nicht lange debattiert, seine Geschäfte Vorrang haben und somit als dringlich oder erheblich behandelt werden. Nur offensichtlich beim Klima nicht. Zur Erinnerung: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 8. Juli 2019 die Motion Netto Null CO2 überwiesen und den Stadtrat aufgefordert, das Energiekonzept der Stadt Winterthur an die Ziele des UNO-Klimaabkommen von Paris anzugleichen. Das bedeutet anstelle von 2 Tonnen Äquivalenz Null Tonnen Äquivalenz bis 2050. Mit anderen Worten: Der Zeithorizont bleibt gleich, der Absenkpfad muss aber steiler werden. Nicht mehr und nicht weniger.

Mit grosser Besorgnis nimmt die GLP zur Kenntnis, dass man im Februar 2020 in dieser Sache noch nicht wirklich weitergekommen ist und somit eine Fristverlängerung beantragt werden muss. Der Stadtrat hat nun dank einer Zusammenarbeit mit der zuständigen Kommission und den MotionärInnen eine Lösung gefunden und vorgeschlagen, eine Fristverlängerung zu

begründen und – viel wichtiger – dass sich der Stadtrat dazu bekennt, dass er den Beschlussentwurf zur Anpassung des verbindlichen Grundsatzbeschlusses betreffend energie- und klimapolitischen Zielen vorlegt. Ohne diese Zusage hätte die GLP einer Fristverlängerung nicht zugestimmt. Mit diesem Versprechen des Stadtrates sollte zumindest eine Lösung gefunden sein, die sicherstellt, dass der Stadtrat die Forderungen der Motion nicht noch weiter entschleunigt. Denn gemäss der Begründung zur Fristverlängerung schreibt er, dass er die Stossrichtung und den Handlungsbedarf der Motion erkannt hat. Darüber hinaus ist es der GLP besonders und allen MotionärInnen ein Anliegen, dass das Bekenntnis des Stadtrates zur Dringlichkeit und zum Handlungsbedarf dazu führt, dass in den Büros der Stadtverwaltung nicht nur an Ideen und Konzepten gearbeitet wird. Es braucht schnell ganz konkrete Vorschläge, die auch gerne parallel zu dieser Motion ausgearbeitet werden können. Oder man nimmt gute Ideen wieder auf, wie z.B. das Projekt Aquifer. Das würde dann auch beweisen, dass der Stadtrat ernsthaft und konkret an den klimapolitischen Zielen arbeitet. By the way: Das ist bereits im aktuellen Energiekonzept 2050 möglich.

Das ganze Thema ist ebenfalls eine grosse Chance für den Arbeitsstandort Winterthur. Die Zahl der Start-ups im Umwelt- und Energiebereich steigt stetig. In der Schweiz sind seit 2018 insgesamt 473 Start-ups im Bereich Energie und Umwelt aktiv. Und es werden täglich neue gegründet.

Mit diesen zum Teil enttäuschenden Aussichten ist es für die GLP klar, dass wir uns weiterhin stark dafür einsetzen werden, dass das Umdenken – im Besonderen beim Stadtrat – nachhaltig stattfindet. Und wir haben uns den 8. Januar 2021 bereits fest in der Agenda notiert, wo wir dann die Ergebnisse aus dem Projekt Weiterführung Energiekonzept 2050 als Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der zukünftigen energie- und klimapolitischen Ziele in Winterthur präsentiert bekommen.

Die GLP wird der Fristverlängerung inklusive der zwei zusätzlichen Ziffern zustimmen.

**Stadträtin B. Günthard:** Der Stadtrat schliesst sich sehr gerne dieser Ziffer 2 an, weil der Stadtrat überzeugt ist, dass dieses Vorgehen, das man so miteinander abgemacht hat, nicht nur das schnellste Vorgehen ist, sondern eben auch das verbindlichste Vorgehen. Es garantiert, dass wir uns nicht nur Ziele setzen, sondern sie auch mit Massnahmen erreichen. Vielleicht noch schnell drei Rückmeldungen an Sie da im Raum und an einige ausserhalb dieses Raumes: Erstens besten Dank der Klimabewegung inklusive Jugendlichen, Müttern und Grossmüttern, die sich da engagieren, für das Dranbleiben, für das Aufrechterhalten des Drucks und uns, der institutionellen Politik, immer wieder das Signal geben, wir sollen wirklich vorwärtsmachen und wirklich Entscheidungen und Massnahmen treffen. Also nicht nur reden, sondern auch handeln.

Dann auch ganz herzlichen Dank an die SSK, die vorberatende Kommission. An Barbara, die das Geschäft hervorragend vorgestellt hat. Und an Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass Sie mit dem Zustimmung oder mit diesem Kompromissvorschlag einerseits zeigen, dass Sie uns doch auch noch vertrauen, uns einen Vertrauensvorschuss geben auf der einen Seite, und auf der anderen Seite aber eben auch die Verbindlichkeit der Umsetzung so formal einfordern können. Ich bin davon überzeugt, das ist genau die richtige Rollenteilung. Danke, dass Sie so dranbleiben.

Dann das Letzte vielleicht noch: Ich selber und der Stadtrat, wir sind davon überzeugt: Wenn wir das schaffen, die Klimaziele zu erreichen mit diesen Massnahmen, wenn wir die Massnahmen budgetieren und auch das nötige Geld sprechen, dann hilft das nicht nur dem Erreichen der Klimaziele, sondern es beschleunigt unter Umständen auch die Unabhängigkeit von der Stadt Winterthur und von der Schweiz von gewissen Staaten, aus denen wir jetzt noch fossile Energien beziehen. Das zum einen. Und zum anderen, das hat Samuel Kocher richtig angetönt, dass es eben auch Massnahmen sind, die der Wirtschaft nützen. Wer ersetzt die Ölheizungen, die man allenfalls ersetzen muss? Wer erbaut ein allfälliges Nachfolgeprojekt Aquifer? Das ist die Wirtschaft, das sind unsere Unternehmen, die Aufträge bekommen werden, die ihr Geld damit verdienen. Und ich glaube wirklich, wir sind miteinander aktuell dran (vielleicht ohne dass wir es merken), ein Impulsprogramm für Winterthur zu starten, das dem

Klima hilft und das dem Wirtschaftsstandort hilft. Und insofern bin ich froh, wenn wir so miteinander unterwegs sind und dranbleiben.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich möchte vor der Abstimmung nochmals auf einzelne formelle Dinge hinweisen, Barbara Huizinga hat das grundsätzlich bei der Vorstellung schon richtig gesagt. Das Vorgehen bei Motionen, das Verfahren, ist im Art. 67 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats abgebildet. Nicht abgebildet ist das jetzige Vorgehen um die Fristerstreckung, sondern es handelt sich um einen pragmatischen Kompromissvorschlag, um die Situation deblockieren zu können. In dem Sinn ist die Abstimmung nicht eine Erheblicherklärung, sondern eine modifizierte Fristerstreckung. Und in ca. einem Jahr wird man den Bericht und Antrag mit einem Beschlussentwurf vorliegen haben. Dann wird der Rat die Möglichkeit haben, darüber zu befinden, ob er dem Antrag, wie er dann vorliegen wird, so zustimmen will oder nicht.

Wer diesem modifizierten Antrag auf Fristerstreckung gemäss dem Kommissionsantrag, den Sie auch auf dem gelben Blatt vorliegen haben, zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge die Hand erheben.

Enthaltungen?

Dann ist diese Fristerstreckung mit einer Enthaltung ohne Gegenstimme bewilligt.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2017.159: Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend Schwarmnutzung in der Stromversorgung. Das Wort hat Zeno Dähler.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Wie wir aus der Antwort dieser Interpellation wissen, ist unser Stromnetz im europäischen System eingebettet. Einerseits physisch mit den Leitungen, andererseits aber auch reglementiert. Das Ganze funktioniert heutzutage relativ zuverlässig, wie wir selber erleben dürfen. Es gibt selten Stromausfälle und selten gibt es länger andauernde Stromausfälle.

Das Problem aber ist, dass das nur möglich ist, wenn man Bandenergie zur Verfügung stellen kann, mit Kraftwerken, die schnell hochgefahren werden können, nämlich genau dann und in der Sekunde, in der der Strom gebraucht wird, bzw. auch abgeschaltet werden können, wenn man den Strom nicht braucht. Die Bandenergie kommt vorwiegend von Kohlekraftwerken, Gas-, Kernkraftwerken oder aus der Wasserkraft. Aber gerade diese Kraftwerke (Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke, Kernkraftwerke) stehen extrem unter der Kritik, sollen abgeschaltet werden – und dort sehe ich die Problematik, die uns auch (wie wir im Votum von Stadträtin Barbara Günthard gehört haben) in Zukunft herausfordern wird. Es gibt nämlich nach wie vor keine Möglichkeit, um Strom wirklich zu speichern über die Menge, die wir brauchen, um ohne schnell reagierende Kraftwerke aufbauen zu können. Es gibt keine Möglichkeit, den Strom langfristig zu speichern, dann, wenn er ausreichend in der Schweiz produziert wird /nämlich im Sommer), um ihn dann zu haben, wenn wir ihn bräuchten (im Winter). Und auch kurzfristige Speichermöglichkeiten sind in Frage gestellt. Man hat zwar Pumpspeicherkraftwerke, aber daneben bis heute keine guten oder tragbaren Lösungen. Und ich weiss von einer Überbauung da in Winterthur, die einmal als Beispielprojekt lanciert wurde: Mit Sonnenkollektoren, mit Windrädern und mit einer grossen Batterie für die Zwischenspeicherung der Energie. Windräder brauchen leider mehr Strom, als sie produzieren, und die Batterie ist derart ineffizient, dass auch diese nicht in Gebrauch ist heutzutage.

Ich würde gerne jetzt noch wissen – weil die Antwort schon etwas älter ist – wie das ist mit dem Energiemanagementsystemtest, der angekündigt wurde, und danke sonst soweit für die Antwort.

**R. Heuberger (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und möchte dazu im Folgenden Stellung nehmen: Wie es bereits erwähnt wurde, ist die Interpellation von unserem ehemaligen Fraktionspräsidenten Stefan Feer eingereicht worden. Ich erlaube mir, seine Stellungnahme, wo sich mit der Position von der Fraktion deckt, zur Interpellationsantwort einzubringen:

Mit der Energiestrategie 2050 wird der Schweizer Strom gemäss einschlägiger Meinung von zahlreichen Experten zukünftig mehr und mehr dezentral erzeugt. Nebst verschiedenen technologischen Fortschritten im Bereich «intelligenter» Netze (sprich: Smart Grids), ist zwecks Förderung der dezentralen Stromproduktion in der Schweiz auch rechtlich ein kleiner Schritt in Richtung Dezentralisierung von der Produktion und Eigenverantwortung der Bürger gemacht worden. Mit der Möglichkeit, dass über Grundstücksgrenzen hinweg Strom direkt vom Produzenten zum Bezüger und ohne Beteiligung von Netzbetreibern verteilt und gehandelt werden kann, ist der «Quartierstrom» geboren worden.

Netzengpässe sind ein aktuelles wie auch zukünftiges Thema und drohen auch aus der Zuschaltung von zukünftigen Lasten, wenn beispielsweise in einem Quartier mehrere Elektroautos gleichzeitig geladen werden, noch an Brisanz zu gewinnen. Um Überlastungen zu verhindern, können neue, stärkere Leitungen verlegt oder lokale Speicher gebaut werden. Dazu sind aber hohe Investitionen nötig. Die können umgangen werden, wenn der dezentral produzierte Strom gerade vor Ort – also noch im gleichen Haus oder im gleichen Quartier – verbraucht wird. Denn wenn der Strom dort gespeichert und verbraucht wird, wo er produziert wird, erfährt das Netz praktisch keine zusätzliche Belastung. Pilotprojekte für diesen sogenannten Quartierstrom gibt es in der Schweiz bereits (z.B. in Walenstadt).

Der Grundsatz heisst: Kauf und Verkauf vom Strom und weiteren Energien wie z.B. Wärme werden direkt unter den Teilnehmenden abgewickelt. Es werden vermehrt dezentrale und autarke energieproduzierende Quartiere entstehen, wogegen staatliche Energielieferanten an Bedeutung verlieren. Diese müssen – denkt man diesen Ansatz zu Ende – ihre Rolle überdenken und neu erfinden. Autarke Quartiere, die als private Betreiber in Erscheinung treten, könnten über Erdwärme, Solar- und Photovoltaikanlagen und mit der entsprechenden Speichertechnologien (auch Wasserstoff ist ein Thema davon) ihren Energiebedarf selber decken, eventuell sogar Überschuss ins Monopol-Netz abgeben.

Zu den Fragen der Interpellation: Sie waren eigentlich eher allgemein gehalten. Dennoch wäre unter Frage 2 oder Frage 3 der Raum da gewesen, das Thema – das ja nicht ganz neu ist – im Gesamtkontext aufzugreifen. Das ist aus unserer Sicht ein bisschen verpasst worden in dieser Interpellationsantwort.

Zu Frage 1: Aufgrund vom Verweis auf Swissgrid als Verantwortliche für die Netzstabilität und dem Fehlen von einem Hinweis auf mögliche kleinräumige Energieformen muss davon ausgegangen werden, dass zumindest zum Zeitpunkt der Beantwortung der Interpellation kleinräumige Lösungen kein Thema gewesen sind.

Zu Frage 2 und 3: Die FDP-Fraktion freut sich, in der sicher noch folgenden mündlichen Stellungnahme des Stadtrates mehr über den Test 03/2018, den vorhin Zeno Dähler bereits erwähnt hat, zu erfahren.

Zu Frage 5: Die Grenzen der Batterien nach dem heutigen Stand der Technik sind bestens bekannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Technologien auch im Bereich Batterien in nächster Zeit Quantensprünge machen werden. Zudem müssten im Interesse einer wachsenden Dezentralisierung weitere Technologien auch geprüft werden. Auch dazu haben wir keine Aussage.

Zu Frage 6: Dass der Stadtrat davon ausgeht, dass Schwarmkraftwerke die Versorgungssicherheit kaum erhöhen, erstaunt. Gerade in der Energiestrategie 2050 ist die Dezentralisierung der Energieversorgung ein grosses Thema. Und ob diese Dezentralisierung ohne Schwarmnutzung zu erreichen ist, ist sehr fraglich. Wenn es rechtliche Einwände gibt, dann müssen diese jetzt angegangen und möglichst rasch beseitigt werden. Was die Technologie

und den Preis dafür angeht, kann wohl heute niemand sagen, wie es in den nächsten 5 Jahren ungefähr aussehen wird. Und was zu guter Letzt die Rentabilität angeht, so ist diese klar auch vom Energiepreis abhängig. Und der soll ja bekanntlich steigen und steigen. Aus diesen Gründen nimmt die FDP-Fraktion die Antwort des Stadtrates kritisch zur Kenntnis.

**F. Künzler (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausführungen. Sie zeigen exemplarisch, dass die Netzstabilität der Stromversorgung kein Kinderspiel ist. Die Verfügbarkeit der Stromversorgung in der Schweiz ist ja grundsätzlich sehr hoch, wir sind sehr verwöhnt, wenn man das mit anderen Ländern vergleicht, wo Blackouts an der Tagesordnung sind. So gesehen kann man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stadtwerk, Swissgrid und anderen Stromversorgern ein Kompliment machen. Es ist wie in der Internet-Industrie, in der ich tätig bin: Gemault wird erst beim Ausfall, wenn alles läuft, hört man selten was von den Kunden, und die "Dankeschöns" kann man übers Jahr fast an einer Hand abzählen. Deshalb: Bravo und vielen Dank für den guten Service.

Stutzig gemacht hat mich der suggestive Satz in der Interpellation: "Hauptgrund für die vielen Interventionen von Swissgrid ist die volatile Stromerzeugung durch erneuerbare Energien." Die Interpellanten wollen offensichtlich damit sagen, dass es für die Netzstabilität weiterhin Atom- und Kohlekraftwerke braucht, weil ja nur diese zuverlässig Bandenergie liefern. Dagegen sind Windturbinen und Solaranlagen – weil wetterabhängig – nur nervig und verursachen Stress. Sie und ich wissen, dass dies eine Energiepolitik des letzten Jahrhunderts ist. Eine zeitgemässe Energiepolitik orientiert sich an den Herausforderungen des Klimas von heute und morgen. Doch die Interpellanten erwarten eine Versorgungssicherheit, die die Launen des Wetters zu 100% kompensiert.

Die Interpellanten reden zwar von Schwarmnutzung, meinen damit aber nur individuelle oder Quartier-Stromspeicher, also Batterien in den Quartier-Trafostationen. Ich verstehe etwas anderes unter Schwarmnutzung: Nämlich den intelligenten Verbrauch. Doch davon steht kein Wort in der Interpellation.

Ich gebe ihnen einige Beispiele: Ein Elektro-Boiler muss nicht dann heizen, wenn die Energie knapp ist, weil die Sonne gerade nicht scheint. Der Tumbler muss nicht dann laufen, wenn Wind-Flaute herrscht. Die Waschmaschine, deren Zeitschaltuhr auf Niedertarif programmiert ist, sollte doch eigentlich dann laufen, wenn die Sonne scheint.

Sie sehen, worauf ich hinaus will: Man muss beim Verbrauch ansetzen, nicht nur bei Produktion und Verteilung. Intelligenter Stromverbrauch liesse sich lenken, einerseits durch komplexe Elektronik – im Volksmund nennt sich das Smart Grid. Viel simpler wäre jedoch der Anreiz für intelligenteren Verbrauch über den Preis.

Stadtwerk sollte sich mal Gedanken darüber machen, ob die Hoch- und Niedertarifzeiten, wie auch im Stromtarif 2020 publiziert, noch zeitgemäss sind: "Tarifzeiten Hochtarif: von Mo bis Fr 7 bis 20 Uhr, Sa 7 bis 13 Uhr / Niedertarif: alle übrigen Zeiten".

Angebot- und nachfrageorientierte Tarife müssten doch eigentlich so sein, dass der Strom im Sommer billiger ist als im Winter oder am Tag billiger als in der Nacht, bei Sonnenschein billiger als bei Nebel. Um dieses Ansinnen weiter zu verfolgen, habe ich heute ein Postulat zirkulieren lassen und ich hoffe auf zahlreiche Unterstützung.

**P. Rütsche (SVP):** Die Auswirkung von einem Stromausfall kann durchaus schwere Konsequenzen und auch Chaos mit sich ziehen. Längere Stromausfälle wie z.B. der sogenannte «Blackout» können ein Land in eine Notlage führen. So spricht man heute bereits bei einem Blackout von einer Katastrophe. Aus diesem Grund ist eine sichere Netzstabilität von grosser Bedeutung. Es muss gleich viel Energie produziert werden, wie verbraucht wird. Schwankungen müssen laufend ausgeglichen werden, sei es auf der produktiven als auch auf der abholenden Seite. Wenn Stromverbrauch und -produktion immer im Gleichgewicht sind, haben wir auch keine solchen Probleme.

Schwankungen können bereits schon zu Schäden und Störungen an elektrischen Geräten führen, deshalb spielt das eine wichtige Rolle. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien wird das immer mehr zu einer Herausforderung, auch in Zukunft – und das muss man lösen.

Sei es Smart Grid, seien es andere Massnahmen. In Zukunft werden wir nicht nur Schwankungen auf der Verbraucherseite haben, sondern auch auf der produktiven Seite. Aus diesem Grund sucht man neue Möglichkeiten, wie z.B. der Einsatz von sogenannter Regelenergie. Das kann ein Batteriespeicher sei, Schwarmnutzung oder ein ganz einfacher Dieselgenerator.

Wir bedanken uns beim Stadtrat und bei Stadtwerk Winterthur für die Abklärung und die Nachforschungen und nehmen die Antwort gerne zur Kenntnis.

**M. Nater (GLP):** Wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Zusammengefasst kann man sagen, dass der Stadtrat vorreiten muss, bis eine Vorlage zum europäischen bzw. nationalen Problem der Stromnetzstabilität durch Schwarmtechnologie diese löst. Gemäss der Interpellationsantwort gibt es noch keine marktfähigen Lösungen dazu. Ich denke, die beiden Stadtratsmitglieder der FDP sind im Ressort Umwelt und Stadtwerk in der Verantwortung für operative Lösungen.

Trotzdem haben Stadtwerk und die Umweltabteilung der Stadt Winterthur nicht den strategischen Einfluss, nicht die finanziellen Ressourcen und auch nicht den Auftrag, Lösungen für die Netzstabilität in der Schweiz zu liefern.

Daher wird in der Antwort des Stadtrats v.a. auch auf das Energiemanagement verwiesen und die Partnerschaft von Stadtwerk mit der ZHAW erwähnt.

Wir von der GLP sehen jedoch das operative Potential, das dezentral kurzfristig Speicher bringt von erneuerbarer Energie. Darauf soll, wie in der Antwort erwähnt ist, in Zukunft der Fokus gelegt werden. Bei jeder Solaranlage soll geprüft werden, ob eine dezentrale Speicherung von überschüssiger Energie in Batterien möglich ist. Das könnte ein Winterthurer Beitrag für eine intelligente Nutzung von Energie sein, welche die Schwankungen im Stromnetz stabilisieren kann.

Wir nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grünen/AL nehmen diese Antwort auch positiv zur Kenntnis. Wir sind grossenteils mit ihr d'accord. Es ist klar, wir haben es gehört, die Regelung- und Ausgleichsenergie werden beim künftig produzierten erneuerbaren Energie-Mix eine Herausforderung werden. Und dieser muss man sich stellen, da sind sich alle Beteiligten und Player völlig darüber im Klaren. Die Problematik muss aber, das wurde auch gesagt, v.a. grossräumig angegangen werden. Die Stadt Winterthur kann das alleine nicht lösen.

Die Antwort zeigt eigentlich sehr gut auf, dass es ganz verschiedene Arten von solchen Ausgleichsregelungen braucht, von kurz- bis sehr langfristig, vom Sekundenbereich bis eben zum saisonalen Thema, nämlich der Winter-Ausgleichsenergie, wenn man nicht so viel Sonne zur Verfügung hat.

Ich bin überzeugt, lokale Schwarmkraftwerke können eine Rolle spielen dazu, aber wahrscheinlich nur eine kleine. Viel wichtiger ist es tatsächlich, dass man Speichertechnologien und -umsetzungen grossräumig vorantreibt, und so überall verteilen kann. Nach meinem Dafürhalten ist die wichtigste Herausforderung und die grösste Herausforderung, die wir haben, die saisonale Schwankung. Und dort konnte man bereits zeigen (und da muss ich Dir, Zeno, widersprechen bei dem, was Du gesagt hast), dass es möglich wäre, bereits mit den heutigen Stromspeichern, die wir indirekt haben (unsere Speicherseen in den Alpen), dass man da bereits den Verbrauch, den wir heute im Winter haben, mit den wegfallenden Atomkraftwerken tatsächlich umsetzen und gewährleisten können. Es würde aber natürlich ein ganz anderes Businessmodell für diese Kraftwerke benötigen. Sie könnten dann keinen Strom mehr ins Ausland verkaufen.

Also da gäbe es schon Ansätze. Das haben auch schon ETH-Studien gezeigt, das hat auch das Bundesamt für Energie schon gezeigt, dass wir in dieser Richtung schon sehr weit gehen könnten. Da müssen wir daran arbeiten.

Was wir lokal machen können, das haben wir ja auch letzten Sommer schon aufgezeigt mit dem Postulat. Da gehe ich einig damit, was vom Vorredner gesagt wurde: Wir müssen die bestehenden Anlagen, die wir da vor Ort haben, vorantreiben. Wir müssen sie fördern. Ich

möchte insbesondere natürlich auch die Speichertechnologien fördern, dass man die zusätzlichen Photovoltaikanlagen, bei denen man auch schon verlangt hat, dass man sie fördert, könnte man mit Speichertechnologien vermehrt zum Einsatz bringen, damit in der Breite mehr hineinkommen. Denn das ist genau der grosse Knackpunkt, die Möglichkeit, von einem Tag auf den anderen Energie übertragen zu können. Das würde sehr viel mehr Eigenverbrauch ermöglichen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Danke vielmals, dass die Mehrheit unsere Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis genommen hat. Wie vielleicht die einen oder anderen herausfinden konnten, entstehen diese Antworten nicht alle auf meinem Tisch. Es ist eine sehr technische Fragestellung und es sind dann auch sehr technische Antworten, die wir da gegeben haben. Und deshalb tut es mir leid, dass ich den aktuellen Stand dieses Energiemanagement-Systems Euch jetzt nicht mitteilen kann. Ich werde das aber Zeno Dähler und Romana Heuberger gerne nachliefern, weil Ihr das Interesse geäussert habt, dass Ihr gerne den aktuellen Stand davon wissen möchtet.

In der ganzen Interpellation kommt etwas ganz Wichtiges zum Tragen, das uns auf dem Weg zur Energiewende weiter beschäftigen wird: Nämlich dass der erneuerbare Strom nicht immer zu der Zeit verfügbar ist, wenn man ihn auch braucht. Und deshalb muss man versuchen, alle Bestrebungen, die vom Gesetzgeber her, aber auch für uns als Individuen oder als Gesellschaft wichtig sind, anzupacken, damit man am Schluss den verfügbaren Strom, den erneuerbaren Strom auch dann brauchen kann, wenn er verfügbar ist – und nicht, dass er dann verheizt werden muss, wie es auch z.B. in Deutschland gemacht wird, wenn zu viel anfällt (gerade in der Mittagszeit im Sommer). Also da haben wir als Gesellschaft und in der Politik noch ganz viele Aufgaben zu lösen, damit wir wirklich diesen Strom dann verfügbar haben, wenn wir ihn brauchen. Und dazu gehört natürlich auch, dass wir uns selber auch anpassen, als Wirtschaft, als Gesellschaft. Dass wir den Strom dann brauchen, wenn er verfügbar ist. Übrigens, Fredy Künzler: Noch sinnvoller wäre natürlich, wenn Du bei Sonnenschein den Tumbler gar nicht anstellen würdest, sondern die Wäsche dann nach draussen hängen würdest. Das zeigt natürlich, dass wir noch weiter denken müssen. Nicht nur dann den Strom brauchen, wenn er produziert wird – sondern es gibt vielleicht auch noch effizientere Alternativen, die auf unserem Weg zur Energiewende auch sinnvoll erscheinen. Ich danke vielmals und ich werde Zeno und Romana die Informationen dann noch nachliefern.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit ist mit dieser Diskussion die Interpellationsantwort zur Kenntnis genommen und die Interpellation abgeschlossen.

## 8. Traktandum

**GGR-Nr. 2017.67: Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz). Das Wort hat Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort vom 23. Mai 2018, die gleichzeitig mit dem Synthesebericht für die Testplanung Gleiskorridor vorgelegt worden ist. Aus beiden Texten geht klar hervor, wie wichtig der Planungsprozess in diesem zentralen städtischen Gebiet ist und warum dieser Prozess, selbst wenn man den Zeithorizont 2040 und 2050 ins Auge fasst, schon jetzt intensiv einsetzen muss.

Nicht nur müssen mit SBB, Kanton und Stadt drei Partner ins Boot geholt und unter ihnen jeder Schritt abgestimmt werden. Das Bahnhofsgebiet und der Gleiskorridor zwischen Vogel-sang und Lindspitz sind ein eigentliches Nadelöhr des gesamten städtischen und regionalen Verkehrssystems. Und nicht zuletzt ist dieses Gebiet das Eingangstor von Winterthur und das städtebauliche Scharnier auf dem «urbanen Rückgrat», das die «Entwicklungsperspektive Winterthur 2040» skizziert: In diesem Raum sind, in Form eines sogenannten «Leiterkonzepts», die zentralen Verbindungen angesiedelt zwischen der Altstadt und dem neuen westlichen Zentrumsgebiet im Sulzerareal.

Der Synthesebericht und der Postulatsbericht machen auch sichtbar, wo die hauptsächlichen Problemfelder im Planungsprozesses liegen. Die Testplanung hat sie zwar sichtbar gemacht, aber nicht lösen können. Es sind vor allem drei Themen:

1. Der Hauptbahnhof ist in seiner heutigen Form infrastrukturell und betrieblich nicht bereit für die Aufnahme des Mehrverkehrs, der bis 2050 zu erwarten ist. Es fehlen ein bis zwei zusätzliche Geleise, die Perrons sind zu schmal und die südliche Unterführung ist nicht leistungsfähig genug. Ohne radikale Lösungen kann sich das zentrale Gleis- und Perronsystem nicht seitlich ausdehnen, weil es durch die sogenannten «städtebaulichen Kanten» (die Häuserzeile an der Rudolfstrasse im Westen und die Häuserzeile des Bahnhofplatzes im Osten) begrenzt ist. Eines der Planungsteams hat den radikalen Schnitt mit dem Abbruch und der Aus-höhlung der ganzen Südzeile des Bahnhofs versucht: Coop, Bahnhofsgebäude sowie Stellwerk 1 und 2. Aber das grösste Hindernis der räumlichen Ausdehnung des Bahnhofareals so-wohl in die Höhe oder Tiefe ist das Parkdeck über den Gleisen. Es wird vom Stadtrat be-zeichnenderweise nur beiläufig erwähnt. Ohne Beseitigung dieses Höhlendeckels wird es keine vernünftige Lösung für das Bahnhofareal geben. Leider hat der Stadtrat offenbar zwi-schen 2014 und 2016 klammheimlich mit einer Baurechtsverlängerung dieser städtebauli-chen Todsünde nochmals einen weiteren Lebenszyklus verschafft. Hier wäre ein ganz ander-er stadträumlichen Blick gefragt gewesen.

2. Sämtliche innerstädtischen Verbindungen des öV in Winterthur sind sternförmig auf den Bahnhof ausgerichtet, und zwar einseitig auf Altstadtseite. Was für Probleme dies bereits im Alltagsbetrieb und bei Fahrplanwechseln schafft, zeigen die immer wieder neu justierten Abfahrtskanten von Stadtbus und Postauto auf dem Bahnhofplatz. Wie dieses Nadelöhr den Mehrverkehr künftig auffangen soll, ist unklar. Hier sind ganz neue Lösungen gefragt, die ei-gentlich das Aufbrechen des sternförmigen öV-Netzes der Stadt einschliessen müssten und im «Spinnennetz» des innerstädtischen öV wahrscheinlich auch die tangentialen Verbindun-gen einbeziehen müssten.

3. Vor allem im Lindspitz-Areal werden städtebauliche Anforderungen und wirtschaftliche Überlegungen aufeinandertreffen und absehbar miteinander in Konflikt geraten. Auch hier ist aufschlussreich, was im Synthesebericht und in der Stadtratsantwort nicht gesagt oder nur angedeutet wird. Im Lindspitzareal befinden sich mehrere historische Bauten, für die zuerst Schutzabklärungen getroffen werden müssen, bevor eine Detailplanung angegangen werden kann. Bezeichnenderweise zeigen die Grobpläne beider Teams, die sich im Rahmen der Test-planung mit dem Lindspitzareal beschäftigt haben, eine Bebauung, in der die historischen Gebäude sich einfach in Luft auflösen. – Im Lindspitzareal stellen sich aber spannende Fra-gen im Sinne einer organischen Entwicklung des Areals. Diese Veränderung darf nicht als «tabula rasa» passieren, sondern sollte die 180 Jahre Bahngeschichte auf dem Areal mitein-beziehen. Eine Winterthurer Europa-Allee darf es hier nicht geben.

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion nimmt diese Antwort des Stadtrats dankend zur Kenntnis. Wir sind weitestgehend einverstanden mit ein paar kritischen Anmerkungen. Ich greife auch noch 2-3 Punkte auf, die vom Vorredner schon erwähnt wurden.

Den Hauptbahnhof sehen wir auch als ganz kritischen Punkt in der Planung. Das Parkdeck muss eigentlich weg, das wissen wir im Prinzip schon lange. Da bin ich ganz der Meinung des Vorredners, da wurde ein grosser Fehler gemacht. Allerdings, ob es tatsächlich möglich ist, über den bestehenden Gleisen noch etwas zu machen, ist dann eine 2. Frage. Aber was

sicher für uns nicht in Frage kommt (das wurde auch schon gesagt): Anbauten auf der Seite der heutigen Gleise, auf die Strassen hinaus oder in die Räume hinein, die heute intensiv, dicht und städtebaulich genutzt werden – das ist ein No-Go. Man kann aus der Rudolfstrasse nicht nur noch ein Rudolfwegli machen. Und auf der anderen Seite ist ja die SBB wieder am Planen von einem weiteren grossen Gebäude. Ein Neubau kommt für uns nicht in Frage.

Wir werden nicht darum herumkommen, ernsthaft über einen Tiefbahnhof nachzudenken, zu schauen, wo man den platzieren will und wie man auf diese Art tatsächlich sehr langfristig denkt und die Leistungsfähigkeit des Bahnhofs Winterthur für den öffentlichen Verkehr aufrechterhalten kann.

Ein grosses Konzept wurde nicht erwähnt: Für den sanfteren Verkehr (Fussgänger, Velo). Da gibt es ja die Idee, dass man entlang der Gleise auf beiden Seiten durchgängig mit dem Velo und zu Fuss durchkann. Für die Fussgänger ist das mehr oder weniger vorhanden, für die Velos hat es immer noch grosse Lücken. Das ist nämlich der Parkplatz bzw. der Standplatz der Busse unter dem Pilz. Eigentlich müsste man das Sprossenkonzept endlich einmal richtig umsetzen – oder dann schicklich begraben, wenn wir es nicht umsetzen können. Was wir aber sicher gesehen haben ist, dass man jetzt zumindest auf der anderen Seite eine gute Lösung bekommen mit den Verbindungen und Verknüpfungen zu den Arealen ausserhalb. Ganz kurz noch zu den Fokus-Arealen, die natürlich im Konzept bei der Entwicklung und der Planung im Vordergrund stehen. Schade, dass wir das Areal Vogelsang Süd nicht selber weiterentwickeln können (vorläufig), da das im Zusammenhang mit den Ausbauten für den Brütener Tunnel von der SBB intensiv genutzt werden wird.

Das Salzhausareal, ein Kopfbahnhof - nein, das kann keine Lösung sein. Allenfalls vorübergehend während einer Baustelle, die man in Kauf nehmen müsste. Aber eine echte Lösung kann das nicht sein. Wir sehen, wie das in Zürich gemacht wurde. Dort hat man zwei Mal einen Durchgangsbahnhof gebaut, tief unten. Und nur damit konnte man tatsächlich erreichen, dass man eine Verbesserung bekommt.

Lindspitz-Areal, ja. Verdichtung ist sicher spannend dort. Das würde ich auch vorsichtig anpacken dort, da müsste man wirklich auf die Substanzen Bezug nehmen. Das interessante Potenzial dort ist auch wieder die Vernetzung, vom Bereich Spital mit Arealen, die wir um den Bahnhof herum haben. Da gäbe es mit Querungen und zusätzlichen Verbindungen bessere Möglichkeiten.

Fazit zur Testplanung insgesamt: Unterdessen ist der Horizont noch weiter aufgemacht worden, wir sind schon wieder in der nächsten Runde. 2040 ist das Thema der Testplanungen oder der Planungshorizont. Aber der wichtigste Punkt in diesem Zentrum der Stadt Winterthur ist der Bahnhof. Und wenn wir dort nicht relativ bald klären, wie es in Zukunft weitergehen kann, gibt es andere Flickwerke rundherum. Wenn wir einen signifikanten Anteil auch vom Fernverkehr, der heute noch auf der Autobahn läuft, auf die Bahn umlagern können wollen (und das muss aus unserer Sicht das Ziel sein), dann müssen wir dort wesentlich mehr zur Verfügung stellen.

Fazit zu den Antworten auf unsere Fragen, die wir hatten: Es fehlt ein bisschen die Sichtbarkeit der grossen Linien, es fehlt noch die Vision, wo es hingehen könnte. Das ist auch nicht erstaunlich, wir sind ja hier in einer Testplanung. Was aber die Fragen nach der Beteiligung des Parlaments etc. betrifft, sind diese aus meiner Sicht nicht überzeugend beantwortet worden. Sie sind aus meiner Sicht auch nicht überzeugend gehandhabt worden in der Vergangenheit. Auch da gibt es noch Luft nach oben, ganz klar. Man hat zwar jetzt mit der Winterthur 2040-Planung einen Schritt weitergemacht und versucht, mit Workshops und Plenumsdiskussionen die Leute auch einzubeziehen. Ich denke, das sollte man noch zu intensivieren versuchen und weiter aufzunehmen.

Insofern danke für die Antwort. Es ist gut, dass wir auf dem Weg sind – das ist auch dringend nötig.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat auch für diesen Postulatsbericht. Seit Einreichung des Postulats und auch seit der Publikation des Postulatsberichts ist mittlerweile einige Zeit vergangen. Es ist deshalb etwas schwierig, da den Überblick zu bewahren, welche

konkreten Schritte nun momentan anstehen. Ich hoffe, die Antwort der Departementsvorsteherin klärt da noch einiges.

Was wir im Bericht nachlesen können: Die Testplanung bildet keinen Abschluss, sondern eine erste Etappe für weitere Planungen (S. 3). Die Fortsetzung soll mit einem «Regionalen Masterplan Infrastruktur» geschehen (S. 6). Und seitdem konnte man erfahren, dass ein gemeinsames Ausbaukonzept zwischen Stadt und SBB vereinbart worden ist (Medienmitteilung vom 1. März 2019). Dann haben wir, das wurde schon erwähnt, das Projekt «Winterthur 2040», das in Gang gekommen ist. In einem Artikel im „Landboten“ vom 25. Januar 2020 ist vor kurzem dargelegt worden, dass für die SBB insbesondere das Lind-Areal, also das Gleisfeld südlich vom Kantonsspital, im Fokus für eine Überbauung steht. Es sind also da verschiedene Dinge inzwischen schon geschehen.

Auf drei Aspekte möchte ich noch zu sprechen kommen:

1. Gleisraum als Areal für potenzielle Einzonungen: Im Umweltbericht der Stadt aus dem Jahr 2017 kann man es nachlesen (S. 8). Das Einzonungspotenzial ist da relativ gering, es heisst nämlich: «Einzonungen sind gemäss Vorgaben des kantonalen Richtplans nur noch innerhalb der wenigen Reservezonen (insbesondere am Rosenberg und im Gleisraum der SBB) sowie innerhalb kleinerer Bauzonenlücken am Siedlungsrand möglich.» Das heisst mit anderen Worten: Der Gleisraum kann jedenfalls in Teilbereichen einer Überbauung zugeführt werden, und zwar nicht nur im Bereich des bereits erwähnten Lind-Areal, wo es ja schon ein paar gute Ideen gibt von der SBB. Es wäre also da auch noch Platz für eine bauliche Entwicklung in Zentrumsnähe, gerade auch südlich vom Bahnhof. Dort ist ja ein langer Streifen, der bis nach Töss heruntergeht.

2. Ein interessantes Projekt in diesem Zusammenhang ist die Idee von Erwin Schatzmann von einem «Weg zum Wasser», und zwar von einer Verbindung für den Langsamverkehr vom Stadtzentrum zur Töss, entlang des Bahnareals. Präsentiert wurde diese Idee im Frühsommer 2019 in den oxyd-Kunsträumen in Wülflingen. Vor wenigen Tagen konnte man im „Landboten“ lesen, dass die Realisierung gestützt auf eine Rückmeldung der SBB nicht möglich sei. Heute wird in der Planersprache für die Verkehrserschliessung durch den motorisierten Individualverkehr vom „Achsen-Kammern-Prinzip“ gesprochen. Vom Rand der Stadt soll die Verkehrserschliessung über einzelne definierte Achsen in Gebietskammern erfolgen. Mit diesem Projekt wäre dieses Prinzip in abgewandelter Form auf den Langsamverkehr heruntergebrochen worden. Und gerade für einen Velokorridor aus dem Gebiet Neumühle / Eichliacker in Richtung Stadt bzw. umgekehrt hätte es da durchaus Chancen gegeben. Es ist schade, dass nun vorschnell diese Idee versenkt wurde. Ich möchte den Stadtrat ermutigen, in weiteren Verhandlungen mit der SBB vielleicht da auch nochmals ein Auge darauf zu werfen.

3. Bahnhof, Benedikt Zäch hat das auch angesprochen in seinem Votum. Ein Satz auf S. 6 zum Parkdeck über dem Bahnhof lässt aufhorchen: «Der heutige Bahnhof ist mit ... dem Parkdeck, welches das Tageslicht von den Perrons verbannt, nicht mehr zeitgemäss ...».

Was heisst das genau? Gibt es da insgeheim bereits Ideen in Bezug auf das Parkdeck? Ich habe das aus dieser Formulierung fast vermutet und bin auch da gespannt auf die Erklärungen der Departementsvorsteherin.

Selbst wenn kein grosser Wurf wie eine «Grossstadtachse» oder eine «Europa-Allee für Winterthur» im Gebiet Vogelsang Süd möglich ist und wohl auch nicht gewünscht sein dürfte, so gehört der Gleisraum sicher zu den ganz wichtigen strategischen Arealen in Winterthur.

Und man muss natürlich auch den Zusammenhang sehen mit den Veränderungen im südlichen Bereich des Gleisraums. Der Gleisraum hört nicht auf beim Salzhaus oder bei der Wyland-Brücke, sondern weiter in Richtung Süden, in Richtung Töss gibt es dann die Anschlussbauwerke zum Nordportal des Brüttener Bahntunnels. Dessen Planung befindet sich nun auch bereits in einem Stadium, wo bald wichtige Entscheide fallen.

Es ist daher wichtig, dass sich die Stadt in den Verhandlungen mit den SBB gut positioniert und den Verhandlungsspielraum, den es bei solchen Grossprojekten durchaus gibt, zugunsten der Stadt nutzt.

**M. Bänniger (EVP):** Wir begrüßen die Initiative des Stadtrates und der SBB, den gemeinsamen Dialog zu pflegen und die Arealentwicklungs-Betrachtungen gemeinsam anzugehen und in einer gesamtheitlichen Perspektive zu würdigen.

Winterthur wächst, das ist sicher. Planungen gemeinsam voranzutreiben macht Sinn, und wir begrüßen es, wenn aus vorangehenden Studien und Planungsprozessen die Erkenntnisse jetzt auch in die Räumliche Entwicklungsperspektive Winterthur 2040 mit einfließen können. Wir von der EVP nehmen die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Auch wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung dieses Postulats und für den Synthesebericht. Wir von der CVP/EDU-Fraktion nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Einmal mehr wird aufgezeigt, wie die Zukunftsplaner die Entwicklung der Stadt Winterthur sehen. Und entsprechend mahnen wir an, dass man das Gebiet vorsichtig und mit Bedacht weiterentwickelt. Im Synthesebericht wird am Anfang darauf hingewiesen, wie gross das Potenzial ist in diesem Gleiskorridor. Und es wird darauf hingewiesen, wer alles ein Interesse daran hätte, nämlich die Stadt Winterthur, der Kanton und die SBB.

Aus unserer Sicht muss die Verdichtung in diesem Gebiet entlang der Gleise in erster Linie dem Verkehr dienen. Es darf nicht sein, dass irgendwann in der Zukunft gesagt wird: Hätte man dieses oder jenes nicht gebaut, hätte man die Stadt Winterthur besser mit ÖV an die Umgebung anschliessen können.

Entsprechend muss die Entwicklung in diesem Bereich Lösungen beinhalten, die den erwarteten Mehrbedarf des Verkehrs decken. Wir haben da von meinen Vorrednern schon entsprechende Hinweise gehört. Ganz wichtig aus unserer Sicht ist aber auch, dass man den Fokus nicht verlieren darf auf den innerstädtischen Bahnverkehr: Verbindungen von Seen/Hegi nach Oberi und von Oberi nach Töss und Wülflingen müssen nach Möglichkeit angestrebt werden, so dass man nach Möglichkeit schnell zwischen den einzelnen Stadtteilen hin- und herfahren kann.

Erst in 2. Priorität gilt es, das Gebiet in Zukunft für die Bevölkerung der Stadt und des Kantons nutzen zu können in Zukunft. Da komme mir beispielsweise Berufsschulen in den Sinn, Erweiterung des Kantonsspitals, Erweiterung der ZHAW oder andere Freizeitangebote wie z.B. ein Hallenbad oder Sporthallen.

Und erst dann, wenn der ÖV sichergestellt ist und die Bedürfnisse der Bevölkerung abgedeckt sind, dürfen Gebiete für Renditeobjekte genutzt und entsprechend überbaut werden. In dem Sinn hoffen wir auf eine durchdachte und bedachte Verdichtung entlang der Gleise.

**A. Steiner (GLP):** Auch die Grünliberalen danken für die Antwort des Stadtrats. Auch wir begrüßen es, dass man frühzeitig mit der SBB ins Gespräch kommt, um ein bisschen abzutasten, was die gegenseitigen Bedürfnisse sind. Wir würden es aber begrüßen, wenn wir als Stadt auch für uns selber überlegen – und das knüpft ein bisschen an das an, was Zeno Dähler gesagt hat – wenn wir wissen, was wir wollen. Wir müssen zuerst wissen, was wir wollen, bevor wir in Verhandlungen treten können. Die SBB überlegt sich auch, was sie wollen. Und auch das ist nicht immer kongruent: Die Immobilien wollen oft nicht dasselbe wie die Infrastruktur. Ein gutes Beispiel ist das Milchküche-Areal. Dort hat man Renditeobjekte hingebaut und es steht bereits im Weg. Wir haben einen zu schmalen Perron dort für das Gleis 1 und und und. Dort hat man sich bereits Sachen verbaut, die uns jetzt Schwierigkeiten machen. Genau das müssen wir verhindern und das müssen wir im Auge haben, wenn man mit der SBB in Verhandlung tritt.

Wir werden geschätzt 60'000 mehr Passagiere am Hauptbahnhof haben in einigen Jahrzehnten. Diese müssen irgendwo durchgehen können. Die müssen zu Fuss weiter können, mit dem Velo weiter können. Wir haben selber Infrastrukturbedürfnisse als Stadt, auch das hat Zeno Dähler angesprochen. Sei das das Spital, seien das Schulen, seien das aber auch Verkehrswege. Wir haben vor einigen Wochen die Motion Innerstädtisches Verkehrsnetz 2050 auf den Weg geschickt. Wir müssen wissen, wie wir uns innerstädtisch bewegen sollen in 30 Jahren. Bevor wir das nicht geklärt haben, macht es überhaupt keinen Sinn, solche Areale zu entwickeln. Denn es ist nachher garantiert irgendwas im Weg.

Der Raum ist wertvoll, da sind wir uns hier drinnen sicher alle einig. Wir dürfen da nichts überstürzen und da frühzeitig etwas freigeben für Renditeobjekte. Ganz wichtig aus grünliberaler Sicht ist auch: Das ist der geeignete Ort für Arbeitsplätze. Dort müssen wir nicht wohnen. Sondern an so zentralen Lagen müssen wir es schaffen, Arbeitsplätze hinzubekommen. Die Tendenz ist allgemein so, dass man wieder in Innenstädten Dienstleistungsbetriebe aufbaut, und nicht an der Peripherie der Städte, wie man es eine Zeitlang machte. Auch das Bedürfnis nach Freiraum – im verdichteten Raum ist es wichtig, dass man die nötigen Freiräume dazu hat. Auch dem gilt es Beachtung zu schenken.

In dem Sinn nehmen wir diese Postulatsantwort positiv zur Kenntnis, im Sinn von: Es ist gut, dass man in Verhandlungen tritt – aber wir halten gleichzeitig auch ein bisschen den Mahnfinger hoch.

**H. R. Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht zum Postulat Testplanung Gleiskorridor zustimmend zu Kenntnis und wir danken dafür.

Wie schon bei der Überweisung am 16. April 2018 bin ich aber der Meinung, dass das vorliegende Postulat vor allem ein mehr oder weniger sinnvolles Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung war.

Wir wurden schon vor dem Einreichen des Postulates vom damaligen Stadtrat darüber in der BBK informiert. Ein kleiner Einschub: Die Überweisung war am 16. April 2018. Abschluss der Testplanung Gleisraum Winterthur am 27. April 2018. Also 11 Tage später. Oder dann wurde damals brutal effizient gearbeitet, das kann natürlich auch sein.

Dass das Leiterkonzept von 1995 weiterverfolgt wird, scheint uns sinnvoll. Klar ist auch, dass die SBB zuerst die Bahnhofsplanung 2040 weiterführt.

Es ist zu hoffen - aber davon gehen wir aus - dass SBB, Stadt und Kanton die weitere Entwicklung des Gebietes gemeinsam planen und wir über die Entscheidungen der weiteren Schritte informiert werden.

**Stadträtin Ch. Meier:** Ich möchte mich als erstes herzlich bedanken für die wohlwollende und positive Aufnahme dieses Berichts. Wir haben es mehrfach gehört: Wir sind da in einem sehr anspruchsvollen, aber auch extrem konstruktiven Prozess. Wir sind zusammen mit SBB und Kanton in einem sehr engen und eben sehr konstruktiven Austausch hinsichtlich der Zukunft des Bahnhofs und dem Gleisraum.

Sie haben es vorhin in Ihren Voten mehrfach gesagt: Der Bahnhof ist in einem sehr engen Raum lokalisiert. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten 30 Jahren die Passagierströme noch um ca. 50% zunehmen werden. Es ist jetzt schon ein sehr dicht genutzter Raum. Man kann sich vorstellen, wie viel intensiver das noch werden wird. Aus diesem Grund – und das ist in dem Sinn auch die Antwort auf die Frage von Felix Helg – ist der Fokus im Moment ganz klar auf der Entwicklung vom Bahnhof selbst. Dort gibt es auch die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, SBB und Kanton, wo man jetzt aus einem sehr breiten Variantenfächer daran ist, sich auf einen schmaleren Variantenfächer zu einigen. Nach wie vor wird gedacht, dass man mit einem Hochbahnhof, mit einem Tiefbahnhof, mit Verbreiterung auf die eine oder andere Seite arbeiten würde. Alles hat Vorteile, alles hat Nachteile, z.T. eher finanzieller Natur und z.T. eher städtebaulicher Natur. Was mit dem Gleisraum weiter passiert, kann man wirklich erst dann konkret weiterplanen, wenn man weiss, wie der Bahnhof in Zukunft aussehen wird. Angenommen, es gäbe einen Hochbahnhof – Sie können sich vorstellen, das hätte sowohl beim Lindspitz-Areal als auch beim Vogelsang einen sehr grossen Impact. Die weitere Planung des Gleisraums wäre dann eben von dem abhängig.

Das ist im Moment der Fokus. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit allen Instanzen. Wir können unsere städtebaulichen Anliegen einbringen, das wird auch vehement gemacht. Wo wir hinkommen, ist im Moment noch relativ offen. Es ist ein sehr spannender Prozess und selbstverständlich werden wir Sie auch regelmässig über die Meilensteine dieses Prozesses informieren.

Noch ein Hinweis auf die nähere Zukunft: Der Bahnhof Winterthur ist im Moment wirklich ein bisschen am Limit, was die Nutzung angeht. Eine ganz grosse Entlastung ist es, wenn wir einen zweiten Bahnhof in Winterthur so aufwerten können, dass er wirklich einen Teil dieser

Belastung übernehmen kann. Im Hinblick auf die Querung Grüze werden wir darüber sicher nochmals ausführlich sprechen können.

**Ratspräsident A. Geering:** Es ist mir kein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme bekannt. Damit habt Ihr mit dieser Debatte den Postulatsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen und das Postulat ist damit abgeschrieben.

Vor dem Essen möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir für die letzten beiden Traktanden 50 Minuten gebraucht haben. Die Länge der Voten bewegt sich zwischen 1 – 6 Minuten und die Voten der Stadträte sind da durchaus im Rahmen mit je 3 Minuten. Ich denke, wenn Ihr Euch auf eine Zusatzsitzung beschränken wollt, dann möchte ich beliebt machen, dass wir an unserer Votenlänge arbeiten. Und ich möchte einmal mehr darauf hinweisen (wie ich das auch schon gemacht habe): Kurze und knackige Voten mit einer lauten und gut modulierten Stimme werden besser gehört als langatmige Voten, bei denen auch die Zuhörerinnen und Zuhörern abschalten.

Jetzt wünsche ich «En Guete» beim Nachtessen und wir sehen uns um 20 Uhr für die Abendsitzung.

*Nachtessenspause.*

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abendsitzung vom heutigen 24. Februar 2020.

## 9. Traktandum

### **GGR-Nr. 2018.59: Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP), A. Geering (CVP) und U. Hofer (FDP) betr. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen. Das Wort hat Marc Wäckerlin.

**M. Wäckerlin (PP/SVP):** Grundsätzlich muss ich halt einmal mehr im Namen der Fraktion deutlich anmerken, dass die stadträtliche Verkehrspolitik voll und ganz von einer autofeindlichen Ideologie beherrscht ist. Trotzdem nimmt der Verkehr zu, wie der Stadtrat auch in seiner Antwort schreibt. Aber aus politischen Gründen werden Autofahrer weiter benachteiligt und mit Tempolimiten und anderen Umerziehungsmassnahmen schikaniert.

Der Stadtrat nennt mögliche Massnahmen gegen Strassenlärm, darunter ist die Lenkung und Beruhigung des Verkehrs nur eine. Aber gerade diese führt eben zu einer Gängelung der Autofahrer. Letztlich verlassen Firmen Winterthur auch wegen schlechten Verkehrsbedingungen im Individualverkehr.

Die Interpellanten sind deshalb der Ansicht, dass andere Massnahmen wie z.B. Flüsterbelag oder Schallschutzfenster zu bevorzugen sind. Bei einer Quartierstrasse wie der Florenstrasse mag ja Tempo 30 noch angemessen sein, nicht aber bei einer wichtigen Verkehrsverbindung wie dem Oberen Deutweg. Bezeichnenderweise ist die Florenstrasse gar nicht mehr betroffen. Aber letztlich ist Tempo 30 eben sinnvoll im Quartier und ein Chabis bei vielbefahrenen Strecken.

Die Rechnung des Stadtrates, weshalb sich bei einer Temporeduktion die Kapazität nicht verringert, ist Chabis. Selbstverständlich sinkt die Leistungsfähigkeit einer Strasse bei einer Temporeduktion, denn die Autofahrer weichen dann in der Regel auf schnellere Strassen aus und bevorzugen diese gegenüber den langsameren. Dadurch werden stark beschränkte Strassen nur noch genutzt, wenn die Distanz wirklich wesentlich kürzer ist oder um einem Stau auszuweichen. Weniger Verkehr mag aus der stadträtlichen Ideologie gewünscht sein.

Tatsächlich aber verlagert sich der Verkehr nur auf andere Strassen. Sogar wenn der Stadtrat mit seiner Ansicht Recht hätte, dass kommunale Strassen bei der Leistungsfähigkeit vom Strassenverkehrsnetz nicht zu berücksichtigen sind, so müsste trotzdem jedes Mal bei einer Verminderung der Leistungsfähigkeit die Verlagerung von kommunalen Strassen auf die umliegenden Staatsstrassen geprüft werden. Denn auch eine Einschränkung auf einer kommunalen Strasse hat Auswirkungen auf das ganze umliegende Strassennetz.

Anders als Reto Diener im Leserbrief geschrieben hat, geht es nicht nur um ein paar Sekunden Wartezeit bei einem Blinklicht, sondern es geht eben um die Summe aller Massnahmen. Es mag sein, dass eine Reduktion auf Tempo 30 rechtens ist, wie der Stadtrat das sagt. Aber deshalb ist es noch lange keine gute Entscheidung. Manchmal habe ich den Eindruck, dass dem Stadtrat da ein bisschen die Vernunft fehlt und er glaubt, dass alles auch richtig ist, nur weil es legal ist. Aber im Rahmen der Legalität gäbe es wesentlich bessere Lösungen. Und das scheint ihm nicht wirklich bewusst zu sein.

Wie man z.B. an der Breitestrasse ganz deutlich hören kann, führt ein Flüsterbelag zu einer wesentlichen Reduktion vom Strassenlärm. Und damit ist es eben eine gute und legale Möglichkeit, um ohne Temporeduktion den Lärm zu reduzieren. Im Gegenteil: Der Flüsterbelag wirkt ja sogar effizienter bei einem höheren Tempo. Und eben gerade wirkt der Flüsterbelag auch dort, wo z.B. bei Elektroautos hauptsächlich nur noch der Abrieb zu hören ist. Das heisst, die 300'000 Fr., die der Stadtrat da ausgeben möchte, sind eine weitere wirtschaftsfeindliche Fehlinvestition.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich danke meinem Vorredner für das ausführliche Votum und ergänze das noch. Wir haben Tempo 30, das in den Quartieren heutzutage mehr und mehr zum Standard wird. Entsprechend ist es normal, dass man mit dem Auto auch 30 fährt. Und was vielleicht auch noch zu bemerken ist: Innerhalb der Stadt Winterthur, wenn man mit dem Auto unterwegs ist, fährt man auch im Durchschnitt selten schneller als 30.

Wenn man also auf der kommunalen Strasse das Tempo reduziert, kann man tagsüber sagen, dass es die Geschwindigkeit zum Vorwärtskommen nicht beeinträchtigt.

Trotzdem sind wir von der CVP/EDU-Fraktion gegen Geschwindigkeitsreduktion auf Durchgangsstrassen. Das ist für uns das falsche Mittel, weil es auch falsche Begehrlichkeiten weckt.

Wenn trotzdem auf Durchgangsstrassen Geschwindigkeiten reduziert werden sollen, dann ist die Idee, dass man anstelle von 30 auf 40 hinuntergeht, eine Möglichkeit, damit auch das Vortrittsregime und die Effizienz der Strasse gewährleistet sein kann. Und sonst kann man auch sagen, dass eine Strasse auf Tempo 30 reduziert werden kann, ohne dass verkehrstechnische Hindernisse eingebaut werden. Das müsste heutzutage eigentlich möglich sein. Aus unserer Sicht macht es überhaupt keinen Sinn, wenn auf einer Strasse, auf der Stadtbuss unterwegs ist, die Geschwindigkeit reduziert wird. Wir geben Millionen aus, um den Bus zu priorisieren und ein paar Sekunden schneller zu machen. Und wenn man dann hingehet wie jetzt auf der Stadthausstrasse und dort Tempo 30 einführt, dann sind diese Millionen einfach für die Katze.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion nehmen die Antwort des Stadtrats entsprechend zur Kenntnis. Aus unserer Sicht sind keine Massnahmen nötig.

**U. Hofer (FDP):** Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Einige Punkte sind tatsächlich lehrreich, andere dünken mich auch etwas gar lustlos und teilweise auch ein bisschen politisch gefärbt. Und noch wichtiger: Es ergeben sich für mich auch Widersprüche. Auf das Wichtigste möchte ich eingehen.

Wenn man die Frage und die Begründung der Interpellation liest, ist eigentlich für jeden klar, dass die Frage, ob nicht eine Belagssanierung eine sinnvolle Alternative zur Temporeduktion wäre, ein Kernanliegen der Interpellanten war. Genau auf diese zentrale Frage finden wir eigentlich keine wirkliche Antwort, sondern das findet sich einfach im folgenden Satz: «Grundsätzlich haben Massnahmen an der Quelle gegenüber Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg oder solchen am Immissionsort Vorrang.» Das kann in dieser absoluten Form nicht stimmen. Es müsste ja diejenige Massnahme gewählt werden, die unter Berücksichtigung aller

Interessen am verhältnismässigsten und wirksamsten ist. Zweitens geht es auch nicht darum, was alles rechtens ist und ob es allenfalls bei einer Einsprache Stand halten würde, diese Reduktion. Sondern es geht darum, was am sinnvollsten ist.

Wichtiger sind für mich aber die Widersprüche, die sich da in den Antworten selbst auftun. In der Beantwortung des Postulats betreffend Strassenlärmsanierung (bei der die Beantwortung allgemein ein bisschen ausführlicher und besser ausfällt meines Erachtens), werden unter dem Titel «Massnahmen an der Quelle» zwei Massnahmen aufgeführt. Das eine ist die Temporeduktion, das andere sind lärmarme Beläge. Also genau diese Massnahme, bei der jetzt als Gegenargument gebracht wird, das sei keine Massnahme an der Quelle. Man widerspricht sich mit der Klassifikation und Begrifflichkeiten selber, und zwar in unterschiedlichen Vorstoss-Antworten.

Zweitens wird bei der Frage nach dem Anteil von Elektro- und Hybridautos darauf verwiesen, dass auf geraden Strecken oder bergab der Abrolllärm der Autoreifen entscheidend ist, und das schon ab einer Geschwindigkeit von 25 km/h. Ich bin vielleicht ein Laie, aber wenn man von «Abrolllärm» auf dem Belag spricht und das schon ab Geschwindigkeiten ab 25, dünkt es mich auch dort, dass Belagslegierungen wohl eine sinnvollere Alternative sind als Tempo 30-Reduktion.

Und drittens sind es für mich auch die absoluten Zahlen, die Widersprüche wecken. Mit der Temporeduktion könne man, gemäss der Interpellationsantwort, eine Lärmreduktion von 1 bis 3 Dezibel erreichen. Erstaunlicherweise auch in der Postulatsantwort, aber nicht in der IP-Antwort, findet man hingegen die Aussage, dass mit lärmarmen Belägen eine Reduktion von bis zu 6 Dezibel erreicht werden könne – also ein Vielfaches.

Ich habe vor diesen Hintergründen zwei persönliche Schlussfolgerungen: Die Frage der Belagssanierungen als Alternative zur Temporeduktion muss zwingend noch vertieft werden. Vielleicht gibt es tatsächlich gewisse Gründe, die dagegen sprechen. Vielleicht ist es auch nicht überall gleich gut geeignet. Aber die Gründe, die in der IP-Antwort aufgelistet werden, überzeugen mich überhaupt nicht und widersprechen der Antwort vom gleichen Amt bei anderen politischen Vorstössen.

Und dann steht dann schon die Vermutung im Raum, dass es nicht nur um den Lärm geht – schon auch, aber nicht nur – sondern eine andere Motivation die Grundlage ist für die Temporeduktion und man damit auch Lenkungswirkung erzielen will. Das politisch gewünschter sein als möglicherweise die Strasse durch Belags- und Lärmsanierungen noch attraktiver zu machen.

Abschliessend noch der Hinweis: In der Stadt Zürich läuft ja gerade ein Versuch in Zusammenarbeit mit dem Kanton, die Auswertung sollte in den nächsten Tagen kommen. Selbstverständlich erwarten wir, dass auch diese Erkenntnisse berücksichtigt werden.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grünen/AL danken dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und die Auslegeordnung der verschiedenen Fälle und Situationen, die wir in diesem Kontext haben. Ich möchte doch noch etwas zu Marc Wäckerlin sagen und entgegenen auf diese Vorwürfe, die hier jetzt wieder aufgeworfen wurden bezüglich Ideologie. Da müsste ich ernsthaft gleich 1:1 kontern. Die Interpellation hiess im Titel «Tempo 30 auf Hauptstrassen». Es hatte in keiner einzigen Frage anschliessend tatsächlich einen klaren Bezug, was diese Fragen mit der Hauptstrasse zu tun haben sollen, sondern es war immer vom Gesamtstrassennetz die Rede. Von daher kann ich nur sagen: Wieder mal ein typisches Beispiel, wie man politische Rahmenbedingungen wie z.B. das Gesetz, das wir auf kantonaler Ebene beschlossen haben, das verhindern soll, dass man Kapazitätsabbau auf den Hauptstrassen macht, auf die lokale politische Agenda bringt, aber eigentlich dann gar nichts dazu aussagt. Es ist ein Schuss in den Ofen, denn es ist ja in der Interpellationsantwort sehr schön und deutlich gezeigt worden, dass es letztendlich dabei nur um die Hauptstrassen geht und eben nicht um das kommunale Strassennetz. Also kann man nicht mit einer Frage einfach das ganze Strassennetz adressieren und dann auf das referenzieren.

Zum Inhalt: Selbstverständlich ist Tempo 30 sinnvoll und aus unserer Sicht auch flächendeckend zu begrüssen. Unterdessen, seit der Einreichung dieser Initiative, hat sich sehr viel ge-

tan im Umfeld und es zeigt sich immer mehr, dass die Städte (alle grossen Städte) die gleiche Strategie fahren – Ideologie hin oder her – dass man versucht, mit Temporeduktion flächendeckend, in der Breite, Verbesserungen für die Sicherheit, Verbesserungen für die Förderung der schwächeren Verkehrsteilnehmer auf den Strassen und natürlich auch eine Verbesserung im Bereich Lärm zu erreichen. Diese Massnahme ist die kostengünstigste, die man sich vorstellen kann, und damit kann man gleich mehrere Fliegen auf einen Schlag erledigen. Und es ist nicht so, Marc, dass es eine Kapazitätsverringering gibt. Eben genau nicht. Es ist hier nicht so, es ist bei der Autobahn nicht so, wo man den Verkehrsfluss verbessern kann, indem man das Tempo reduziert. Warum? Ganz einfach: Weil es eine quadratische Reduktion vom Abstand gibt, den die Fahrzeuge untereinander einnehmen können. Und genau deshalb kann man nachher von mehr Kapazität der Strassen sprechen. Und sicher nicht von weniger. Das ist ein physikalisches Gesetz, das kann ich leider nicht ändern. Ich verzichte weitestgehend auf Kommentare zu einzelnen weiteren Fragen. Nur nochmals zusammengefasst: Es gibt keine kostengünstigere Massnahme, um alle diese Probleme zu adressieren in der Stadt (Lärm, Sicherheit und eben auch eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Strassen), als indem man mit Tempo 30-Massnahmen arbeitet.

**M. Nater (GLP):** Ich habe mit Interesse die Antwort des Stadtrats gelesen, weil sie v.a. eine gute Schulungslektüre ist. Es hat mich dann erstaunt, wie stark diese Schulungslektüre und die Fakten nicht geglaubt oder in Zweifel gezogen wurden. Urs hat wenigstens noch versucht, das irgendwie argumentativ zu erklären.

In der Interpellation wird davon ausgegangen, dass in absehbarer Zeit nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge vorhanden sind, die keinen Lärm mehr verursachen. Auch wird davon ausgegangen, dass mit Tempo 30 die Leistungsfähigkeit reduziert wird. Das sind die zwei Punkte, die klar widerlegt werden konnten in dieser Antwort. Es ist klar hervorgegangen, denn der Stadtrat sagt in der Antwort, dass der Lärm ab 25 km/h vom Autoabrieb ist. Das kann man jetzt hinterfragen oder nicht, aber es ist einfach eine Tatsache, die von den Verkehrsexperten kommt. Man kann das mit verschiedenen Reifen erklären etc., aber ab 25 km/h ist einfach tendenziell der Lärm der Autoreifen das, was man hört. Von daher ist Temporeduktion auf 30 km/h halt eine der Massnahmen, die diesen Lärm reduziert.

Auch das Wort «absehbar» in der Anfrage ist eine Worthülse. Ausser die Initianten können mir sagen, wann es dann nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge in Winterthur gibt.

Auch bei der Leistungsfähigkeit zeigen die Verkehrsexperten, dass bei Tempo 30 gegenüber Tempo 50 in den Hauptverkehrszeiten sogar einen positiven Effekt auf die Leistungsfähigkeit der Strassen vorhanden ist.

Und zu guter Letzt ist die Senkung der Höchstgeschwindigkeit eine relativ kostengünstige Massnahme, und gleichzeitig wird durch das langsamere Höchsttempo die Sicherheit erhöht. Und das kann ein Flüsterbelag halt schlichtweg nicht leisten. Ein Flüsterbelag, wenn man den ganzen Belag herausnimmt und einen neuen Belag hineinfüllt, der danach vielleicht 5 – 10 Jahre hält, das wird tendenziell sicher teurer sein als die angegebenen 300'000 Fr.

Fazit: Aus Sicht Effizienz, Lärmreduktion, Sicherheit und Kosten sprechen die Schulungsunterlagen in einer klaren Sprache für Tempo 30. Es wäre schön, wenn der Nachhilfeunterricht der Experten bezüglich Verkehr auch auf der rechten Seite bis zur FDP ankommt. Und vielleicht kann man dann auch Lösungen finden. Und ich bin auch gerne bereit, dass man das mit dem Flüsterbelag nochmals näher anschaut – und auch die Kosten, aber dass man Lösungen findet, dass man vielleicht auch mit Tempo 30 einen effizienten Verkehr in Winterthur schaffen kann.

Wir nehmen die Schulungsantwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

**B. Zäch (SP):** Ich bin nicht so optimistisch wie Markus Nater, was den politischen Lerneffekt angeht.

Wie schnell sich eine politische Wetterlage markant ändern kann, sieht man an diesem Vorstoss gut. Im Juni 2018 haben sich die Interpellanten selbst in einen automobilen Höhenrausch versetzt. Durch die Annahme des Gegenvorschlags zur Anti-Stau-Initiative der SVP

durch das Zürcher Stimmvolk im September 2017, mit dem eine bürgerliche Kantonsratsmehrheit mit einem Zusatz einen Wolf in einen Schafspelz verpackt hat, haben sie sich politisch aufgefordert gefühlt, Tempo 30 auf Winterthurer Hauptstrassen ins Visier zu nehmen. Und um das geht es eigentlich bei diesem Vorstoss.

Zwei Wahlgänge später – wir haben auf kantonaler Ebene Parlament und Regierung neu gewählt und auf nationaler Ebene das Parlament – sieht es ein bisschen anders aus. Der aktuelle kantonale Baudirektor legt in Interviews unaufgeregt dar, dass Tempo 30 auch auf Staatsstrassen in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein Gewinn und kein Verlust ist. Das kantonale Parlament hat bürgerliche Versuche, den Städten Zürich und Winterthur entsprechende Kompetenzen zur Tempobeschränkung wegzunehmen, versenkt. Schon vorher hat das Bundesgericht in einem Leiturteil vom März 2018 festgehalten, dass das Ziel des Lärmschutzes bei Massnahmen an der Quelle (und das heisst Temporeduktionen und nicht Belag ersetzen) übergeordnete Bedeutung hat, und zwar auch auf Staatsstrassen.

Wenn man es in ein Stilleben fassen will, könnte man sagen: Der Offroader, in den die Interpellanten frohgemut eingestiegen sind, um mit Tempo 50 durch den Oberen Deutweg zu brausen, ist ohne Benzin am Strassenrand zum Stillstand gekommen und wartet jetzt darauf, dass ihn ein Elektrofahrzeug mit Tempo 30 abschleppt.

Inhaltlich gibt es zur Interpellationsantwort des Stadtrats aus Sicht der SP-Fraktion wenig anzumerken. Weil einige Fragen der Interpellanten mehr auf Bestätigung als auf Antworten abzielen, sah sich der Stadtrat genötigt, zum Teil inhaltliche Nachhilfe zu leisten.

So weist er die Interpellanten freundlich darauf hin, dass mit leiseren Autoantrieben der Lärm mitnichten abnimmt, weil die Fahrzeuge gleichzeitig immer grösser werden und der Lärm bei höheren Geschwindigkeiten durch die lautereren Reifen wieder zunimmt. Und auch Elektrofahrzeuge fahren halt mit Gummireifen.

Der Stadtrat erinnert auch an den Grundsatz, dass Massnahmen an der Quelle nicht nur wirksamer, sondern auch kostengünstiger sind, was den Interpellanten als bekennenden Sparpolitikern eigentlich einleuchten müsste.

Schliesslich legt der Stadtrat auch dar, dass die Kapazität des Strassennetzes durch Tempo 30 eben nicht vermindert wird. Tempo 30, das könnte man noch ergänzen, verbessert aber auch ganz wesentlich die Sicherheit zwischen Auto, Fussverkehr, Velo und Bus – etwas, das auch Autofahrende durchaus zu schätzen wissen, sobald sie aus ihrem Fahrzeug aussteigen. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

**M. Wäckerlin (PP):** Ich möchte noch auf einen kleinen Fehler aufmerksam machen, lieber Reto. Wenn Du nochmals genau durchliest, wirst Du sehen, dass ich nicht von Hauptstrassen spreche, sondern von Hauptverkehrsachsen. Und der Obere Deutweg ist eine sehr wichtige Verbindung zwischen den Zentren Hegi-Grüze und Mattenbach-Breite. Und ich bin der Meinung, das ist genau ein Beispiel, wo man eben nicht eine 30er-Zone machen sollte. Innerhalb der Quartiere ist es wieder eine andere Sache.

Auf dieser Strasse ist auch der Verkehrsfluss und die Sicherheit nicht wirklich ein Problem, das man lösen müsste, sondern dort geht es ja wirklich um die Geräuschentwicklung. Das wäre wirklich ein Musterbeispiel, wo man einen Flüsterbelag einsetzen müsste und nicht Temporeduktion. Und wenn man den Flüsterbelag gemacht hat und es dann noch immer nicht reicht, kann man immer noch nochmals darüber reden.

**U. Hofer (FDP):** Auch nur ganz kurz neben dieser Berichtigung, die ich auch angebracht hätte: Markus hat mir immerhin attestiert, dass ich Argumente vorgetragen habe. Was ich aber nicht gehört habe, sind Gegenargumente auf die Argumente, die ich vorgelegt habe. Das hat mir gefehlt.

Das Beispiel von Benedikt Zäch: Er wiederholt einfach nochmals, es seien keine Massnahmen an der Quelle. Aber man kann halt wirklich die Postulatsantwort zu einem linken Postulat lesen, dann gibt es drei Kategorien: Die 1. Kategorie ist Massnahmen an der Quelle, dort werden zwei Beispiele aufgezählt und das erste ist «Lärmarme Beläge». Punkt. Es ist eine Massnahme an der Quelle, selbst nach der Einschätzung des Baudepartements. Dieses Argument ist einfach falsch und es wird auch nicht besser, wenn es wiederholt wird.

Deshalb bleibt mir eigentlich nur, das Angebot von Dir aufzunehmen, dass man über Flüsterbeläge sprechen kann. Immerhin haben wir dort mal den Punkt, wo wir uns vielleicht diskutieren können.

**Stadträtin Ch. Meier:** Urs Hofer, Du hast Recht. Auch ein lärmarmen Belag ist eine Massnahme an der Quelle, aber es ist nicht immer die ideale Massnahme an der Quelle. Marc Wäckerlin hat es in seinem Votum ganz klar gesagt: Die maximale Wirkung hat ein lärmarmen Belag bei einem höheren Tempo. Und ich glaube nicht, dass es das Ziel ist, dass wir das Tempo erhöhen, um möglichst die Wirkung eines lärmarmen Belages herausholen zu können. Von daher ist in dem Fall eben doch Tempo 30 oder eine Temporeduktion sicher angebrachter.

Es ist aber ja nicht so, dass wir uns grundsätzlich gegen lärmarme Beläge sträuben. Es gibt einen, der bereits eingesetzt ist, wo wir jetzt wirklich Erfahrungen damit sammeln. Es gibt diverse andere Abschnitte in der Stadt Winterthur, wo wir das im Rahmen von Strassensanierungen selbstverständlich prüfen werden. Lärmarme Beläge können eine gute Massnahme sein, aber eine maximale Wirkung bei der Lärmsanierung hat es eben bei Tempo 50 noch nicht, sondern bei höheren Tempi.

Es wurde jetzt mehrfach gesagt: Temporeduktionen haben verschiedene Vorteile. Der Lärm ist das eine, das andere ist Verkehrssicherheit und das Dritte ist wirklich auch ein regelmässiger Verkehrsfluss. Man kann da immer wieder das Beispiel mit der Ketchupflasche bringen, das kennen wohl mittlerweile alle. Das ist rein physikalisch: Wenn man eine Ketchupflasche ganz steil hält, damit es möglichst schnell fliesst, dann macht es wutsch und dann verstopft es. Und wenn man sie etwas weniger steil hält, damit es ein bisschen langsamer fliesst, dann fliesst das regelmässiger. So simpel ist es leider auch im Verkehr. Von daher ist es, was Effizienzüberlegungen angeht, wohl relativ klar.

Noch zu den Kosten: Die 300'000 Fr., die man ungefähr abschätzt für die Temporeduktionsmassnahmen... Wenn man auf allen diesen Strassenabschnitten einen lärmarmen Belag einbauen würde, dann hätten wir nur schon von der Investition her ein Mehrfaches, und zwar ein deutliches Mehrfaches dieses Betrages. Und, was noch dazu kommt: Die Wirkung eines lärmarmen Belags nimmt dann relativ schnell auch ab, d.h. ein solcher Belag muss dann relativ bald wieder ersetzt werden. Also früher, als man sonst einen Strassenbelag ersetzen müsste. Auch das müsste man in eine solche Rechnung miteinbeziehen.

**Ratspräsident A. Geering:** Mit dieser Diskussion ist die Interpellation betreffend Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.

## 10. Traktandum

### **GGR-Nr. 2018.67: Beantwortung der Interpellation I. Kuster (CVP) und M. Wenger (FDP) betr. Jugendförderung in Winterthur**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend Jugendförderung in Winterthur. Das Wort hat Iris Kuster.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Der CVP/EDU-Fraktion ist eine gute Kinder- und Jugendförderung wichtig. Dabei soll auch das Subsidiaritätsprinzip weiterhin gelten; primär sollen die vielen guten, freiwilligen und ehrenamtlichen Angebote unterstützt und berücksichtigt werden, bevor die Stadt selber tätig wird.

Wir anerkennen und begrüßen das grosse Engagement aller dieser Organisationen, ob dies nun Cevi, Pfadi, Jubla, Turn- und Sportvereine sind. Aber auch die Kirchliche Jugendarbeit – unabhängig davon, ob es Landes- oder Freikirchen sind.

Die Antwort des Stadtrats, dass die von der Stadt mitfinanzierte Jugendarbeit ergänzend wirken soll, begrüßen wir. Es ist auch wichtig, dass das Rahmenkonzept gemeinsam mit allen Teams und Trägerschaften erarbeitet wurde. Schade, wurde in der Antwort des Stadtrats zur Interpellation die angekündigte Wirkungskontrolle nur erwähnt, aber nicht vorgestellt – das würde uns nämlich sehr interessieren, wie diese aussieht. Im Sinne der Transparenz könnte auch öffentlich darüber informiert werden.

Beim Blick in die Zusammensetzung der Jugendkommission, die mehrmals erwähnt wird, fehlten uns leider Vertreter dieser Jugend- und Sportorganisationen. Wenn der Stadtrat in seiner Antwort auf die Frage 2 schon kein Gesamtkonzept erarbeiten will, weil er das nicht als sinnvoll erachtet, so könnte er diese Organisationen ja zumindest in der Jugendkommission berücksichtigen und als ständige Mitglieder aufnehmen – oder ein separates Gremium gründen.

Wir haben auch einen Blick auf den seit 2010 verliehenen Jugendpreis der Stadt Winterthur geworfen – es ist ein spannendes, breitgefächertes Angebot, das hier berücksichtigt worden ist. Pfadi trotz allem (aber Pfadi grundsätzlich leider noch nicht, die hat noch keinen Preis verdient), Midnight Basketball, kirchliche Quartiertreffs, Jugendhaus, Filmbrugg, Hüttenbau, 8 Fussballclubs, Ludothek, Spielgruppe, Klimajugend (das kommentiere ich nicht). Abgesehen von den Fussballclubs wurde aber noch kein anderer Sportverein – auch kein Turnverein - für sein Engagement belohnt. Aber wir hoffen, dass das vielleicht dieses Jahr kommt.

Es ist richtig und wichtig, dass der Stadtrat dem Engagement der vielen Organisationen gebührend Wertschätzung entgegenbringt. Und auch dafür sorgt, dass die notwendigen Infrastrukturen geplant, erhalten und realisiert werden. Ich kann mich noch gut erinnern, wie sich unsere Tochter und ihr Turnverein für eine neue Weitsprunganlage eingesetzt haben – und diese nicht kam, mindestens solange sie mit dabei war; ich würde sagen mehr als 8 Jahre. Und der Turnverein – einfach noch ein Werbespot - nimmt alle bewegungswilligen Kinder auf und nicht nur die Talentierten. An der Turnunterhaltung Ende 19 in Seen war ich wirklich beeindruckt, wie riesig der Zulauf ist und was die für eine grosse, sinnvolle Beschäftigung für die Jungen anbieten.

Wir von der CVP/EDU werden am Thema dranbleiben – und wir sind gespannt, ob das Leitbild nach rund 10 Jahren vielleicht doch einmal noch überprüft wird.

**Th. Leemann (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation Jugendförderung. Ausserhalb von den Schulen gibt es viele Angebote für die Kinder- und Jugendförderung von der Stadt Winterthur, welche personell und finanziell unterstützt werden. Aber es gibt auch viele Freiwillige und ehrenamtliche Personen, die unabdingbar sind, um die Jugendförderung in den verschiedenen Institutionen und Vereinen durchzuführen. All diesen stillen Helfern ein herzliches Dankeschön für ihre super Arbeit, die sie für unsere Gesellschaft leisten.

Eine gute Frage: Wie kann man eine Leistung überprüfen? Ich teile die Antwort des Stadtrates, dass es bei so vielen Akteuren nicht möglich ist, eine einheitliche Überprüfung dieser Leistungen zu machen. Man kann ja auch nicht Äpfel und Birnen vergleichen.

Die Jugendkommission trifft sich übrigens auch pro Quartal einmal, um die Leistungen und die Angebote zu überprüfen und wenn nötig zu unterstützen oder einzugreifen. Es ist gut, dass die Jugendförderung auch auf die Schulen, Familien und Quartiere miteinbezieht. Das ist ein laufender Prozess, das anzuschauen, und nicht abschliessend.

Dass es kein Gesamtkonzept von der Stadt her gibt, ist schade. Aber auch verständlich, bei weit über 400 Vereinen, von denen jeder gerne möglichst unabhängig bleiben will. Dass man sich auf die Koordination der ausserschulischen und ausserfamiliären Kinder- und Jugendförderung konzentriert von der Stadt her, macht Sinn. Bei sozialen Anliegen arbeiten die Sportvereine eng mit der Kinder- und Jugendbeauftragten zusammen.

Die Stadt zahlt den Vereinen jährlich ca. 245'000 Fr. als Unterstützung aus. Unterstützt werden eigentlich alle Vereine von Winterthur, die bei der Stadt um Hilfe anfragen. Wenn es Sinn macht, wird auch geholfen.

Durch den zukünftigen Ausbau von Smart City können die Jugendverbände dann auch vermehrt die Kommunikationskanäle der Stadt Winterthur verwenden. Angedacht sind auch

Coaching-Modelle, von denen Jugendverbände und Sportvereine profitieren können (z.B. Werbung für Mitglieder, Trainer suchen usw.).

Aus der Antwort des Stadtrates entnehmen wir, dass etwas geht und es eben ein laufender Prozess ist, der noch nicht abgeschlossen ist. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

**M. Zehnder (GLP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wie in der Beantwortung von Frage 1 angedeutet verzichtet er auf teure Evaluationen, um den Zielerreichungsgrad der Leitlinien da zu überprüfen. Er weist darauf hin, dass vier Mal im Jahr die Jugendkommission zusammensitzt, um problematische Trends zu erkennen. Das finden wir soweit auch in Ordnung und wir denken, dass diese Leitziele nicht unbedingt mit einem anderen Mittel evaluiert werden müssen.

Das Gesamtkonzept für alle Dienstleistungen der Jugendarbeit finden wir nicht sehr sinnvoll. Der Stadtrat zeigt auch auf, dass unterschiedlichste Angebote nicht über einen Leisten geschlagen werden können. Wir sind auch wie der Stadtrat der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass neben dieser kirchlichen Jugendarbeit und den Jugendverbänden eine städtische offene Jugendarbeit da ist, die Stadt 55% dieser Kosten übernimmt und wir in der Stadt eine Koordination der Jugendförderung an so einem professionellen Ort haben.

Wir begrüßen es, dass die Jugendorganisationen die Infrastrukturen günstig nutzen können, und sind wie der Stadtrat der Meinung, dass die Smart City-Projekte weiter begleitet werden müssen und dann den Jugendverbänden geöffnet werden, so dass diese ihre Kommunikation allenfalls darüber abwickeln können.

Wir nehmen von der Antwort des Stadtrates im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

**F. Heer (Grüne/AL):** Ich versuche, mich an die unter 1-Minute-Vorgabe des Ratspräsidenten zu halten.

Die Grüne/AL-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführlichen Antworten auf die gestellten Fragen. Die in den gestellten Fragen verglichenen Organisationen unterscheiden sich so sehr in der Finanzierung, Ausrichtung und Aufgabenstellung etc., dass es da keinen Sinn macht, irgendetwas zusammen zu konzeptionieren oder zusammenzumischen, wie die Antwort des Stadtrates plausibel darlegt.

Und ja, alle Erwähnten tragen einen wichtigen Teil dazu bei, dass die Kinder und Jugendlichen am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der Stadtrat hat in seinen Antworten ausgeführt, was die Stadt alles für die Kinder macht. Das aufzuzählen, haben schon vor mir einige gemacht, deshalb beschränke ich mich z.B. auf die Infrastruktur, die die Stadt zur Verfügung stellt, was ein sehr wichtiger Faktor ist.

Das einzige, was aus unserer Sicht – und jetzt mache ich schnell einen Link in eine andere Richtung - fehlt im Moment, ist auch das, was vielleicht nicht gefragt wurde, trotz Steilvorlage im einleitend zitierten Text: Das wäre aus unserer Sicht die Einführung vom Stimmrechtsalter 16 auf kommunaler Ebene, was auch die Teilnahme am politischen Prozess ermöglichen würde.

**B. Helbling (SP):** Wir bedanken uns für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Aus der Beantwortung wird ja klar: So vielfältig, wie die Lebenswelten und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sind, so vielfältig ist auch das Angebot, das wir hier in Winterthur haben. Die ehrenamtlichen und die professionellen Angebote ergänzen sich und profitieren voneinander. Und wichtig: Es braucht beides. Die offene Jugendarbeit als professioneller Teil der Kinder- und Jugendförderung ist wichtig, leistet wichtige sozialpädagogische, sozialarbeiterische Aufgaben und benötigt durch die Komplexität ihrer Aufgabe stabile, professionelle Teams, die begleiten, die unterstützen und die vernetzen können. Innerhalb der Stadt, das haben wir ja schon gehört, haben wir auch noch die Jugendkommission, die die Arbeit der Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Winterthur miteinander prüft, diskutiert und schaut, wo Handlungsbedarf ist. Unsere Kinder- und Jugendbeauftragten sichern als Ansprechperson für alle, die sich in der Kinder- und Jugendförderung engagieren, dass ein Austausch passiert und bei Anliegen ist sie eine kompetente Ansprechperson.

In der Antwort wird es aufgezeigt: Es gibt unterschiedliche Finanzierungen der Angebote. Und es ist uns auch klar, dass die Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit, Sache der Gemeinde ist. Da haben wir auch Leistungsvereinbarungen und ein grosser Teil wird mitfinanziert. Das ist wichtig und das ist richtig. Dafür dürfen die anderen, verbandlichen Jugendorganisationen wie auch die Sportverbände, von den städtischen Infrastrukturen profitieren. Ich z.B. durfte letztes Jahr Teil vom Engage sein, wo Jugendliche die Chance hatten, ihre Wünsche, Anliegen und Fragen direkt an die Stadträtinnen und Stadträte und an einige aus dem Gemeinderat zu richten. Ein spannendes Projekt für politische Sensibilisierung von den Jugendlichen in Winterthur. Ich freue mich auf viele weitere spannende Angebote der offenen Jugendarbeit wie auch von der Verbands-Jugendarbeit. Wir nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

**Stadtrat N. Galladé:** Besten Dank für die Auslegeordnung anlässlich dieser Interpellationsbeantwortung und auch die doch grossmehrheitlich zustimmende Kenntnisnahme dieser Beantwortung.

Ich denke, um das Votum der Interpellantin Iris Kuster aufzunehmen: Subsidiarität ist im Begriff schon nicht so gemeint, dass man einfach möglichst dort investiert, wo man findet, das sei eine gute Arbeit oder da würde viel anerkennenswerte Arbeit erbracht. Es ist so, es wird viel gute Arbeit gemacht im Jugendbereich, es wird viel anerkennenswerte Arbeit erbracht. Aber Subsidiarität ist eigentlich das, dass wir auf städtischer Ebene das machen, was auch gesetzlich vorgegeben ist, und wir führen das (denke ich) auch sehr gut aus in dieser Antwort, wo die kantonale Ebene, wo die Bundesebene finanziert und auch dafür vorgesehen ist. Und welche Aufgabe (Bea Helbling hat das gesagt und wir haben es auch ausgeführt im Kinder- und Jugendförderungsgesetz auf kantonaler Ebene) für die Gemeinde vorgegeben ist. Und dort machen wir diese Arbeit.

Und ich denke, wir machen das zusammen mit vielen privaten Akteurinnen und Akteuren, die da erwähnt sind, auf eine sehr gute und sehr kostengünstige Art. 55% dieser Gesamtinvestition ist eine städtische, 45% werden durch das ausgelöst und durch Private, durch Dritte erbracht. Und das ist eine grosse Leistung. Und die Kunst ist eben, mit einem Rahmenkonzept, wie man es da hat, alle die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure, Mitfinanzierer auf operativer Ebene, aber auch auf Trägerschaftsebene, an Bord zu halten. Und das ist eigentlich das Konzept, und auch wenn das tatsächlich schon einige Jahre her ist, ist das wirklich ein gelebtes Konzept. Und es geht darum, im Sinn und Geist dieses Konzeptes, das nach wie vor unbestritten ist bei allen Akteurinnen und Akteuren der Jugendarbeit, das weiterhin mit Leben zu füllen.

Zum Stichwort Gesamtkonzept: Ich glaube, es geht wirklich nicht darum, im Sinne einer Konzeptionitis zu jedem Thema ein Konzept zu machen. Und wir haben auch gehört: Auch wenn es eigentlich noch gut tönt (Thomas Leemann hat es ausgeführt und auch Martin Zehnder), dass es eben aufgrund der Vielfalt und der Grösse und den vielen, den über 400 Akteurinnen und Akteuren, Vereinen, eine Art Überforderung wäre, wenn man da eine Art Gesamtkonzept darüberpfropfen möchte, bei dem man dann auch noch das Gefühl hätte, jede und jeder würd sich damit identifizieren. Wichtig ist aber in dem Teil, den wir machen, dass wir mit allen anderen Akteuren (und das sind auch die, auf die die Interpellanten abzielen) gut vernetzt sind am Platz Winterthur. Und da geht es natürlich auch darum, dass wir innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung auch bestehende Regelstrukturen nutzen. Dass wir also nicht einen Sportverein in die Jugendkommission einladen müssen, der dann natürlich überfordert damit wäre, für alle anderen Hunderten von Sportvereinen geradestehen zu müssen, sondern wir haben ganz kompetent den Leiter des städtischen Sportamtes in der Jugendkommission, der natürlich vom Sportamt her einen sehr nahen Draht hat zu den Vereinen und weiss, was läuft. Und das ist eine gute Funktion. Und das ist sicher auch mit den ganzen übergeordneten Monitorings so. Dadurch, dass wir die Schule, den Sport, die Quartierentwicklung, sozialräumliche Akteurinnen und Akteure in der Jugendkommission haben, Sozialmonitoring und anderes, werden wir eigentlich laufend über die aktuellen Erhebungen, die in Regelstrukturen stattfinden, auch im Sicherheitsbereich, informiert und können das miteinander besprechen.

Von daher denke ich, man kann immer noch mehr machen, man muss sich sicher auch immer wieder kritisch hinterfragen – aber ich bin wirklich überzeugt, dass das Konzept, das wir haben für die Jugendarbeit in Winterthur, wie wir es machen, wie wir es leben (dazu habe ich auch schon viele Rückmeldungen erhalten, auf kantonaler und schweizweiter Ebene), dass das eigentlich sehr vorbildlich unterwegs ist.

Und ich möchte mich an dieser Stelle im Namen des Stadtrates bei allen bedanken, die in irgendeiner Art und Weise – und da geht es mir nicht um die Unterscheidungen, die in der Interpellation und auch Ihren Voten genannt wurden – einen Beitrag leisten für die Kinder und Jugendlichen, egal in welcher Organisationsform, Verbands- oder Vereinsstruktur, offene Jugendarbeit, ehrenamtlich, semi-professionell oder professionell – da möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Das ist ganz wichtig, denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind unsere Zukunft von morgen.

**Ratspräsident A. Geering:** Mit dieser Debatte haben wir die Interpellation betreffend Jugendförderung in Winterthur zur Kenntnis genommen und die Interpellation ist damit abgeschlossen.

## 11. Traktandum

### **GGR-Nr. 2016.93: Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur. Das Wort hat Annetta Steiner.

**A. Steiner (GLP):** Es ist eines der älteren Geschäfte, die wir heute Abend behandeln. Die Antwort ist da auch schon relativ alt.

Wir danken dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Wenn man sie so liest, tönt sie eigentlich ganz nett und vielfältig. Aber – es ist eigentlich nicht das, was man im Postulat gefordert hat. Es gibt tatsächlich, wie vom Stadtrat beschrieben, ziemlich engagierte Akteure im Bereich Start-ups in Winterthur, und zwar v.a. getrieben vom Entrepreneur Club. Auch an der ZHAW gibt es gute Programme und Projekte. Beim Technopark gibt es immerhin eine neue Strategie seit einem Jahr, bei der wir als GLP eine kleine Hoffnung haben, dass da jetzt im Bereich Start-up-Förderung wieder ein bisschen mehr geht. Auch beim «House of Winterthur» hat man probiert, durch unsere Vertreterin Silvia Gygax im Vorstand, dieser Thematik ein bisschen mehr Gewicht zu geben. In der Zwischenzeit hat man aber auch da nicht mehr allzu viel gehört und wir setzen dort die Hoffnung in die neue Geschäftsleitung, von der wahrscheinlich demnächst (nehme ich an) der Name bekanntgegeben wird.

Von Seiten Stadt bewegt sich aus Sicht der Grünliberalen eigentlich zu wenig. Ein Beispiel davon: Man hat im Gegenvorschlag zur Obertor-Initiative klar formuliert, man solle auch prüfen, was man für Möglichkeiten für Start-ups sehen würde in dieser Region. Aber die wichtigsten Player, sprich der Entrepreneur Club, wurden gar nicht eingeladen an die Obertor-Gespräche. Also offensichtlich hat es irgendwie keine Priorität beim Stadtrat oder es ging vergessen. Warum auch immer. Ich meine, der Stadtrat müsste in diesem Bereich wesentlich proaktiver vorgehen.

Trotzdem, ich habe es angetönt: Zum Glück gibt es ein paar Akteure in Winterthur, die diesem Thema ein grosses Gewicht beimessen. Es ist erst kürzlich das «Home of innovation» aufgegangen. Und vor der Eröffnungsfeier waren die vielen Büros, die man dort auf dem Rietter-Areal eröffnet hat, bereits alle besetzt. Das zeigt: Das Potenzial ist da, die Nachfrage ist da. Wenn man das Ganze jung und attraktiv gestaltet, dann kommen auch interessierte Start-ups nach Winterthur.

Dank der Start-up-Petition liegen eigentlich auch viele Ideen von Seiten des Entrepreneur Club vor. Es zeigt auch den Handlungsbedarf auf. Aber wir mussten leider auch feststellen, dass sich auch hier die Begeisterung des Stadtrats in Grenzen hält.

Zurück zu diesem älteren Postulat: Der Auftrag des Postulats war eigentlich, eine Strategie zu formulieren, um Winterthur als Start-up-Zentrum zu positionieren. Die vorliegende Antwort ist lediglich ein Überblick, was im Moment in Winterthur so geht. Weit weg von einer Strategie. Auch nach 4 Jahren nach der Einreichung haben wir noch nichts zu einer Strategie gehört. Eine Übersicht über laufende Aktivitäten reicht aus unserer Sicht klar nicht.

In dem Sinn nimmt die grünliberale Fraktion die Antwort negativ zur Kenntnis. Wir haben uns überlegt, ob wir einen Zusatzbericht verlangen wollen. Wir fanden nun aber, es sei jetzt doch 4 Jahre alt, jetzt lassen wir es einmal bei dem bewenden. Aber wir werden ganz sicher an diesem Thema dranbleiben, denn wir sind fest davon überzeugt, dass Winterthur ein sehr grosses Potenzial hat, um junge Leute nach Winterthur zu locken, um die Start-up-Szene zu beleben und einen Start-up-Park auch aufzubauen. Es bräuchte einfach den politischen Willen, um die Start-up-Förderung in der Prioritätenliste wesentlich weiter nach oben zu nehmen.

**Ratspräsident A. Geering:** Ist das ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme?

**A. Steiner (GLP):** Ja.

**M. Wäckerlin (PP/SVP):** Ich danke meiner Vorrednerin Annetta Steiner für ihr Votum, das ich eigentlich voll und ganz unterschreiben kann. Ich sehe es ganz ähnlich.

Wir danken dem Stadtrat – ich formuliere es ein bisschen anders – für die interessante Interpellationsantwort. Das wäre es eigentlich gewesen.

Wir begrüssen natürlich, dass der Stadtrat die Relevanz des Themas anerkannt hat – aber wir vermissen weitere Massnahmen. Es mögen ja hehre Ziele sein, die sich der Stadtrat und «House of Winterthur» da vorgeben, aber diese werden dann halt von der Realpolitik dann teilweise wieder zunichte gemacht. Und je nachdem haben Start-ups dann die gleichen Bedürfnisse wie andere Wirtschaftszweige auch und man muss dort auch die gleichen Massnahmen treffen.

Ein wichtiges Steuerproblem hat meines Wissens der Kantonsrat mittlerweile wenigstens beseitigt.

Das «House of Winterthur» ist ein wichtiges Element der Start-up-Förderung, macht aber leider im Moment ein bisschen einen desolaten Eindruck oder «es knirscht im Gebälk», wie das der Herr Stadtpräsident einmal formuliert hat. Es wäre gut, verschiedene, sich ergänzende Organisationen miteinander zu vernetzen. Es gibt, wie der Stadtrat sie auch aufgelistet hat, auch andere Akteure. Das ist zum kleinsten Teil die Stadt. Wir haben das Glück, dass die ZHAW noch bei uns ist, sie macht ein bisschen etwas. Und dann ist es v.a. der Entrepreneur Club und andere, die da in die Bresche springen. Ich denke aber, den grössten Dienst könnte die Stadt den Start-ups leisten, indem sie das wirtschaftliche Umfeld generell verbessert. Start-up-Förderung ist gut, aber zuerst muss die Stadt auch die Grundlage wieder herrichten und wirtschaftsfreundlicher werden, das Budget und «House of Winterthur» in den Griff bekommen.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich weise darauf hin, dass wir zu einem Postulatsbericht sprechen und nicht zu einer Interpellationsantwort. Das Wort hat Fredy Künzler.

**F. Künzler (SP):** Ich spreche zur Postulatsantwort. Ich zitiere aus dem Postulat: «Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht eine Strategie zu formulieren». Wurde diese Bitte erfüllt? Ich überlasse das Urteil Ihnen.

Der Stadtrat listet wortreich jede öffentliche und private Aktivität der letzten Jahre auf, die auch nur im Entferntesten ein bisschen nach «Start-up» riecht. Erst kürzlich hat der Stadtrat die Petition des Entrepreneur-Clubs beantwortet – mit identischem Inhalt: Ausschweifend, blumig, wortreich und schönfärberisch (ich habe mir da ein paar Adjektive überlegt), aber ohne nennenswerte Substanz.

Wie das so läuft mit diesen Petitionen und Postulaten, zeige ich Ihnen anhand einer kleinen Social-Media Rückblende:

«Hallo Fredy, ich habe dir bei den Wahlen meine Stimme gegeben. Wieso ist dein Name nicht auf der Startup Petition zu finden?» Das war am 14. April 2019. Dann ich: «Ich hatte den Initianten vor der Lancierung gesagt, dass die Petition das falsche Vehikel ist. Der Effekt ist nämlich Null, sieht man von der 10-seitigen Antwort des Stadtrats und einem Foto im Landboten ab, wo Stadtpräsident und Petitionäre beim Händedruck in die Kamera grinsen.» Das kam dann auch wie angekündigt im Landboten. Ein bisschen später kam dann noch der Bericht dazu, die Antwort des Stadtrats von Winterthur auf die Start-up-Petition. Es ist eigentlich copy-paste zu dieser Postulatsantwort, besteht aus schönen Worten und Lippenbekenntnissen, aber Null Substanz.

Damit ist eigentlich alles gesagt zum Thema.

Es bleibt eigentlich nur noch die eine Frage an den Stadtpräsidenten offen, die zwischen jeder Zeile steht, wenn es um Start-ups in Winterthur geht: «Wann endlich zieht das RAV aus dem Technopark aus?»

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Ich möchte das Thema auch nochmals unter einem ganz anderen Gesichtswinkel beleuchten. Die Postulanten verlangen die Förderung von Start-ups durch bessere Rahmenbedingungen. Und ich glaube, man muss einfach mal sprachlich unterscheiden: Ein Start-up ist, wenn man mit einer innovativen Geschäftsidee ein Unternehmen gründet mit dem Ziel, stark zu wachsen. Das ist irgendeine Definition, die ich einmal gelesen habe. D.h. nicht jede Unternehmensgründung ist grundsätzlich ein Start-up. Ein normaler Handwerksbetrieb, ein Architekt, ein Anwalt – das sind in der Regel keine Start-ups, sie bewegen sich ganz einfach an einem bewährten, existierenden Markt. Das ist grundsätzlich i.O., man kann auch so Geld verdienen. Es fehlt bei den erwähnten Unternehmensgründungen in der Regel an einer innovativen Geschäftsidee. Und die Idee, schnell zu wachsen... Ja, die ist vielleicht da.

Wie die Postulanten den Begriff «Start-up» verstehen, ist unklar. So ist im Antrag einerseits von «Jungunternehmen (Start-up)» die Rede, der Stadtrat spricht in seiner Antwort von Start-ups und Jungunternehmen, ohne es zu unterscheiden. Und für die Fraktion Grüne/AL ist klar: Wir sind der Meinung, dass es keine unterschiedliche Förderung für Jungunternehmen und Start-ups geben soll, es gibt grundsätzlich keinen Grund, diese unterschiedlich zu behandeln. Zum Thema Start-up-Förderung habe ich hier drinnen schon einige Male gesagt, dass das primär Sache des Kantons ist, denn nur der kann z.B. Steuererleichterungen geben. Mir ist nicht so ganz klar, was die Postulanten eigentlich genau wollten – ausser eine detaillierte Strategie – aber vielleicht könnten sie ja auch einmal etwas detaillierter ausführen, was die Idee gewesen wäre.

Zusammenfassend kann ich sagen: Der Stadtrat ist der Ansicht, dass er junge Unternehmen (ob es nun Start-ups sind oder nicht) gut fördert, dass das gut aufgegleist sei. Wir würden das so stehen lassen und bedanken uns für die Postulatsantwort.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Ist es Zufall oder Ironie des Schicksals, dass wir genau heute, nach dem Wegzug von zwei grossen Unternehmen mit über 250 qualifizierten Arbeitsplätzen, über gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur reden? Winterthur braucht – das wurde heute schon mehrmals gesagt - dringend mehr Arbeitsplätze, und zwar Arbeitsplätze in Bereichen mit hoher Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Bereichen, die auch Steuern bezahlen - und nicht mehr Arbeitsplätze, die steuerfinanziert sind.

Start-ups können da einen wichtigen Beitrag leisten. Sie bringen Unternehmergeist in die Stadt, sie schaffen neue Arbeitsplätze in innovativen Bereichen und sie tragen mittelfristig auch dazu bei, dass neue Unternehmen entstehen, die Steuern bezahlen.

Grundsätzlich hat die Stadt Winterthur mit dem «House of Winterthur» und dem Technopark zwei Instrumente, mit welchen Unternehmensgründungen und Start-ups im Besonderen gefördert werden können. Die CVP/EDU-Fraktion will, dass das «House of Winterthur» noch stärker als bin anhin die Start-up-Szene in Winterthur unterstützt und dabei eng mit den Wirt-

schaftsverbänden wie z.B. mit dem Entrepreneur Club zusammenarbeitet. Auch beim Techopark erachten wir eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit der ZHAW und der lokalen Wirtschaft als sehr wichtig.

Wir freuen uns, dass mit dem «Home of Innovation» dank privater Initiative in Töss zusätzliche Räumlichkeiten für Start-ups entstanden sind.

Was kann die Stadt zusätzlich tun? Auch Start-ups brauchen gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, es sind übrigens die gleichen Rahmenbedingungen, die auch für bestehende Unternehmen wichtig sind. Wie die Beispiele Zimmer und Wärsila zeigen: Halt auch die Steuerbelastung.

Zusätzlich kann die Stadt Start-ups unterstützen, indem sie im Rahmen von ihrer Beschaffungsstrategie bewusst innovative Lösungen made in Winterthur bevorzugen und entsprechend ihre Submissionsrichtlinien anpassen könnte.

Start-ups sind durchaus auch mit Kindern vergleichbar: Ungestüm, manchmal ungeduldig, kreativ und unkonventionell. Sie brauchen aber auch Zuneigung und Anerkennung. Die CVP/EDU wünscht sich, dass der Stadtrat und die Verwaltung mehr Anerkennung und Stolz für die in Winterthur ansässigen Start-ups zeigen und dass man dies von allen Stadträten spürt und nicht nur vom Stadtpräsidenten.

In diesem Sinne nehmen wir von der Antwort des Stadtrats zustimmend Kenntnis.

**U. Hofer (FDP):** Ich kann mich vielem anschliessen, das gesagt wurde, inklusive dem Votum von Christian Griesser. Ich bin nicht für ein Lex specialis für Start-ups, sondern wir müssen Unternehmensgründungen allgemein attraktiv gestalten, im Allgemeinen bessere Rahmenbedingungen schaffen da in Winterthur, wie ich es auch im Eingangsvotum gesagt habe.

Wie einige wissen, bin ich mit dem erwähnten «Home of innovation» selber auch seit kurzem im Start-up-Business engagiert.

Die wichtigste Botschaft seitens der Stadt ist wohl die Nähe von Start-ups zur ZHAW und bestehenden Betrieben, aber wir könnten das wohl auf allen Ebenen noch viel stärker ausspielen. Umgekehrt geben Start-ups der Stadt einen künftigen Nährboden für Arbeitsplätze und Innovation. Die Betonung liegt allerdings auf «zukünftig». Also wenn man das Gefühl hat, Start-ups würden die Steuerverluste durch die, die weggehen, kompensieren in naher Zukunft, dann ist das eine Illusion.

Für mich besteht Raum für verschiedene Angebote und die Förderung der Start-up-Kultur (jetzt verwende ich den Begriff halt trotzdem) muss für mich auch auf verschiedenen Ebenen erfolgen: Verwaltung, Bildung, Gesellschaft, privat, bestehende Unternehmen. Ich persönlich fände es falsch – und das ist vielleicht eine leichte Nuancierung der Gewichtung von der GLP – nur von der Stadt Massnahmen und eine Strategie zu erwarten.

Wie sind die typischen Start-ups? Sie sind jung, dynamisch, unkompliziert und interessiert an raschen Lösungen. Wenn man sich ein bisschen in der Szene umhört – und das vermisst man, wenn man die Antworten des Stadtrats liest, ein bisschen: Es ist relativ viel von Massnahmenplan, Strategie und Strategieüberarbeitung die Rede und ein bisschen weniger von konkreten Ergebnissen und Erfolgen. Und einige der genannten Erfolge sind tatsächlich auch die Resultate vom ECW und nicht von der Stadt mit namentlich viel kleinerem Budget.

Ein anderer Punkt ist mir auch noch wichtig: Was ich erlebe in der täglichen Praxis, ist, dass der Teufel oft im Detail steckt. Es gibt ganz viele mögliche Faktoren, weshalb eine Unternehmensgründung scheitern kann. Es gibt deshalb auch nicht DIE Lösung, sondern es geht mehr um eine Art Kultur. Einfach ein Beispiel, um zu verdeutlichen, was ich meine: Ein Start-up wollte ein Gebäude nutzen, das in einigen Jahren ohnehin abgerissen werden muss. Für das braucht es eine Baubewilligung. Und das erste, was das Bauamt sagt: «Dann braucht Ihr einen neuen Personenlift.» Das ist für den behindertengerechten Zugang. Es ist nun klar, dass ein Start-up diese Kosten nie tragen können wird, und schon gar nicht, wenn sie das in wenigen Jahren abschreiben müssen. Da erwarte ich von den Verwaltungsträgern – und das meine ich mit dieser Kultur – nicht, dass man bestehende Gesetze missachtet, aber dass man irgendwo einen Realitätssinn wahrnt und dass man vielleicht auch hilft, Lösungen zu suchen, die den Weg doch noch ermöglichen, auf andere Art und Weise. Diese gab es dann auch in diesem Fall – leider kamen sie nicht von der Stadtverwaltung.

Vor diesem Hintergrund habe ich zwei Bitten: Ich bitte alle, am Thema dranzubleiben, und die Bitte an die Stadt und das «House of Winterthur», sich in der Szene umzuhören. Man muss nicht jeden Wunsch der jungen Gründer erfüllen, aber ab und zu brauchen sie etwas, das man tatsächlich verbessern kann.

**M. Wäckerlin (PP/SVP):** Ich muss mich bei Dir entschuldigen, Andreas, ich habe mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Selbstverständlich weiss ich, dass es ein Postulat ist, das haben wir auch bestellt. Aber erhalten haben wir eigentlich eine Interpellationsantwort, die eine Zusammenfassung macht – und nicht eine Strategie wie bei einem Postulat.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich habe selbstverständlich den Witz von Marc schon begriffen, dass er eine Interpellation genannt hat, aber das Postulat gemeint hat, und der Meinung ist, dass es keine Postulatsantwort ist.

Wir haben darauf hingewiesen, dass wir ein Kompetenzzentrum haben da in der Stadt Winterthur. Ich bleibe dabei und ich trete auch für das ein. Der Technopark ist das Kompetenzzentrum für Start-ups. Und es ist nicht so, dass man den ganzen Technopark nur auf den Teil, in dem das RAV jetzt drin ist (was ja zum Thema gemacht wurde), reduzieren kann, sondern dort hat es diverse Start-ups drin. Der Verwaltungsrat vom Technopark hat schon vor 3-4 Jahren ein Projekt gestartet, wie er diesen Start-ups nicht nur Räumlichkeiten geben kann, sondern wie er diese auch an der Hand nehmen kann, sie beraten und betreuen kann – denn diese Start-ups haben sehr viele Fragen, wenn es um die Gründung einer solchen Unternehmung geht. Also dort hat der Technopark selbst schon mal heraufgeschraubt. Dann haben wir jetzt im Vorstand 2-3 neue, junge Leute dabei, die sicherlich frischen Wind hineinbringen werden, die auch altersmässig näher bei diesen Start-ups sind.

Ich teile die Meinung, die gesagt wurde, es ist nicht staatliche Aufgabe, einen solchen Wirtschaftszweig zu unterstützen mit grossen Geldern, sondern das sind Unternehmerinnen und Unternehmer. Die sind jung, flexibel, anpassungsfähig, wie es gesagt wurde. Und die müssen selber im Stand sein, das unternehmerische Risiko auch zu tragen. Und die können das auch! Wir müssen ihnen über den Technopark und jetzt auch über das «Home of innovation» - was wir absolut begrüessen vom Entrepreneur Club, dass sie dort nochmals ein solches Zentrum eröffnet haben) – wir müssen ihnen Räumlichkeiten geben, die bezahlbar sind und – Klammer auf – zahlbar sind im Technopark halt auch, weil das RAV drin ist als Ankermieter. Wir haben das Engagement der ZHAW in diesen Gebäuden räumlich reduziert, das wird sicherlich in den nächsten Jahren noch weiter reduziert, so dass wir auch noch mehr Platz zur Verfügung haben. Ich denke, wichtig ist es, dass wir sie gelegentlich unterstützen. Du hast es gesagt, es kommen ab und zu gute Ideen hinein, denen gehen wir nach. Wir haben auch schon die Start-up-Night finanziell unterstützt, weil es eine erfolgreiche Veranstaltung ist, bei der die ganze Szene zusammenkommt. Auch da haben wir unter die Arme gegriffen. Und strategisch haben wir sowohl beim «House of Winterthur» wie bei den stadträtlichen Legislaturzielen die wirtschaftlichen Ziele formuliert, die auch den Start-ups helfen werden. Wir haben selbstverständlich den Ruf der Start-up-Szene gehört. Ich bin selber nahe genug beim Entrepreneur Club, ich bin dort in dem Advisory Board, ich weiss genau, was sie drückt und wie es um sie steht, ich bin in engem Kontakt. Ich war auch bei der Eröffnung des «Home of Innovation» in Töss dabei. Nochmals: Was wir wirklich gut finden, auch seitens des Verwaltungsrats des Technoparks, dass da auch noch eine private Initiative daneben entstanden ist.

Ich denke, wichtig ist für uns, dass wir das Thema weiter bewirtschaften, dass das ein Thema ist, ein Start-up in Winterthur zu eröffnen. Es geht auch darum, die Start-ups, die im Technopark sind, nach einigen Jahren auch dazu zu bewegen, den Technopark zu verlassen. Es hat jetzt Unternehmen drin, die schon sehr lange drin sind, was eigentlich nicht im Sinne des Technoparks ist. Mit diesen werden wir noch Gespräche führen müssen, so dass es wieder Platz gibt für neue Start-ups. Das ist noch ein Anliegen, das wir auch haben. Und das Zweite ist, dass die Start-ups, die dann gehen, auch gut zu betreuen, damit diese möglichst in Winterthur bleiben und nicht, wie es in Einzelfällen schon der Fall war, dann v.a. nach Zürich gehen.

Und von daher kann ich das ein bisschen nachvollziehen: Man wollte mit dem Postulat eine eigentliche Strategie. Die haben wir nicht geboten, weil wir der Meinung sind, es reicht so, wie wir es bis jetzt in den strategischen Papieren drin haben. Aber Start-ups sollen und müssen weiterhin ein Thema sein.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen damit zur Abstimmung. Es gibt einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme, wir stimmen deshalb ab.

Wer den Postulatsbericht positiv zur Kenntnis nehmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer ihn negativ zur Kenntnis nehmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr diesen Bericht mit grosser Mehrheit positiv zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist damit abgeschlossen.

## 12. Traktandum

### **GGR-Nr. 2017.163: Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend private Finanzierung von städtischen Leistungen. Das Wort geht an die SVP, Marc Wäckerlin.

**M. Wäckerlin (PP/SVP):** Ich vertrete Simon Büchi. Wir danken dem Stadtrat für die interessante Antwort. Zwar schreibt der Stadtrat von einer Verknappung von öffentlichen Finanzmitteln, während aber das Budget tatsächlich Jahr für Jahr erhöht wird. Die Aussage aber, dass Prioritäten zu setzen sind, unterstützen wir. Dass eine Schwimmbadgenossenschaft Quartiersaunas unterhält, ist ein interessanter Ansatz. Es ist absolut sinnvoll, Aufgaben, die nicht zwingend notwendig sind, in Eigenverantwortung an die zu übertragen, die gerne davon profitieren möchten. Es ist eben gerade nicht Aufgabe des Stadtrates, jeden Wunsch zu erfüllen, sondern die Basis für Eigeninitiative zu legen. Wo kein ausreichendes Geschäftsmodell für eine privatwirtschaftliche Tätigkeit vorhanden ist, aber Interesse besteht, kann z.B. eine Genossenschaft eine interessante Alternative sein. Der Stadtrat sollte noch viel mehr das zwingend Notwendige vom Wünschbaren unterscheiden und letzteres an die Privaten abtreten. Dabei sollte sich der Stadtrat auch mehr und mehr aus der Finanzierung zurückziehen. Im Gegenzug könnte er die Steuern senken und so den Leuten die Freiheit geben, ihr Geld selber dort einzusetzen und diese Initiative zu unterstützen, die sie gerne hätten.

Gerade weil sich die Bedürfnisse der Bevölkerung laufend ändern, sollte sie eben nicht die Stadt, sondern die Bevölkerung selber abdecken. Und die Stadt sollte Hand bieten, wo das sinnvoll und möglich ist.

In der Antwort auf die Fragen 4 und 5 zeigt der Stadtrat wieder seine etatistisch dirigistische Grundhaltung. Nein, es soll eben nicht die Politik sein, welche Standards vorgibt. Es ist zu begrüssen, wenn behördliche Mitwirkungsrechte reduziert werden, und es soll nicht reguliert und organisiert werden. Aber wie immer wollen Stadtrat und Verwaltung möglichst keine Macht und Kontrolle abgeben, sondern sich überall einmischen. Darum steht die Stadt wirtschaftlich am Abgrund. Deshalb ist es unsere Pflicht als Gemeinderäte, der Stadt möglichst viel Geld zu entziehen, um die Menschen vor einer überbordenden Regulierung zu schützen und die Stadt zu einer Fokussierung auf das Wesentliche zu zwingen. Die Geisteshaltung des Stadtrats zeigt leider auch in dieser Antwort, dass das dringend notwendig ist.

**Th. Leemann (FDP):** Markus Wenger hat das geschrieben und mir gesagt, ich solle es vortragen. Er wollte dazu seit Dezember, seit das auf unserer Liste ist, dazu sprechen. Ich werde jetzt seine Worte ablesen.

Herzlichen Dank für die gute Beantwortung der Interpellation, jedoch mit einem für mich nervigen Makel – auch diesen komme ich später natürlich noch zurück.

Public private Partnership – das ist ein schönes Thema. Die Stadt übergibt in der Regel gemeinnützige Leistungen an Private. Motivierte Private engagieren sich mit viel Herz, Zeit und manchmal auch mit Geld für etwas, was für sie wichtig ist. Win-win vom Feinsten. Erfolgreich angewendet bei Vereinen rund um Sport und Kultur, bei Festen, Sozialarbeit und sogar im Wald (z.B. Winti Ranger). Meine Erfahrung, wie die Stadtverwaltung dies macht, habe ich das letzte Jahr bei der Organisation des first Street Piano Contest feststellen können. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung machen das richtig gut. Sie helfen, ermöglichen und sind wirklich kundenfreundlich.

Gemeinnützige Vereine können gemäss Interpellationsantwort aber auch Schwierigkeiten haben, ihre ideellen Leistungen zu erbringen. Daher wird die Stadtverwaltung von Vereinen und Institutionen mit Schwierigkeiten öfters aufgesucht. Die Stadt soll dort helfen.

Ein Spagat, der jeweilige Entscheid: Wo soll die Stadt aktiv werden und wo nicht? Mein Ansatz dazu ist: Wenn ja, dann Hilfe zur Selbsthilfe. Und das wird - glaube ich - auch so gemacht.

In meiner Einleitung habe ich einen nervigen Makel bei der Interpellationsantwort angekündigt. Feststellung: Viele Auslagerungen staatlicher Aufgaben führen zu keiner finanziellen Entlastung der öffentlichen Hand. Das wird erklärt mit einem juristisch-bürokratisch aufgeblästem Textblock / Geschwurbel. Wie aufwändig die Lenkung, Überwachung, die bürokratische Verantwortung sei und und und. Im Einzelfall kann das ja so sein. Aber Auslagerungen an Private müssen zu weniger Kosten in der Stadtverwaltung führen, sonst machen wir etwas falsch oder zu viel. Zu viel Bürokratie, zu viele Kontrollen und wahrscheinlich zu viel Unnötiges.

In diesem Sinne: Ich freue mich auf ganz viel öffentliche private Zusammenarbeit für und in Winterthur!

**M. Della Vedova (GLP):** Wir Grünliberalen danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung und nehmen sie positiv zur Kenntnis. Die GLP stimmt mit der Aussage überein, dass die Stadt in Zeiten knapper öffentlicher Finanzmittel Prioritäten setzt und sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Richtig und wichtig ist, dass sie andere Aufgaben, die auch im öffentlichen Interesse sind, nicht einfach ersatzlos streicht, sondern unter bestimmten Voraussetzungen an private Trägerschaften auslagert und weiterhin in irgendeiner Form kontrolliert. Für die Beaufsichtigung verfügt die Stadt über verschiedene Instrumente. Dass für die öffentliche Hand für die Gewährleistung der Aufgabenerfüllung ein Aufwand entsteht, ist nachvollziehbar. Nicht ganz nachvollziehbar ist jedoch, dass dieser erheblich sein soll. Trotz der Auslagerung der Aufgaben an aussenstehende Trägerschaften führen angeblich viele davon zu keiner finanziellen Entlastung der öffentlichen Hand. Angeblich wird der erhoffte Spareffekt durch Mehrkosten kompensiert, eben u.a. für die Aufsicht dieser Trägerschaften. Das darf nicht sein. Das widerspricht der anfangs gemachten Aussage, dass durch die Übernahme gewisser Aufgaben durch Private die Stadt weniger ausgeben bzw. mehr einsparen würde. Das wäre doch logisch, wäre u.a. nur schon der Personalaufwand geringer. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, um welche Ausgaben es sich handelt, die da ein Nullsummenspiel ergeben.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich für die Antwort zur Interpellation und nimmt diese auch positiv zur Kenntnis. Wie der Stadtrat das auch erwähnt, hat die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und Privaten eine sehr lange Tradition. Es ist nicht nur sehr vielfältig, sondern fokussiert sich auch auf Vereine, bei denen erhöhtes öffentliches Interesse besteht. Durch die sich ständig verändernden Bedürfnisse in der Gesellschaft muss sie auch sehr anpassungsfähig und flexibel sein. Mit verschiedenen Beispielen in der Antwort zur Interpellation zeigt der Stadtrat einen sehr guten Leistungsausweis. Gerade im Sport- und Freizeitbereich zeigt es sich, wie sich das Bedürfnis mit der Zeit verändert und so der Aufgabenbereich und die Angebote ständig angepasst werden müssen. Win4 ist das perfekte Beispiel, wo die Stadt eigentlich gute Rahmenbedingungen setzt und Unterstützung

bietet, um private Projekte zu realisieren, ohne grossen finanziellen Aufwand betreiben zu müssen. Oder am Beispiel der Jugendarbeit: Indem die Stadt die Infrastrukturen anbietet und sowohl strategisch als auch fachlich eine koordinative Rolle übernimmt. Die Arbeit und die Verantwortung bleiben aber in den Vereinen oder Trägerschaften und somit in der Bevölkerung.

Im Bereich Kultur musste der Stadtrat durch Sanierungsprogramme verschiedene Bereiche und Betriebe einstellen. Mit der Involvierung der Bevölkerung hat er es aber geschafft, durch verschiedene Kooperationsvereinbarungen, diese Betriebe weiterhin zu erhalten. Der Stadtrat zeigt da sehr gut mit Beispielen (Sitzbank-Gönnerschaften, Auslagerung vom Theater, Wildparkverein Bruderhaus), dass die Bevölkerung mit ihren privaten Organisationsformen mit Erfolg miteinbezogen wird und dabei eine tolle Zusammenarbeit entstehen kann.

Wir haben da ganz klar eine win-win-Situation. Solange die Bevölkerung beim Entscheidungsprozess mitinvolviert wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Unterstützung seitens Bevölkerung gegeben ist. Das schafft Vertrauen, stärkt unsere Demokratie und stellt ein wohlwollendes Zusammenleben in der Gesellschaft sicher.

Wie eingangs erwähnt, nimmt die CVP/EDU-Fraktion die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis. Sie bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und freut sich, weitere solche erfolgreichen Projekte mitverfolgen zu dürfen.

**F. Kramer (EVP):** In der Interpellationsantwort ist viel über Quartiere und Quartierentwicklung zu lesen. Die Quartiere sind der EVP ein grosses Anliegen. Sämi Müller hat dazu auch Vorstösse eingereicht, die noch in Bearbeitung sind. Unser Fokus liegt dabei aber nicht auf dem Sparpotenzial, sondern auf der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Privaten. Diese Zusammenarbeit zwischen Stadt und Privaten verdient Unterstützung.

**R. Keller (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die illustrative Antwort, die er auf die Interpellation gegeben hat. Die wesentlichen Schlussfolgerungen aus unserer Sicht sind:

1. Die Übertragung von Aufgaben an private Trägerschaften kann und soll eben nicht heissen, dass die Stadt keine Rolle mehr spielt oder keine Verantwortung mehr für diese Aufgaben hat. Es muss je nach Aufgabe und Umfang der Aufgabe oder vom Thema eigentlich auch gewählt werden, wie die Stadt weiter kontrolliert oder wie sie weiter unterstützt. Die Stadt muss in jedem Einzelfall eben gut überlegen, wie weit eine Lockerung der Bindung oder wie weit eigentlich die Delegation einer Aufgabe gehen kann.
2. Der Bericht macht aus unserer Sicht gut deutlich, dass die Prozesse, die es braucht für die Übertragung an eine private Trägerschaft, sehr aufwändig sind, dass es insbesondere auch darum geht, die Aufgaben an Ehrenamtliche auszulagern. Und es deshalb auch ganz speziell ist, weil die Ehrenamtlichen manchmal auch sehr spontan handeln und keineswegs so sind wie halt eine Stadtverwaltung, welche Verbindlichkeiten und Prozesse einhalten muss. Da muss sich die Stadt auch immer die Frage stellen, wie wichtig ein Auftrag oder eine Aufgabe ist und wie stabil diese Leistung erbracht werden muss.
3. Die Antwort zur Interpellation zeigt, dass die Stadt ein sehr gutes und vielfältiges System der Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften hat und dass die Auslagerung von Aufgaben oder von Teilaufgaben an private Trägerschaften v.a. im Bereich von Sport, Kultur und Freizeit-/Quartierarbeit schon heute sehr üblich ist und verbreitet. Das wissen wir eigentlich alles. Und dass es dafür sehr verschiedene und unterschiedliche Formen braucht, wie man das an die privaten Trägerschaften auslagert.
4. Auslagern und Einsparen sind zwei verschiedene Sachen. Ich denke, es ist wichtig – das ist auch kein Vorstoss gewesen, der nach Einsparungen gefragt hat, sondern er fragte nach der Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften. Und ich finde es gefährlich, wenn man das Gefühl hat, wenn man es auslagert, dann sei es auch gleich eingespart. Und deshalb ist es uns wichtig, dass man zwar ehrenamtliche Tätigkeiten und privates Engagement unterstützt, aber dass man damit keinen Sparauftrag hat oder dass es nicht das Zentrale ist, dass man dabei etwas einspart.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL ist zufrieden mit der Interpellationsantwort. Das auch, weil darauf hingewiesen wird, dass private Trägerschaft nicht immer einfach ist und dass es eben, wie schon erwähnt, nicht immer zu einer finanziellen Entlastung führt. Wichtig ist v.a. die Formel, dass je mehr die Erfüllung einer Aufgabe politisch steuerungsbedürftig ist oder mit hoheitlichen Aufträgen verbunden ist, desto ist von einer Ausgliederung abzusehen.

Interessant ist der Hinweis, dass es häufig auch umgekehrt gelaufen ist: Eine ursprünglich private Trägerschaft wird mangels Geld wieder von der Stadt übernommen. So z.B. bei der Schützenwiese oder bei der Eisbahn Zelgli. Insofern können eine ursprünglich private Initiative und Trägerschaft später dann auch zu Mehrkosten bei der Stadt führen.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Es geht bei dieser Interpellation auch darum, das haben wir sehr wahrscheinlich auch dargestellt, dass wir in unserer Stadt wirklich eine Gesellschaft haben, die mitträgt, die sich engagiert. Da geht es um Freiwilligenarbeit, da geht es um private Initiative. Und wir probieren das zu nutzen.

Zu dem, was Regula sagte: Es gibt natürlich beides. Es gibt die Sachen, v.a. dann, wenn sie von der Stadt angestossen werden, die wirklich auch einen Spareffekt haben. Und es gibt aber auch die Sachen, die mehr auf privater Seite angestossen werden, wo eine gute Idee vorhanden ist, die wir einfach unterstützen.

Diese Zusammenarbeit funktioniert auf dem Platz Winterthur hervorragend. Win4 wurde genannt, das ist natürlich das Paradebeispiel. Das war eine private Initiative, die wir mit dem Baurecht unterstützt haben, sehr viel Wohlwollen gegenüber dem ganzen Projekt eingebracht haben, weil wir der Meinung waren, dass dort, wo wir private Initiative und Innovationen haben, dort wo privat jemand das Risiko trägt und das Geld in die Hand nimmt, dort unterstützen wir auch und begleiten diese Projekte.

Dann gibt es die kleineren Sachen, wenn ich an Schloss Hegi denke. Aufgaben, die wir vorher mit der Quartierentwicklung gemacht haben, haben wir dem Schlossverein gegeben, der das hervorragend macht, der aber dann wieder zu uns kommt (das war dann vielleicht das mit dem Aufwand), wenn sie etwas verändern wollen. Dort sind wir dann auch nicht immer ganz frei, fernab von irgendwelchen gesetzlichen Vorgaben, v.a. was das Gebäude angeht. Ein Schloss, das ist nicht so einfach. Und das stösst dann auch nicht immer auf Verständnis. Aber das ist dann eine andere Geschichte.

Oder auch die Geschichte beim Schloss Mörsburg, wo der private Pächter der Schlosshalde auch bereit ist, die ganze Mörsburg eigentlich zu bewirtschaften und auch den ganzen Turm zu involvieren und das auch für seinen Gasthof brauchen kann. Das macht er auch hervorragend.

Das sind für mich einfach Zeichen, dass da private Initiative vorhanden ist. Es soll nicht einfach nur ein Sparen sein auf Kosten der Privaten, das ist richtig. Aber manchmal öffnet sich dadurch auch ein Fenster, wie man etwas weiterlaufen lassen kann, das man vielleicht aus finanziellen Gegebenheiten hätte schliessen müssen. Und das ist einfach eine Möglichkeit, auch mit privater Initiative.

Das Wichtigste ist, dass wir Vereine, Stiftungen und Private haben, die bereit sind, in dieser Stadt etwas zu machen, zu investieren. Innovative Ideen haben, ganz in der Tradition von Winterthur, was wir schon lange haben: Leute, die privat bereit sind, sich zu engagieren. Wir brauchen einfach noch mehr von diesen.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit habt Ihr diese Interpellationsantwort zur Kenntnis genommen und das Geschäft ist damit erledigt und abgeschlossen.

### 13. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2016.121: Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Beteiligungscontrolling. Das Geschäft ist wie angekündigt und beschlossen abgesetzt.

### 14. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2018.10: Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung?**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung? Das Wort hat Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen der Interpellation. Die Antworten sind aber eher zurückhaltend, lassen manches offen und befriedigen daher leider nicht ganz.

Der Anlass für die vorliegende Interpellation, der mögliche Verkauf von städtischem Land am Reitweg, ist zwar von einem Volksentscheid überholt worden: Im November 2018 hat die Winterthurer Stimmbevölkerung mit 75% Zustimmung eine Vorlage angenommen, die verlangt, städtisches Land nur noch im Baurecht abzugeben.

Die planerische Zukunft dieses städteplanerisch wichtigen Gebiets ist aber nach wie vor offen und es scheint wenig in Bewegung zu sein. In seiner Antwort weist der Stadtrat denn auf den Testplanungsbericht von 2006 hin, der immer noch die Leitschnur für die Entwicklung des Areals bildet, aber seither offenbar nicht mehr weiterbearbeitet worden ist.

Das erstaunt ein bisschen, handelt es sich hier doch um ein zentrales Stück kernstadtnahem Raum, das randlich sehr bald erfasst werden wird von grossen Bauvorhaben des Kantons, namentlich im Bereich des Technikums und beim Campus der Berufsschulen an der Tösstalstrasse. Man würde sich wünschen und erwarten, dass jetzt planerische Überlegungen dazu auch von Seiten der Stadt einsetzen würden.

In der Antwort zu den Fragen 2 und 3 bekennt sich der Stadtrat zwar dazu, die Interessen der Stadt in diesem Gebiet verstärkt wahrzunehmen und die Aufwertung aktiv mitzugestalten. Es werden Gelegenheiten für Arrondierungen (also Landkäufe) genutzt, aber ein leitendes Konzept dafür ist nicht zu erkennen.

Bei der Antwort zur Frage 4, die den Richtplaneintrag einer Veloschnellroute betrifft, würden wir gerne wissen, wie der aktuelle Stand der Planung ist, denn in der Interpellationsantwort wird erwähnt, dass die planerische Konkretisierung dieser Veloschnellroute bis Ende 2018 erfolgen soll. Wir haben jetzt bekanntlich Anfang 2020 und die Frage ist: Ist diese Konkretisierung schon erfolgt?

Gar nicht glücklich sind wir mit der Antwort auf die Frage 5, die das Gebiet Viehmarkt betrifft. Dieser platzartige Raum ist in der Zone W4G, bietet sich aber als Freihaltezone für das Quartier an und hat mit seinem alten Baumbestand sehr grosse Aufenthaltsqualität. Der Stadtrat versichert zwar, dass die Qualifizierung als W4G-Zone nicht als Vorgabe für eine langfristige Nutzung zu sehen ist und die Freihaltung des Platzes in einer neuen Nutzungs- und Gebührenordnung ausdrücklich festgehalten ist.

Trotzdem möchte er sich aber die planerische Option einer zonenkonformen Überbauung, also bis zu 4-geschossig, offenhalten. Das heisst aber, dass das Bekenntnis zur Freihaltung

eigentlich eine Augenwischerei ist, denn die Einzonung ist im Zweifelsfall allein massgebend für die Nutzungsmöglichkeiten, und nicht Absichtserklärungen. Hier wünschen wir ein deutliches Bekenntnis des Stadtrats zur Qualität dieses wichtigen Quartier-Freiraums, das sich letztlich auch in der Richtplanung und im Zonenplan abbilden müsste.

Wir nehmen die Interpellationsantwort mit diesen Anmerkungen zur Kenntnis.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich bitte darum, dass man Seitengespräche im Flüsterton abhält, damit die, die zuhören möchten, das auch wirklich können. Vielen Dank für die Kenntnisnahme von allen involvierten Seiten.

**F. Künzler (SP):** Viel mehr als das, was Benedikt schon gesagt hat, gibt es eigentlich nicht zu sagen, denn die Antwort ist ziemlich enttäuschend.

Zur Frage 3 vielleicht noch schnell, ich zitiere: «Im Vordergrund stand dabei – wie vorstehend erwähnt – eine gemeinsame Gebietsentwicklung, die zum damaligen Zeitpunkt aber aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen nicht realisiert werden konnte.» Da wäre wünschenswert zu wissen, wann der «damalige Zeitpunkt» gewesen war. Die Vermutung ist da 2006, weil in diesem Jahr die Testplanung gemacht wurde. Seither sind 14 Jahre vergangen und alle wären sich ja eigentlich einig, dass man in den Städten verdichten soll, damit man die Landschaft freihalten kann. Doch der Stadtrat macht einfach nichts, keine Revision, kein Plan.

Dann war ja der Verkauf an Stella Vitalis vorgesehen, also problem solved. Da muss man selber nichts in die Hand nehmen. Blöderweise hat dann das Volk einen Strich durch die Rechnung gemacht. Und heute hat man keine Idee – schade.

**U. Glättli (GLP):** Danke, Benedikt Zäch, zum Viehmarktplatz, ich komme darauf zurück.

Diese Interpellation ist ja schon halb überlebt:

Das „Stella-vitalis-Liegenschaftengeschäft“ wurde ja erfolgreich erledigt. Soweit ist die Antwort des Stadtrates gegenstandslos und uninteressant. Interessant sind die Antworten aber, soweit sie sich auf die Planung und den Viehmarktplatz und das Zeughaus beziehen (Fragen 1, 4 und 5). Die GLP-Fraktion nimmt die Antworten mit gemischten Gefühlen entgegen.

Quartierpolitik ist uns Grünliberalen wichtig! Wir brauchen lebendige und lebenswerte Quartiere. Diese Belebung wird durch die Bevölkerung getragen. Die Stadt hat bloss den Rahmen zu stecken, dass dies gelingen mag.

Zur Testplanung möchte ich als Quartierbewohner wiederholen: „Wir – bzw. das dortige Quartier – sind nicht die Abstellhalde im Schatten der Altstadt!“ Die Zuteilung der grossen Zeughauswiese in die strategische Grundstücks-Reserve gemäss der damaligen Pressemitteilung des Stadtrats unterstützen die Grünliberalen. Die inzwischen umgesetzte Quartiernutzung auf dem Viehmarktplatz ist zu begrüssen: „Revitalisierung tut gut und muss weitergeführt werden!“

Eine Freihaltezone auf dem Viehmarktplatz ist mit der nächsten kommunalen Richtplanrevision vorzusehen. Insofern unterstütze ich auch das Votum von Benedikt Zäch. Der Stadtrat behauptet in seiner Antwort, dass auf dieser städtischen Parzelle keine Überbauungsabsichten bestünden. Jedenfalls sind die in den Plänen der besagten Testplanung ersichtlichen Neubauten auf dem Viehmarktplatz – da nicht Winti 2040 kompatibel – strikt abzulehnen:

„Der Viehmarktplatz muss grün und seine Bäume lebendig bleiben!“

Was unter „Offenhalten aller planerischen Optionen“ gemäss Antwort Stadtrat alles vorstellbar bleibt, gehört zu den intransparenten Geheimnissen der Stadtentwicklung. Als kritischer Anwohner befürchtet werden könnte also auch ein Ausgangsportal eines – ebenso strikt abzulehnenden – Heiligbergtunnels.

Wir möchten noch daran erinnern, dass die Antwort auch einen Bezug hat zur Umsetzung des Postulats „Mattenbach revitalisieren“, insbesondere zur dort angeregten Flussbadi. Das gilt es zusammen zu koordinieren und auch bei der Routenwahl für die dortige Veloschnellroute zu berücksichtigen.

Es hat sich erschöpft - besten Dank!

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich kann es kurz machen, ich kann mich wirklich weitestgehend dem anschliessen, was von Benedikt Zäch und Urs Glättli gesagt wurde. Ich möchte das nochmals ganz stark betonen: Wir müssen dort eine Gesamtschau entwickeln in diesem Quartier! Es ist mir ganz wichtig, dass man diese Freiraumplanung auch mitnimmt. Wir brauchen dort Freiraum. Wir können nicht auf dem Areal, das jetzt dort im Fokus stand und auch noch auf dem Viehmarktplatz grossvolumig bauen und daneben den Quartierbewohnern nichts mehr zur Verfügung stellen. Natürlich ist die Flussbadi dort angedacht als Bereicherung bei der Einmündung Mattenbach. Das ist gut und positiv.

Ich möchte auch noch anregen: Die ganze Thematik mit dem Teuchelweiherplatz, der Zirkusplatz und Parkplatz ist. Das ist kein Freiraum. Man hatte ursprünglich einmal ein Konzept für diesen Platz, um das auch der Bevölkerung mehr zur Verfügung zu stellen. Das ist einfach ein brach liegender Platz. Dort hat es keine Aufenthaltsqualität, dort kann man sich nicht aufhalten. Das heisst wir müssen entweder dort etwas schaffen oder dann eines dieser beiden Areale freibehalten. Städtebaulich ist es für mich sonst ein No-Go.

**R. Heuberger (FDP):** Es wurde vieles gesagt. Das einzige, was von dieser Vorlage eigentlich noch gilt, ist tatsächlich der Viehmarkt bzw. die ganze Planung Teuchelweiher/Viehmarkt, wie geht man damit um. Und es ist tatsächlich so, seit Stella Vitalis abgelehnt wurde bzw. nicht durchkam im Rat, ist eigentlich nicht bekannt, wie es jetzt dort weitergehen soll. Wir sind nicht dafür, dass jetzt schon eine Freihaltezone im Viehmarkt ausgeschieden wird. Wir sind der Meinung, dass eine Gesamtplanung vorliegen muss und nicht einzelne Aktionen umgesetzt werden. Im Rahmen dieser Gesamtplanung muss man dann schauen, wo die Freihalteräume sind, wo die Grünzonen bleiben sollen bzw. allenfalls auch neue entstehen sollen. Und in dem Sinne würden auch wir uns vom Stadtrat wünschen, dass dort jetzt im Bereich Planung wirklich ein Schritt vorwärts gemacht wird und wir in die Zukunft schauen und prüft, was man mit diesem Gebiet genau machen möchte.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Es ist eigentlich eine spannende Debatte. Der Stadtrat hat einmal nach der verlorenen Abstimmung gesagt, dass er die Baurechtsverträge macht mit SalZH und mit Basis Winterthur GmbH, wo man jetzt schon sieht, was aus diesem Kulturzentrum wird: Das wächst, es hat eine Gin-Destillerie drin, es hat den Jazz-Verein ESSE drin und ganz viel Kleingewerbe, die dort wachsen. Das alte Zeughaus wird blühen, das ist sicher eine gute Sache. Und wir haben es unter dem Titel Nachhaltigkeit einfach mal für 30 Jahre vergeben. Und wir sagten, wir probieren unterdessen, die Wiese im hinteren Teil von der armasuisse zu bekommen. Da werden wir nicht müde, da werden wir regelmässig wieder nachhaken, weil es unserer Meinung nach richtig ist, dass ein Stück Land, das einmal der Stadt gehörte und dann dem Bund abgegeben wurde für einen militärischen Zweck, durchaus nachher auch wieder zurück an die Stadt darf - und zwar zu einem guten Preis. Aber dort kreuzen wir uns schon mit der Strategie der armasuisse, da sind sie nicht gleicher Meinung. Was den Viehmarkt betrifft: Wie wir es geschrieben haben, haben wir absolut keinen Grund, dort jetzt baulich etwas zu verändern. Sie haben es in der Hand, wenn dann die BZO geändert wird, wenn Sie das ändern wollen. Wir haben wie gesagt jetzt keine Pläne.

Ich denke, wir haben für das ganze Gebiet unter dem Titel Nachhaltigkeit gesagt, dort muss nicht gerade jetzt ein weiteres Projekt gestartet werden – ich erinnere an die Ressourcenfrage, die wir haben in der Stadtverwaltung. Sie können nicht einfach wünschen, was wir in dieser Stadt noch alles für Projekte starten sollen, wenn Sie nicht bereit sind, uns dann im Dezember die nötigen Stellen zu geben. Denn dafür braucht es Ressourcen. Und ich erinnere daran: Wir sind jetzt gross drin, wenn es um SBB geht (Brüttener Tunnel), wenn es um ASTRA geht (Autobahnausbau), die ganze Situation in Töss vorne. Das Reiter-Areal, wenn ich auf die andere Seite schaue. Hauptbahnhof und Bahnhof Grüze. Der ganze Bahnhof Grüze, das Gebiet bei der KVA, das hat ein riesiges Potenzial. Auch dort sind wir dran. Dort kommt nächstens dann eine Volksabstimmung zu dieser Gleisquerung, die das Ganze initialisieren soll. Es läuft enorm viel in dieser Stadt. Und wir können nicht einfach alle Projekte, die auch noch sinnvoll wären, nebeneinander stemmen.

Und deshalb haben wir im Stadtrat gesagt, es macht nichts, wenn wir in dem Gebiet dort etwas zurückhaltender sind, nicht vorpreschen müssen. Es laufen Studienaufträge, z.B. zur Verkehrsplanung. Man hat die Veloschnellrouten angeschaut, da haben wir ein Ergebnis auf dem Tisch, geringfügige Anpassungen. Und ein Synthesebericht, der nächstens in den Stadtrat kommt. Auch wenn Sie jetzt vielleicht nichts mehr gehört haben: Die Fachleute sind am Arbeiten und werden Antworten geben können, über den Stadtrat, davon werden Sie dann erfahren.

Dies zur Philosophie in diesem ganzen Gebiet und abschliessend noch zum Teuchelweiherplatz: Wir haben dort eine Richtlinie festgehalten, wir haben Normen festgehalten, für was dieser dienen soll. Man kann durchaus 5,6 oder 7 Mio. in eine schönere Gestaltung des Teuchelweiherplatzes investieren – dann fehlen sie einfach irgendwo anders. Und ich denke, wir halten uns mit diesem Platz einfach den ganzen Handlungsspielraum offen, wenn es darum geht, welche Zirkusse und welche Veranstaltungen wir dort haben. Und mit jedem Eingriff, mit jeder ästhetischen Verschönerung dieses Platzes – was nichts anderes heisst, als dass man ihn abgrenzen müsste – kostet es einfach etwas und unser Handlungsspielraum wird kleiner.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit habt Ihr diese Interpellationsantwort zur Kenntnis genommen und das Geschäft ist abgeschlossen.

## 15. Traktandum

### **GGR-Nr. 2018.13: Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Beantwortung der Interpellation betreffend Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen. Das Wort hat Maria Sorgo.

**M. Sorgo (SP):** Sinnigerweise besprechen wir diese Interpellationsantwort heute Abend noch, denn vor zwei Tagen, am 22. Februar, fand in der Schweiz der diesjährige Equal Pay Day statt. Der Equal Pay Day ist jeweils der Tag, an dem darauf hingewiesen wird, bis wann wir Frauen rechnerisch gesehen gratis arbeiten müssten, um die Lohndifferenz auf nationaler Ebene abarbeiten zu können, die immer noch besteht zu den Männern.

Die Lohndifferenz liegt in der Schweiz trotz Gleichstellungsartikel immer noch bei 14,6% oder – wenn man von der effektiven Lohndifferenz ausgeht und damit alle erklärbaren Faktoren herausrechnet, wie z.B. dass Frauen nur Teilzeit gearbeitet haben, weil sie zuhause Familienarbeit geleistet haben, liegt sie immer noch bei 7,7%.

Es freut uns deshalb umso mehr, aus den Antworten des Stadtrats auch herauszulesen, dass die Massnahmen, die die Stadt Winterthur seit längerem anwendet, erfolgreich sind und dazu geführt haben, dass die effektive Lohndifferenz bei der Stadtverwaltung nur bei ca. 1,7% liegt und damit unter der statistischen Toleranzgrenze. Denn obwohl die Verwaltungen im öffentlichen Sektor grundsätzlich eine weniger grosse Lohndifferenz haben, lag diese 2016 immer bei 5,9%. Da zeigt sich, dass die Stadt Winterthur deutlich besser dasteht.

Das Ergebnis zeigt aus unserer Sicht v.a. auf, dass eine konsequente Anwendung von verschiedenen Massnahmen eben auch eine nachhaltige Wirkung hat. Zu solchen Massnahmen zählen z.B. Schulungen von Führungskräften, aber auch eine konsequente Begleitung von Lohneinstufungen bei Neuanstellungen durch die zuständigen HR-Fachpersonen, aber auch regelmässige periodische Lohnvergleichsprüfung durch externe Stellen.

V.a. zeigt es aber auch, dass diese konsequente Einhaltung von diesen Massnahmen auch einen Einfluss auf andere Firmen haben kann. So zeigt der Stadtrat in der Beantwortung z.B.

auf, dass von der Stadt subventionierte Unternehmen sich häufig auch am Lohnsystem der Stadt orientieren und deshalb auch diese Systematiken aufnehmen und auch dort die Lohndifferenz deshalb reduziert wird.

Und, um an die Diskussion anzuknüpfen, die wir am Anfang dieser Gemeinderatssitzung hatten: Die Stadt Winterthur kann eben auch im wirtschaftlichen Bereich durchaus eine Vorreiterrolle einnehmen, beispielsweise wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht, und kann dort durchaus zeigen, dass es möglich ist, die Lohndifferenzen, die immer noch bestehen, mit griffigen Massnahmen deutlich reduzieren zu können.

Wir nehmen deshalb die Antwort positiv zur Kenntnis und danken dem Stadtrat und allen Beteiligten der städtischen Verwaltung für ihre Arbeit und die Beantwortung dieser Interpellation.

**N. Wenger (Grüne/AL):** Im Namen der Fraktion Grüne/AL möchte ich dem Stadtrat für die ausführliche Antwort danken. Mir persönlich als junger Frau, aber auch vielen anderen in diesem Saal ist die Lohngleichheit ein wichtiges Anliegen. Deshalb ist es umso schöner zu sehen, dass das auch bei der Verwaltung so ist.

In dieser Antwort wird gezeigt, dass man bei der Stadt bezüglich Lohngleichheit sensibilisiert. Im Jahr 2020 ist die Gleichstellung von Frau und Mann immer noch nicht erreicht. Dass die Verwaltung aber als Beispiel vorausgeht und aufzeigt, wie es gemacht werden kann, macht mich schon ein bisschen zufriedener. Aber es gibt auch bei der Stadt Winterthur immer noch die 1,7% Lohnunterschied zwischen Mann und Frau, die nicht zu erklären sind. Auch wenn das natürlich weit unter dem Durchschnitt liegt und wir somit gut dastehen, hoffe ich sehr, dass diese Prozentzahl in der nächsten Lohngleichheitsprüfung (dieses Jahr) sinkt.

Ich verstehe es, dass es für die Stadt schwierig ist, im Beschaffungswesen passende Anbieterinnen zu finden, die unserem Standard entsprechen. Allerdings finde ich, dass die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau auch für eine Leistungsvereinbarung ein zwingendes Kriterium sein müsste.

**M. Della Vedova (GLP):** Schön zu lesen, dass innerhalb der Stadtverwaltung praktisch keine Lohndiskriminierung festgestellt werden kann. Wir gehen davon aus, dass das auch in der angekündigten Überprüfung 2020 so sein wird.

Unbefriedigend ist jedoch die Antwort, dass bei Leistungsvereinbarungen geprüft werde, ob in Zukunft das Kriterium der Lohngleichheit in diese Vereinbarung hineingenommen werden solle. Nur prüfen? Wir finden: Machen! Im Beschaffungswesen wird mit den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien zur sozialen Nachhaltigkeit die Gleichbehandlung von Mann und Frau, insbesondere Lohngleichheit, gefordert. 2012 und 2014 hat das Departement Bau stichprobenartig das Formular zur Selbstdeklaration bei 4 Bauunternehmungen überprüfen lassen und keine Verletzung der Arbeitsbedingungen festgestellt. Zumindest bis zur Interpellationsantwort im September 2018 sind keine weiteren Audits durchgeführt worden. Das ist zu wenig. Es müssen systematisch Kontrollen durchgeführt werden.

Deshalb nehmen wir diese IP-Antwort als nicht ganz zufriedenstellend zur Kenntnis. Als Folge davon ist ja zum Thema Lohngleichheit im Beschaffungswesen und Leistungsvereinbarungen im 2019 ein Postulat eingereicht worden und noch pendent. Wir sind gespannt auf die Antwort.

**R. Perroulaz (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Antwort zu dieser Interpellation. Die Lohngleichheit ist immer wieder ein grosses Thema und das zu Recht. Für gleiche Arbeit im vergleichbaren Umfang soll auch der gleiche Lohn ausbezahlt werden. Und es sollte aber auch klar sein, dass der Vergleich nicht immer ganz einfach sein kann.

Die vorliegende Antwort auf die IP vom März 2018 (also bald zwei Jahre alt, das kommt Andreas entgegen, dass wir diese heute behandeln) hat Erfreuliches dargelegt. Die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau ist innerhalb der Stadtverwaltung fast erreicht. Nach Ausschluss von gewissen Kriterien resultiert eben diese Lohndifferenz von 1,7% zugunsten der Männer. Dieser Prozentsatz wurde 2013 in einer Lohngleichheitsprüfung ermittelt. Das effektive Gefälle ist also weit tiefer, als die Interpellanten behaupteten. Dort waren es nämlich 7,4%.

Die FDP-Fraktion geht davon aus., dass auch bei der in diesem Jahr angesetzten Überprüfung im Rahmen der Personalrechtsrevisionen ein ähnlich gutes oder sogar besseres Resultat erzielt werden kann.

Wir haben diesen Vorstoss damals vollständig unterzeichnet (also noch ohne mich), und wir stehen auch heute noch hinter diesem Anliegen, weil es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, getreu dem Motto: Qualifikation vor Geschlecht – auch wenn die linke Ratsseite das manchmal umdrehen möchte.

Und es freut mich auch, an dieser Stelle zu erwähnen, dass die IP im Rahmen des nationalen Frauenstreiktag gestellte Forderungen teilweise erfüllt, nämlich eben diese Gleichheit. Die kann mit gutem Gewissen als erledigt oder fast erledigt betrachtet werden.

Weitere Massnahmen aus dem Parlament und von politischer Seite sind für uns zu diesem Zeitpunkt nicht angezeigt. Die Stadt Winterthur setzt, wie schon von den Vorrednerinnen erwähnt, einen guten Impuls und verhält sich vorbildlich. Wir sind also zuversichtlich, dass auch die letzten 1,7% problemlos egalisiert werden können.

Die FDP-Fraktion nimmt also die Interpellation im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

**D. Pezzotta (SVP):** Die SVP unterstützt die Sicherstellung und Überprüfung der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau. Die SVP dankt auch dem Stadtrat für diese Interpellationsantwort. Die SVP als liberale Partei unterstreicht die Wichtigkeit, dass die Leistung honoriert werden soll, und dass es selbstverständlich keine Rolle spielt, ob sie ein Mann oder eine Frau erbringt. Die Interpellationsantwort erwähnt, dass der Verfassungsartikel noch immer auf seine Umsetzung wartet. Wir sind noch nicht am Ziel, da stimme ich zu. Aber ich glaube, die Interpellation vernachlässigt all die Menschen, die sich täglich für die Gleichstellung einsetzen, bei der Arbeit oder auch bei der Erziehung. Unter anderem möchte ich erwähnen, dass das Gleichstellungsgesetz 2020 verschärft werden soll, mit jährlichen Reporten.

Die SVP anerkennt den Willen des Stadtrats zur Lohngleichheit zwischen Mann und Frau und nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich beginne mit Monica. Jetzt haben wir 1,7%! Das ist eine absolut tiefe Zahl, wenn ich es mit anderen Städten und Gemeinden – und privaten Unternehmungen sowieso – vergleiche. Und Ihr seid nicht ganz zufriedengestellt, was diese Antwort betrifft.

Ich war in den letzten 2-3 Jahren zwei Mal beim Bundesrat Berset, an dem Runden Tisch Lohngleichheit. Wir haben eine Charta unterzeichnet. Wir haben die Überprüfung gemacht, bei der wir dann eben die 1,7 herausgefunden haben. Und, Nina Wenger, wir haben diese Ambitionen, ja. Es gibt keinen Grund, weshalb für die gleiche Arbeit Mann und Frau unterschiedlich entlohnt werden. Das gibt es einfach nicht. Und auch wir haben die Ambition, die 1,7 auch noch aus der Welt zu schaffen – dass wir erklären können, weshalb es ist, und dann auch korrigieren können. Das ist so, aber 1,7 ist also eine Traumquote, die wir als öffentliche Verwaltung da schon hinlegen.

Ich denke, es ist richtig, dass man auch probiert, über die Submissionen anzusetzen. Dort ist einfach das Problem – aber da bin ich gleicher Meinung, die Kontrollen, die wir gemacht haben, sind in der Anzahl zu wenig – wir können nicht umstellen auf ein totales Controllingssystem. Denn das braucht dann wieder Ressourcen, die bei den Unternehmungen vorbeigehen. Das ist meiner Meinung nach auch falsch.

Die Stossrichtung, auch national, ist so, dass man als öffentliche Verwaltung bessere Werte hinbringen kann, auch bei privaten Unternehmungen. Ich bin der Meinung, wir machen schon sehr viel. Wir haben eine überzeugte, einheitliche Meinung im Stadtrat, was das betrifft. Und ich denke, das hätte reichen müssen, um eine zufriedenstellende Antwort zu bekommen.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit habt Ihr diese Interpellationsantwort zur Kenntnis genommen und das Geschäft ist abgeschlossen.

Eigentlich wäre es so, dass wir aufhören könnten. Ein Vorstoss ist aber noch unterwegs, irgendwo zwischen dem Büro und den Bänken. Ich bin versucht, noch ein Traktandum anzuhängen, damit wir den Vorstoss wirklich noch bis zum Bock zurückbringen können. Ich werde das aber trotz allem unterlassen und wünsche Euch einen schönen Abend.  
Wir sehen uns wieder am 23. März.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)